



FEIERABENDGESPRÄCHE

MIT PAUL RECHSTEINER

Vania Alleva
Doris Bianchi
Ruth Dreifuss

Serge Gaillard
Stefan Keller
Daniel Lampart

Vasco Pedrina
Andreas Rieger



INHALT

Vorwort **04**

Umbau, Öffnung, Demokratisierung **06**

Streik und Streikrechte **20**

Europa, Migration, Gewerkschaften **24**

Altersvorsorge, Sozialstaat, neue Offensiven **40**

Finanzkrise, Bankenrettung, Mindestlöhne **56**

Geschichte, Menschenrechte, Internationalismus **74**

Chronologie **94**

Literatur **108**

Die Gesprächsteilnehmer/innen **110**

Impressum

Herausgeber: Stefan Keller und Andreas Rieger
im Auftrag des SGB

Interviews: Stefan Keller

Konzeption und Redaktion: Stefan Keller, Andi Rieger

Gestaltung: Medienbüro Selezione, Ligornetto

Druck: Bubenberg Druck- und Verlags-AG, Bern

Copyright: Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Bern 2018

VORWORT

In den Achtzigerjahren waren sich die publizistischen und politologischen Hellseher einig: Die Gewerkschaften seien dem sicheren Niedergang geweiht, da sie die Trends der Moderne verpasst hätten. Doch allen Auguren zum Trotz schafften die Gewerkschaften eine Wende. In der Schweiz begann in den Neunzigerjahren eine neue Phase der Gewerkschaftsbewegung. Sie ist unter anderen charakterisiert durch den Umbau der Verbandsstrukturen und die Wiederaneignung der gewerkschaftlichen und politischen Aktionsfähigkeit. Einen Ausdruck fand diese Veränderung im Präsidium von Paul Rechsteiner im Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB, das 1998 begann und im Dezember 2018 endet.

Dieser Zyklus der Veränderung ist in mehreren Publikationen beschrieben worden. Weniger bekannt sind die Reflexionen und Diskussionen, welche die Umorientierung der Gewerkschaften vorbereitet und beglei-

tet haben. Was waren die Ziele der zentralen Akteurinnen und Akteure? Welche Erfahrungen haben sie gemacht und was haben sie daraus gelernt? Antworten auf diese Fragen sind wichtig für die Selbstverständigung, aber noch mehr für die Sicherung des gewerkschaftlichen Wissens zuhanden von jüngeren Generationen, die nachrücken.

Unsere Publikation geht einigen ausgewählten Themen der Gewerkschaftsbewegung und ihrer Veränderung nach. Gewählt wurde dazu die offene und zwanglose Form von Gesprächen. Diese fanden 2017 und 2018 zwischen Paul Rechsteiner und einigen seiner Wegbegleiter und Wegbegleiterinnen statt, jeweils am Abend nach der Arbeit – es sind also Feierabend-Gespräche im eigentlichen Sinne des Wortes.

Andreas Rieger und Stefan Keller



«Die neue Phase der Gewerkschaftsbewegung fand ihren Ausdruck im SGB-Präsidium von Paul Rechsteiner.»

UMBAU, ÖFFNUNG, DEMOKRATISIERUNG

In den letzten zwanzig Jahren haben sich die Schweizer Gewerkschaften enorm verändert. Warum war diese Veränderung nötig, und wie hat sie stattgefunden? Mit Paul Rechsteiner im Gespräch: Vasco Pedrina, Andreas Rieger.

Stefan Keller: Wenn wir vom Umbau der Gewerkschaften reden, schlage ich vor, dass ihr zuerst erzählt, was für Gewerkschaften ihr zu Beginn eurer Laufbahn angetroffen habt. Vasco Pedrina, du bist der erste hier, der in eine gewerkschaftliche Führungsposition gelangte.

Vasco Pedrina: In den Neunzigerjahren empfahl ich neuen Gewerkschaftspräsidenten und -präsidentinnen immer, dass sie nach ihrer Wahl zuerst einen Kassensturz machen. Das wäre auch bei der Gewerkschaft Bau und Holz (GBH) nötig gewesen, als ich dort 1991

Präsident wurde. Obschon sie eine starke und stolze Gewerkschaft war, offener und reformfreudiger als andere, hatte sie ihre Schattenseite: Die GBH wies Mitglieder aus, die gar nicht existierten. Es gab fragwürdige Geldflüsse, die einigen Gewerkschaftssekretären Spielraum für Selbstbedienung liessen. Mit Unternehmen hatte man an manchen Orten vereinbart, dass sie Pauschalbeiträge für alle Saisoniers bezahlten – diese Beträge wurden dann rechnerisch in Mitgliederzahlen umgewandelt, mit dem Resultat, dass zum Beispiel die Sektion Neuenburg einen Organisationsgrad von über hundert



«Die Gewerkschaften waren zu nahe an den Arbeitgebern.»

Paul Rechsteiner spricht am Unia-Kongress in Lugano am 10. Oktober 2008.

Prozent aufwies. In der Hochkonjunktur waren die Gewerkschaften zu lahm geworden. Man sass zu oft am Verhandlungstisch und beschäftigte sich zu wenig mit der Mobilisierung. Man war zu nahe an den Arbeitgebern ...

... mit denen man gerne ein «Päckli» schnürte?

Pedrina: Die Unabhängigkeit war jedenfalls gefährdet. In den Gewerkschaften herrschte damals auch eine andere Auffassung über die Frage, welche Probleme politisch geregelt werden sollten und welche in Gesamtarbeitsverträgen. Besonders beim SMUV war es so. Die Arbeitszeit zum Beispiel wurde im GAV geregelt, in der linken Politik hatte dieses Thema nichts zu suchen. Allgemein steckten die Gewerkschaften tief in der Konsenspolitik der Nachkriegszeit mit ihren paternalistischen Vorstellungen. Aber dann kam 1991 plötzlich die Wirtschaftskrise, und dann kam die neoliberale Welle. Darauf waren die Gewerkschaften nicht vorbereitet. Unter gewaltigem Druck begannen wir also, die Gewerkschaften zu verändern.

Wolltet Ihr sie nicht schon früher verändern?

Pedrina: Wir jungen Aktivisten und Aktivistinnen hatten seit den Siebzigerjahren darüber diskutiert, aber wir blieben lange in der Minderheit. Das war einer der Gründe, weshalb ich 1988 vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB zur GBH wechselte. Ich hatte gesehen, dass sich beim SGB nur wenige Möglichkeiten zur Veränderung boten.

Andreas Rieger: Man muss hier etwas zur Geschichte des SGB sagen. Die meisten Mitgliederverbände entstanden in der Zeit bis zum Ende des Ersten Weltkriegs und schlossen sich dem Gewerkschaftsbund an, danach blieb die Struktur des SGB mehr oder weniger eingefroren. Eine Veränderung dieser Struktur

«Ein Wille zur Veränderung war nicht vorhanden.»

erschien auch nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nötig, als die letzten Verbände dazukamen. In der langen Zeit der Hochkonjunktur konnten die Gewerkschaften im Arbeitsfrieden mitwachsen. In dieser Zeit verpasste man jedoch viel: Der immer wichtigere private Dienstleistungsbereich entwickelte

sich an den Gewerkschaften vorbei. Erst Ende der Siebzigerjahre setzte der SGB eine Kommission für Strukturreform ein. Diese Kommission diskutierte und schrieb Papiere, es gab einen Schlussbericht mit Reformvorschlägen. Aber passiert ist in der Folge fast gar nichts. Zu den Vorschlägen gehörte etwa die Gründung einer neuen Gewerkschaft für Banken und Versicherungen. Auch einige Fusionen wurden vorgeschlagen. Man muss bedenken: In der grafischen Industrie gab es drei SGB-Verbände, die Typografen, die Lithografen, die Buchbinder. Auch bei der PTT, einem einzelnen Grossbetrieb, gab es drei SGB-Gewerkschaften, die PTT-Union, den Postbeamtenverband und den Posthalterverband. Bis diese Gewerkschaften endlich fusionierten, dauerte es nochmals etwa fünfzehn Jahre. Sonst hatte das Papier der Strukturkommission aber keine Folgen. Ein Wille zur Veränderung war nicht vorhanden. Obwohl den Verbandsspitzen durchaus bewusst war, dass es Probleme gab.

Paul Rechsteiner: In jenem Bericht zur Strukturreform wurden auch Bedingungen formuliert für den Beitritt neuer Verbände. Es wurde der Eindruck vermittelt, dass sie nicht

willkommen waren. Vielleicht sollten wir noch einen weiteren Schritt zurück: Die Geschichte der Schweizer Gewerkschaften ist ja nicht zuletzt davon geprägt, dass sich in einer frühen Phase der Kulturkampf voll auf sie niederschlug. Zwar wurde nach der Gründung des SGB von 1880 noch versucht, die Einheit der Bewegung zu bewahren – von Leuten wie dem katholischen Bündner Nationalrat Caspar Decurtins und dem Sozialdemokraten Herman Greulich. Anfang des

«Kirche und Bischöfe verboten den Arbeitern die freien Gewerkschaften.»

20. Jahrhunderts kamen aber die Kirche und die Bischöfe, nahmen Einfluss und verboten den katholischen Arbeitern, in den freien Gewerkschaften mitzumachen, unter Androhung der Exkommunikation! Die christlichen Verbände wurden gegründet und der Konflikt spitzte sich zu – bis zum Generalstreik von 1918. Das war die Scheidelinie zwischen den beiden Richtungen: Die Verletzung der Gehorsamspflicht der Arbeiter, der Streik. Neben den katholischen Verbänden ent-

standen noch andere sogenannte Richtungsgewerkschaften, die dem SGB kritisch gegenüberstanden. Für lange Zeit war die Bewegung nun gespalten. Als in den Achtzigerjahren diese Spaltung undeutlicher wurde, machte der Christlich-nationale Gewerkschaftsbund CNG dem SGB einen Antrag in Richtung

«Die Erneuerung begann in den Einzelgewerkschaften.»

auf mehr Zusammenarbeit, das war 1985. Doch der SGB zeigte dem CNG die kalte Schulter.

Warum wollte man nicht mit den christlichen Gewerkschaften zusammenarbeiten?

Rechsteiner: Aus Selbstgerechtigkeit.

Pedrina: Auf Seiten des SGB kam der Widerstand vor allem von den Verbänden des öffentlichen Dienstes. Sie fühlten sich auch ohne die Christlichen stark genug. Zusätzlich gab es Widerstand aus der Westschweiz, den spürten wir übrigens auch in der GBH, als wir einige Jahren später begannen, im Umgang mit den Christlichen mehr auf Ko-

operation zu setzen. Im SGB blieben die Nein-Sager damals einfach stärker. Niemand hat gewagt, gegen ihren Willen die Einheit der Gewerkschaften einzufordern.

Rechsteiner: Die Antwort des SGB an den CNG war ziemlich schnoddrig. Man vermittelte den Christlichen: Ihr könnt euch ja uns anschliessen! Dass eine Chance für die Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung bestand, wurde nicht erkannt. Dabei war Mitte der Achtzigerjahre schon alles voll im Gange: der Strukturwandel, die Tertiarisierung, die Veränderung der Arbeit. Das gewerkschaftliche Bewusstsein blieb dahinter zurück. Statt im SGB begann die Erneuerung dann in den Einzelgewerkschaften, jedoch nicht in allen.

Rieger: Eine ältere Generation von Gewerkschaftern war damals an der Macht, die keine Zukunftsperspektiven mehr zu entwickeln vermochte. Die Erstarrung der traditionellen Verbände hat sich auch so gezeigt: In den Siebzigerjahren entstanden viele neue Berufsorganisationen, gerade im Gesundheits- und Sozialwesen. Die PhysiotherapeutInnen organisierten sich, die Hebammen und so weiter. Periodisch hat einer

von den neuen Verbänden beim SGB angeklopft, um aufgenommen zu werden. Aber stets legte ein altingesessener Verband des SGB sein Veto ein und sagte: Ihr könnt ja bei uns eintreten! In den alten SGB-Statuten gab es bis 1998 ein Vetorecht gegen neue Eintritte, mit dem die Mitgliedsverbände jede Konkurrenz verhindern konnten. In den Gewerkschaften hielt sich eine Generation an der Macht, die keine Veränderung. Sie sagten: Die Jungen sollen jetzt schauen. Dass sie aber keine guten Nachfolger oder Nachfolgerinnen fanden, war das Glück der jüngeren, kämpferischeren Generation: Diese ist in Führungspositionen gelangt, weil nach dem Abgang der vorangegangenen Generation ein Vakuum entstanden ist. Man musste jetzt froh sein um junge fähige Leute, auch wenn sie einem nicht so passten. Im SMUV war man froh um Christiane Brunner und in der GBH um Vasco Pedrina.

Pedrina: Was eine Neuorientierung bedeutete, war eigentlich klar. Erstens mussten die Gewerkschaften

moralisch wieder unangreifbar werden. Zwar hatte es in der Schweiz nie grosse Gewerkschaftsskandale wie in Deutschland gegeben – etwa beim gewerkschaftlichen Wohnbaukonzern «Neue Heimat» –, aber negative Anzeichen gab es schon. Das zweite Anliegen war die Wiederherstellung der Mobilisierungsfähigkeit, sie verlangte einen konfliktreicheren Kurs gegenüber den Arbeitgebern. Dabei gab es auch Stimmen im Gewerkschaftsbund – Konservative hatten sich mit jungen Modernisten verbündet –, die sagten, man müsse jetzt die Beiträge

«Es hielt sich eine Generation an der Macht, die keine Veränderung wollte.»

halbieren und auf die politischen Ansprüche verzichten, um die neuen Angestellten-schichten zu gewinnen. Also eine Entwicklung in Richtung der Berufsverbände.

Die Gewerkschaft als Versicherung?

Rieger: Ja, als Dienstleistungsgewerkschaft.

Pedrina: Wir aber hatten den Anspruch, wieder eine gesellschaftliche Gegenkraft zu werden. In so

vielen Branchen wie möglich. Wenn ein Bützer vier bis fünf Mal in seinem Leben den Beruf und die Branche wechseln muss, dann braucht es gewerkschaftliche Interprofessionalität. Das war unser Anspruch. Auf der politischen Ebene regelten wir das Verhältnis zur SP neu. Wir sagten: Gute Gewerkschafter sitzen nicht im Parlament!

Das war ein bisschen extrem, aber es war nötig als Gegengewicht zur alten Schule.

Ein Gewerkschaftsfunktionär alter Schule sass im Parlament?

Rieger: Der traditionelle Gewerkschaftschef in Zürich war auch im Zürcher Kantonsrat. Der Gewerkschaftschef in Aarau war Aargauer Kantonsrat und so weiter. Sie sassen noch in allen möglichen Kommissionen, entsprechend selten waren sie im Gewerkschaftsalltag anzutreffen.

Pedrina: Umgekehrt übernahm die Gewerkschaft viel Administrationsarbeit für lokale SP-Sektionen. Bei der Neuorientierung wollten wir Partei und Gewerkschaft wieder stärker trennen und gleichzeitig versuchen, in für uns zentralen Fragen selber die politische Führung

zu übernehmen. Für bessere Löhne wollten wir als Gewerkschafter nicht mehr nur in den GAV-Verhandlungen

«Es war eine grosse Neuerung, dass wir die Lohnfrage offensiv diskutierten.»

gen kämpfen, sondern auch auf politischer Ebene ...

... was bis dahin nicht üblich war.

Rechsteiner: Zuvor hatte in Diskussionen zur Lohnfrage nicht einmal der SGB etwas verloren. Es war eine grosse Neuerung, als wir am Kongress 1998 – dem Kongress, bei dem ich gewählt wurde – offensiv die Lohnfrage diskutierten. Einerseits mit der Forderung nach flankierenden Massnahmen als Bedingung für die bilateralen Verträge. Andererseits beschlossen wir damals die erste Mindestlohnkampagne «Keine Löhne unter 3'000 Franken», die bald erhebliche gesellschaftliche Ausstrahlung entwickelte. So begann unsere Offensiv-Strategie, legitimiert vom Kongress 1998. – Zum politischen Mandat der Gewerkschaften, von dem Vasco gesprochen hat: Als ich

1985 in den Nationalrat kam, waren die Gewerkschafter der rechte Flügel in der Fraktion. Aus der damaligen Perspektive war es ganz unvorstellbar, und es wäre mir nie in den Sinn gekommen, dass jemand wie ich einmal eine führende Funktion in den Gewerkschaften einnehmen könnte. Das hat sich aber schnell geändert: In der SPS begannen unter Helmut Hubacher die ökologische Frage und die Position der Frauen eine deutlich stärkere Rolle zu spielen, und bei den Wahlen 1987 wurden die Alten reihenweise abgewählt. In den Gewerkschaften übernahm unsere Generation die Führung, wie Vasco und Andi das bereits erzählt haben. Die Lohnfrage wurde von uns politisiert, auch die erfolgreiche Öffnung zu Europa mit flankierenden Massnahmen

und Lohnschutz war gewerkschaftlich geprägt, die Frage der Altersvorsorge genauso. Das ist mit dem politischen Mandat der Gewerkschaften gemeint. Die Gewerkschaften definieren die notwendigen politischen Forderungen und formulieren sie eigenständig. Oder beim Service public: Das erste er-

folgreiche linke Referendum dieses Jahrhunderts war ja das Elektrizitätsmarkt-Referendum von 2002, und dafür brauchte es eine Wende im gewerkschaftlichen Selbstverständnis.

Wieso eine Wende?

Rechsteiner: Bisher hatten die Gewerkschaften solche Liberalisierungsprozesse positiv begleitet oder standen ihnen ratlos gegenüber. Sie waren politisch im Seitenwagen mitgefahren, etwa bei der Zerschlagung der PTT. Jetzt wehrten sie sich. Es gelang, auch dank dem VPOD, die Politik des SGB um 180 Grad zu drehen; die

«Als ich 1985 in den Nationalrat kam, waren Gewerkschafter der rechte SP-Flügel.»

Unterschriften-sammlung verlief noch über Komitees und dezentral, am Ende aber hat der SGB die entscheidenden

Kampagne geführt und für den Referendumserfolg 2002 gesorgt.

Pedrina: Ihre Referendumsfähigkeit hatten die Gewerkschaften schon 1996 bei der Arbeitsgesetzrevision wieder bewiesen, als es um die Ausweitung der Nacht- und Sonntagsarbeit ging. Das war das erste

Mal seit Jahrzehnten, dass der SGB ein Referendum gewann. Was wir bis heute nie geschafft haben, ist die Initiativefähigkeit.

Rechsteiner: Die Initiativefähigkeit schon, aber nicht die Fähigkeit, Volksinitiativen auch zu gewinnen.

«Der Vergleich mit Deutschland zeigt, wie wichtig ein eigenständiges politisches Mandat der Gewerkschaften ist.»

Trotzdem gab es Initiativen, die eine grosse Wirkung hatten. Die zweite Mindestlohn-Kampagne, die 4'000 Franken forderte und relativ kurz auf die erste Kampagne für 3'000 Franken folgte. Als Initiative war sie kühn und chancenlos, als Kampagne war sie ein Volltreffer.

Weil sie die Zahl von 4'000 Franken in den Köpfen verankerte?

Rechsteiner: Die Zahl war damit etabliert. Dass Lidl und Aldi sich auf 4'000 Franken verpflichteten, hatte eine grosse Bedeutung, und die Kampagne trug dazu bei, die Tieflohne in der Schweiz nach oben zu treiben, während sie in Deutsch-

land zu dieser Zeit ja sanken – unter einer rot-grünen Regierung wohl-bemerkt. Gerade im Vergleich mit Deutschland sieht man, wie wichtig es ist, dass die Gewerkschaften ein eigenständiges politisches Mandat wahrnehmen, die Interessen der Beschäftigten vertreten und sich nicht den parteipolitischen Interessen unterordnen. In einem Land mit den direktdemokratischen Instrumenten wie wir sie haben, ist das politische Mandat eine extrem wertvolle Errungenschaft.

Rieger: Das Organisatorische mussten wir allerdings zuerst lernen. 1996 brachten wir die Unterschriften gegen das Arbeitsgesetz beinahe nicht zusammen, weil wir das Know-How noch nicht besaßen. Beim nächsten Referendum 1998, es ging um die Arbeitslosenversicherung, konnten wir es bereits viel besser, unter anderem dank professionellen Kommunikations- und Kampagnenverantwortlichen.

Pedrina: Wir hatten den Leitspruch «Professionalisierung des Apparates und Demokratisierung der Gewerkschaft». Die Professionalisie-

rung und das Funktionieren des Apparates machten uns zu Beginn in verschiedenen Bereichen grosse Mühe. Ein paar Monate nachdem ich Präsident geworden war, stellten wir zum Beispiel fest, dass unsere gewerkschaftseigene Krankenkasse monatlich 1 Million verlor und nur noch 10 Millionen besass. Man hatte die Informatisierung vollständig verpasst, die Kasse wurde mit veralteten Methoden geführt, hinzu kam noch die damalige dramatische Krise im Bau. Daraus zogen wir Lehren. Unsere Arbeitslosenkasse konnten wir dann so gut professionalisieren, dass sie die stärkste Kasse in der Schweiz geworden ist. Natürlich führte die Professionalisierung auch zu internen Konflikten: Als wir begannen, «Management by objectives» einzuführen, zielorientiertes Management, weigerten sich die Westschweizer Anarcho-Syndikalisten, überhaupt dabei mitzumachen. Sie sagten, das sei gegen die gewerkschaftlichen Prinzipien. Tatsächlich ist es eine Gratwanderung, zu professionalisieren und effizienter zu werden, aber den Spielraum für Bewegung und Spontaneität trotzdem zu behalten.

Rechsteiner: Das politische Selbstverständnis der Gewerkschaften hat sich grundlegend geändert. Den Gewerkschaften ist es nicht nur gelungen, bei Positionsbezügen eigenständig zu werden, sondern wir haben auch erreicht, dass Sozialdemokratie und Grüne anfangen, sich in den für uns zentralen Fragen gewerkschaftlich zu orientieren. Das Gegenteil erlebten wir Anfang der 2000er Jahre in Deutschland: In der subalternen Rolle der deutschen Gewerkschaften während der rot-grünen Ära

«Unser Leitspruch war: Professionalisierung des Apparats, Demokratisierung der Gewerkschaften.»

Schröder und Fischer, die mit einem fatalen Niedergang für die arbeitende Bevölkerung verbunden war. Es hat Gründe, dass es bei uns anders kam. Die gewerkschaftliche Eigenständigkeit in solchen Fragen ist von zentraler Bedeutung, unsere Positionsbezüge müssen in der Gewerkschaft erfolgen und dürfen nicht von ausserhalb kommen. Das wird auch in Zukunft eine grosse Rolle spielen.

Wie ging es mit der Öffnung des SGB dann weiter?

Rechsteiner: Beim Kongress 1998 ist es mit einer Statutenänderung gelungen, den SGB zu öffnen. In den schwierigen Nullerjahren sind dann tatsächlich neue Verbände in den SGB eingetreten, bei denen das zuvor nicht denkbar gewesen wäre: etwa der Personalverband des Bundes, der Bankpersonalverband. Es gab eine Bewegung in Richtung SGB, und dass das gelungen ist, hing auch mit der pluralistischen und unabhängigen Politik des Gewerkschaftsbundes zusammen. Nachdem der SGB 1985

dem CNG die kalte Schulter gezeigt hatte, passierte 2002 allerdings das Umgekehrte. Nach dem Zusammenbruch des VSA, des Dachverbands für Angestellten-Organisationen, haben wir versucht, in einen Diskussionsprozess mit seinen Mitgliedsverbänden zu kommen. Jetzt waren wir für ein Zusammengehen, aber diesmal wurde es von der anderen Seite sabotiert, denn es bestand schon die Idee, aus VSA und

CNG eine neue Dachorganisation zu gründen, Travail.Suisse. Gerade diese Gründung zeigte aber auch, dass die katholische Identität bei den Christlichen nicht mehr so wichtig war, und heute ist der Präsident von Travail.Suisse ein Berner Sozialdemokrat. Auch der Präsident des Schweizerischen Kaufmännischen Vereins, dessen Austritt den VSA zusammenbrechen liess, ist heute ein sozialdemokratischer Parlamen-

tariar, der allerdings anti-gewerkschaftliche Positionen vertritt. Die Situation erscheint unübersichtlich und labil, die Dinge drehen und wenden sich ständig. Daher bleibt es eine sehr gute Voraussetzung wenn der SGB wei-

terhin ein klares Ziel anstrebt: die möglichst geschlossene Vertretung der Arbeitnehmenden.

Gab es eigentlich einen gemeinsamen Plan für diese Veränderungen? Wer hat ihn ausgedacht und wie habt Ihr Euch abgesprochen?

Pedrina: Es gab einen gewissen Plan. Die Diskussion begann in den Achtzigerjahren im Kreis der Her-

«Der SGB muss weiterhin die möglichst geschlossene Vertretung der Arbeitnehmenden anstreben.»

ausgeberInnen der linken gewerkschaftlichen Revue «Diskussion». In der zweiten Hälfte der Achtzigerjahre wurde dann klar, dass einige von uns eine Führungsrolle spielen würden in der Bewegung.

Rechsteiner: Ich selber verlagerte den Schwerpunkt meiner Aktivitäten in der zweiten Hälfte der Achtzigerjahre von der Solidaritäts- und Mieterbewegung Schritt für Schritt Richtung Gewerkschaften.

Pedrina: Wann hast du begonnen als Gewerkschaftsbund-Präsident in St. Gallen?

«Wir stehen nicht, wo wir sein könnten. Das Potenzial für neue Entwicklungen ist grösser.»

Rechsteiner: Erst in den Neunzigerjahren, als Schlusspunkt eines langen Machtkampfs in den St.Galler Gewerkschaften.

Ein Kampf gegen konservative Gewerkschafter in St. Gallen, die zuerst entmachtet werden mussten.

Pedrina: Wir führten eine Diskussion innerhalb der Gewerkschaften. Dann diskutierten wir auch mit ein paar linken SP-Leuten und linken Nationalräten und Nationalrätinnen. Später stiess Peter Bodenmann dazu. Wir diskutierten darüber, was wir machen sollten. Schon 1984 wurde Hans Schächli zum Präsidenten der Gewerkschaft Textil Chemie Papier gewählt. Innerhalb der GBH waren wir eine Gruppe von Leuten aus der SP und anderen linken Parteien sowie Migrantinnen und Migranten. 1991 wollte die alte Führung einen neuen Präsidenten platzieren, der ungeeignet war. Dagegen sind wir angetreten. Ich war in einer Position, in der ich den Kampf führen konnte, denn ich sass schon in der Geschäftsleitung.

Rechsteiner: Das Bewusstsein dafür, dass sich etwas ändern musste, war damals bei vielen Leuten verbreitet, die sich in verschiedenen Verbänden engagierten und sich miteinander austauschten. Auch die Migration hat eine riesige Rolle gespielt für die Erneuerung der Schweizer Gewerkschaften: Im internationalen Vergleich spielte sie eine Schlüsselrolle.

Ja, über die Migration und die Migrationspolitik werden wir in einem eigenen Gespräch noch reden.

Rechsteiner: Gewerkschaftspolitisch ist dann sehr viel gelungen. Organisationspolitisch ist nur beschränkt viel gelungen. Die Gründung der Unia, die Öffnung des SGB mit den entsprechenden Erfolgen sind Teilresultate, und wir stehen heute bei weitem nicht dort, wo wir stehen könnten. Das Poten-

«Es gibt 1,5 Millionen mehr Beschäftigte als in den Achtzigerjahren, aber wir haben weniger Mitglieder.»

zial für neue Entwicklungen ist bedeutend grösser.

Rieger: Die Bewegung hat sich bezüglich der Mitgliederzahlen bis heute nicht stabilisiert. Der SGB hat zwar seine dominierende Rolle innerhalb der Arbeitnehmerorganisationen ausbauen können. Wir haben die Referendums- und Initiativfähigkeit erreicht und wir wurden wieder streikfähiger. Aber wenn wir die Mitgliederzahlen betrachten,

dann sind diese absolut und relativ zurückgegangen. Inzwischen gibt es 1,5 Millionen mehr Beschäftigte als in den Achtzigerjahren, aber wir haben weniger Mitglieder. Immerhin ist die Anzahl der Frauen im SGB stark gewachsen. Unter anderem dank der Tatsache, dass endlich der gewerkschaftliche Aufbau im Dienstleistungssektor an die Hand genommen wurde.

Rechsteiner: Und gewerkschaftspolitisch stehen wir aktuell vor enormen Herausforderungen: Die Rolle der Personenfreizügigkeit, die Rolle der Schweiz in Europa. Die Position der Arbeitnehmenden und ihre Entwicklung. Gelingt es bei den Löhnen, den Arbeitsplätzen und den Renten

wieder in eine fortschrittliche Logik zu kommen, so dass die Ungleichheit abgebaut werden kann und die unteren und mittleren Einkommen wieder zulegen können? Daran wird sich der Erfolg der Gewerkschaften bemessen. Gleichzeitig erlebe ich – nicht durchwegs in den Medien, aber in der Bevölkerung – dass die Gewerkschaften heute eine enorme Autorität geniessen.

Pedrina: Mehr als früher.

Rechsteiner: Die Gewerkschaften werden als Akteure gefürchtet. Selbst in den mit uns befreundeten Parteien werden sie zum Teil gefürchtet. In den für uns zentralen Fragen sind wir eine entscheidende Kraft. Denken wir etwa zurück an 2014, an die prekäre Situation nach der Annahme der «Masseneinwanderungsinitiative». Für uns kam es nicht in Frage, in das alte System der Diskriminierung und der Kontingente zurückzufallen. Mit dieser Haltung waren wir am Anfang allein. Am Schluss hat sich unsere Position durchgesetzt. Denn nur so war es möglich, die bilateralen Verträge mit der Personenfreizügigkeit fortzusetzen. Bemerkens-

wert ist auch, dass es gelungen ist, die Zahl der Gesamtarbeitsverträge streichen und vor allem auch die Zahl der Allgemeinverbindlichkeits-erklärungen von Gesamtarbeitsverträgen zu erhöhen. Wir konnten die kollektive Absicherung in schwierigen Zeiten verbessern. Natürlich ist jede Errungenschaft immer stark gefährdet, aber wir haben eine Autorität und eine öffentliche Glaubwürdigkeit. Trotzdem, wenn wir die Mitgliederzahlen betrachten, stellt sich die Frage: Wie kommen wir in Gesellschaften mit individualisierten und vereinzelt Lebensentwürfen wieder dazu, dass sich die Leute auch wieder kollektiv organisieren?

«In den für uns zentralen Fragen sind wir die entscheidende Kraft.»

STREIK UND STREIKRECHTE

Stefan Keller: Könnt Ihr mir kurz erzählen, wie die Gewerkschaften wieder streikfähig wurden?

Vasco Pedrina: In den Achtzigerjahren und insbesondere mit der Wirtschaftskrise ab 1991 wurde uns klar, dass wir eine «corsa contro il tempo», einen Wettlauf mit der Zeit aufnehmen mussten, um als Gewerkschaft wieder aktionsfähig zu werden. Diese Aktionsfähigkeit beinhaltete drei Elemente, die Mobilisierung auf der Strasse, die politische Referendums- und Initiativfähigkeit sowie die Streikfähigkeit: Die Mobilisierung auf der Strasse gelang uns bei der GBH erstmals 1990 mit der nationalen Demonstration gegen das Saisonier-Statut. Im Zentralvorstand war diese Demonstration noch umstritten gewesen. Die Gegner waren zwar nicht prinzipiell gegen eine Demo, sie erklärten aber, dass wir es nicht schaffen würden und dass daraus eine Blamage für die Ge-

werkschaft werde. Trotzdem erhielten wir eine Zweidrittelmehrheit und begannen während Monaten zu mobilisieren. Am Ende nahmen gegen 20'000 Kolleginnen und Kollegen an der Demo teil – das Ziel waren 10'000 gewesen. Von jetzt an wussten wir, wie man mobilisiert. Auch beim zweiten Element, der politischen Referendums- und Initiative-Fähigkeit, mussten wir bei Null anfangen, darüber haben wir aber bereits gesprochen. Das dritte Element waren schliesslich die Streiks.

Rieger: Das Streiken musste von Grund auf wieder erlernt werden. In den Betrieben redeten wir zuerst nicht viel von Streik, sondern von Protestaktionen. Das bedeutete zum Beispiel, dass die Beschäftigten mal mit einem Transparent vor den Betrieb hinstanden. Oder dass sie in der Pause eine Versammlung machten und die Pause dann eventuell um zehn Minuten verlängerten.



ten. Auf so etwas waren wir alle schon wahnsinnig stolz. Es bedeutete auch, dass die Leute wieder an die Demos kamen. So übten wir die Aktionsfähigkeit.

Gab es nicht schon in den Siebzigerjahren Streiks mit Symbolcharakter? Ich erinnere mich an Streiks bei Burger & Jacobi in Biel, bei Dubied und anderswo. Habt ihr aus diesen Bewegungen etwas gelernt? Waren sie wichtig?

Pedrina: Für mich waren sie wichtig. Die Streiks in Genf, bei Dubied in Neuenburg, bei Matisa in der Waadt. Die ersten Streiks nach Jahrzehnten des Arbeitsfriedens! Ich war in Unterstützungskomitees dabei.

Rieger: Die meisten dieser Streiks reagierten auf Betriebsschliessungen in der tiefen Krise der Siebzigerjahre. Oft entstanden sie aus der Belegschaft heraus, getragen von Migranten mit Streik-Erfahrung aus ihren jeweiligen Ländern. Die Gewerkschaften unterstützten solche Streiks erst im Nachhinein oder stellten sich sogar dagegen. Dadurch hatten die Aktionen kaum Erfolg. Wegen der Krise mussten nachher Zehntausende Migrantin-

nen und Migranten die Schweiz verlassen, unter ihnen viele Leute, die wussten, wie man streikt. Es entstand also keine Kontinuität. In den Achtzigerjahren folgten sieben fette Jahre der Hochkonjunktur, am Verhandlungstisch gab es wieder etwas zu verteilen: Man bekam Lohnerhöhungen, mehr Ferien und anderes. So blieben die Streiks der Siebzigerjahre eine Episode. Aber für uns waren sie lehrreich. Es gibt Filme und Bücher darüber.

Pedrina: Wir konnten schon etwas mitnehmen. Mein erster Streik in der GBI war einer in der Marmor- und Granit-Branche der deutschen Schweiz 1992. Er begann sehr spontan. Am ersten Tag machten nur zwei Betriebe mit. Dann setzten wir uns mit den Büzern gemeinsam das Ziel, jeden Tag eine weitere Firma zu bestreiken. Mit einer Gruppe von streikenden Büzern besuchten wir jeden Abend eine Versammlung und versuchten, die Leute zu überzeugen, am nächsten Morgen nicht in die Firma zu gehen. Der Streik gelang, auch wenn wir nicht alles durchsetzen konnten.

Rechsteiner: Ich erinnere mich gut. Der Ostschweizer Regionalsekretär Ueli Stoffer hat in der Folge den Vorschlag gemacht, dass in der GBI

Streikkurse durchgeführt werden, ausgehend von der Erfahrung bei Marmor und Granit.

Rieger: Wir haben solche Kurse dann effektiv gemacht, und in weiteren Streiks haben wir zusätzliche Erfahrungen gesammelt, zum Beispiel im Kampf gegen die Schliessung der Spinnerei Kollbrunn oder bei Calida. Die ersten dieser Aktionen waren nicht sehr erfolgreich, doch ab dem Streik bei der Zeba in Basel im Jahre 2000 ging es zunehmend besser. Den grössten Erfolg hatten wir natürlich 2002 mit der grossen Streikbewegung im Bau für die vorzeitige Pensionierung ab 60 Jahren.

Rechsteiner: Ein Element für diese positive Entwicklung war auch die Verankerung des Streikrechts in der Verfassung. Ende der Neunzigerjahre gab es ja eine Revision der Bundesverfassung, die wir anfangs unterschätzt hatten, weil sie nur als «Nachführung» galt. Zuständig war der konservative Bundesrat Arnold Koller, der in die neue Verfassung auch die internationalen Konventionen einbezog. Die Schweiz war Anfang der Neunzigerjahre den beiden UNO-Menschenrechtspakten beigetreten. Damit gehörte dieser Teil des internatio-

nen Rechts neben den ILO-Konventionen zum Rechtsbestand der Schweiz. Das führte dazu, dass Bundesrat Koller in einem Entwurf auch das Streikrecht in die Bundesverfassung übernehmen wollte. Die Arbeitgeber und die bürgerlichen Parteien bekämpften das allerdings, und so kam ich als neugewählter Präsident des SGB in eine klassische Deal-Situation. In einem Vier-Augen-Gespräch mit Koller erklärte ich, die Gewerkschaften würden die neue Bundesverfassung nur unterstützen, wenn das Streikrecht darin verankert sei. Es war eine Schlüsselgeschichte, und das Streikrecht blieb drin. Die neue Verfassung hat es dann in der Volksabstimmung nur knapp geschafft. Letztlich kam es also auf die Gewerkschaften und damit auf das Streikrecht an.

Rieger: Für die Entwicklung der Streiks seit dem Jahre 2000 war das ein Vorteil. Der weit verbreitete Mythos, in der Schweiz seien Streiks gar nicht erlaubt, war damit weg. Das hat die Renaissance der Arbeitskämpfe erleichtert.

EUROPA, MIGRATION, GEWERKSCHAFTEN

Die gewerkschaftliche Migrationspolitik verabschiedete sich in den vergangenen Jahrzehnten von der Diskriminierung ausländischer Kolleginnen und Kollegen. Sie erkämpfte das Ende des Saisonierstatuts und die von Schutzmassnahmen flankierte Personenfreizügigkeit mit Europa. Wie ist das gelungen? Wo sind die Probleme? Im Gespräch mit Paul Rechsteiner: Vania Alleva und Vasco Pedrina.

Stefan Keller: Vasco Pedrina, Du arbeitest zur Zeit an einer Publikation über gewerkschaftlich Migrationspolitik. Könntest Du uns einen kleinen historischen Rückblick geben?

Vasco Pedrina: In den vergangenen hundertfünfzig Jahren hat sich die schweizerische Migrationspolitik zwischen zwei Polen bewegt: Einerseits gab es eine Politik der offenen Türe bis 1914, damals herrschte mit Europa Personenfreizügigkeit, andererseits gab es vom Ersten

Weltkrieg bis 2002 den Versuch, die Einwanderung mehr oder weniger streng zu kontrollieren und so zu bremsen. Seither herrscht zwischen den EU-Staaten und der Schweiz aufgrund der Bilateralen Verträge wieder Personenfreizügigkeit. Ich selber habe mich mit dem Migrationsthema just nach der ausländerfeindlichen Schwarzenbach-Initiative von 1970 zu beschäftigen begonnen: Es war die Zeit der Hochkonjunktur, des Saisonierstatuts und der Verschärfung der Kontingentierungspolitik unter



«Die Gewerkschaften hatten einen wesentlichen Anteil an der diskriminierenden Migrationspolitik jener Epoche.»

Die Zeit der Kontingente:
Ankunft spanischer Landarbeiter in Genf 1962

dem Druck von rechtsnationalen Volksinitiativen. Als Achtundsechziger hielten wir natürlich die Fahne der Gleichberechtigung hoch und kamen so auch mit den Gewerkschaftsführungen in den Clinch. Die gewerkschaftliche Migrationspolitik war zu jener Zeit längst nicht mehr internationalistisch, sie war ganz von Abwehrhaltungen geprägt. Die Gewerkschaften hatten sogar einen wesentlichen Anteil an der diskriminierenden Migrationspolitik jener Epoche. Sie dachten, weniger Migration verknappe die Arbeitskraft, und das sei für die Schweizer Arbeiter und Arbeiterinnen gut. Sie glaubten auch lange, die Migration sei ein vorübergehendes Phänomen. Ab der zweiten Hälfte der Sechzigerjahre kam allmählich Bewegung in solche Positionen. Bei der Gewerkschaft Bau und Holz GBH und ebenfalls bei den christlichen Gewerkschaften entstand jetzt ein Bewusstsein dafür, dass die Migration ein dauerhaftes Phänomen bleiben würde, und dass die Gewerkschaft auch

«Die grosse Wende war nur möglich, weil die Gewerkschaften begonnen hatten, sich für MigrantInnen zu öffnen.»

an die Migrantinnen und Migrantinnen als hier tätige Arbeitnehmende denken musste. Wir alle drei, Paul, Vania und ich, haben uns für den Kurswechsel in der Migrationspolitik, für eine Politik der Solidarität und der gleichen Rechte engagiert. Eine These in meiner Broschüre lautet: Die grosse Wende war nur möglich, weil die Gewerkschaften in den Sechziger- und Siebzigerjahren begonnen hatten, sich für Migrantinnen und Migranten zu öffnen. In der Folge ist der Anteil der Migranten an der Mitgliedschaft stetig gestiegen. Gleichzeitig ist eine neue Generation kämpferischer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter herangewachsen, denen eine allein auf den Verhandlungstisch fixierte Politik nicht mehr genügte. Soweit dieser Kurswechsel gelungen ist, hat er die Gewerkschaften also gestärkt.

Paul Rechsteiner, seit wann beschäftigtst du dich mit dem Thema Migration?

Paul Rechsteiner: Auch meine Sensibilisierung für dieses Thema begann zur Zeit der Schwarzenbach-Initiative. Ich war noch sehr jung, Kantonsschüler, und nicht stimmberechtigt, als die Initiative zur Abstimmung kam. Die Fremdenfeindlichkeit war zu jener Zeit enorm. Den St. Galler Gewerkschaftssekretären – ausschliesslich Männer – sass die Schwarzenbach-Abstimmung noch lange in den Knochen, die Erfahrung, wie sie hier plötzlich Probleme mit ihrer Basis bekommen hatten. Das hat auch die Gewerkschaften fast zerrissen. Ich war in jener Zeit aktiv bei der Mitenand-Initiative, vom Unterschriftensammeln 1974 bis hin zur Volksabstimmung 1981: Es wurde eine Niederlage erster Güte! Trotzdem war die Mitenand-Initiative wichtig, denn sie formulierte eine Alternative zur herrschenden Politik. Nach der Niederlage erschien es aber nicht mehr wahrscheinlich, dass in absehbarer Zeit ein radikaler migrationspolitischer Kurswechsel stattfinden könnte, auch nicht in der Gewerkschaft. Undenkbar, dass die Gewerkschaften eine Öffnung des Arbeitsmarktes und die Perso-

nenfreizügigkeit mittragen würden, und trotzdem passierte genau das innerhalb von relativ wenigen Jahren – verbunden mit Schutzmassnahmen für die Arbeitsplätze. Zuerst kam aber noch das Nein zum EWR, bei dem auf Schutzmassnahmen verzichtet wurde, und aus dem wir lernen mussten. Überhaupt gab es ein paar extreme Wechsel in der Politik jener Jahre: Vom EWR-Nein 1992 zum Ja zur Personenfreizü-

«In dieser Zeit gelangten wir Jungen von der Opposition direkt in die Führungsverantwortung und konnten eine neue Politik dursetzen.»

gigkeit 2000. Auch der Beitritt der Schweiz zur Uno scheiterte 1986 in einer kapitalen Niederlage, aber schon 2002 trat die Schweiz der UNO bei. In den Gewerkschaften gelangten in dieser Zeit wir Jungen von der Opposition direkt in die Führungsverantwortung und konnten eine neue Politik durchsetzen.

Vania Alleva: Aus persönlicher Erfahrung weiss ich, was es für Zukunftsentwürfe in MigrantInnenfa-

milien heisst, wenn ihnen durch diskriminierende Aufenthaltsregime Prekarität und Planungsunsicherheit aufgezwungen werden. Ich weiss, wie Menschen individuell auf Diskriminierung und Integrationshürden reagieren können. Am Anfang meiner Gewerkschaftstätigkeit war ich viel mit Migrantinnen und Migranten in Kontakt, die in den Sechziger- und Siebzigerjahren in der Gewerkschaft begonnen hatten. Es waren kämpferische Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen, Pfeiler der Bewegung, die mir auch erzählten, wie sie einst um Anerkennung in der Organisation hatten ringen müssen. Aus dieser Perspektive war die Öffnung der Gewerkschaft hin zur

«Die Personenfreizügigkeit wurde für die MigrantInnen zu einer riesigen Errungenschaft.»

Migration tatsächlich ein substanzieller Wechsel in den Positionen. 1997 habe ich bei der GBI zu arbeiten begonnen: Beim Thema Personenfreizügigkeit, bei den Bilateralen Verträgen und den flankierenden Massnahmen waren die Gewerkschaften inzwischen die entscheidenden Player. Die Personenfreizügigkeit wurde dann für die

organisierten Migrantinnen und Migranten zu einer riesigen Errungenschaft: Jahrelang hatten sie zuvor für die Abschaffung des Saisonierstatuts gekämpft und jetzt gelang es – ohne neue Einschränkungen! Wir beschäftigten uns aber auch mit anderen migrationspolitischen Themen: Wir bekämpften das damalige Drei-Kreise-Modell in der Schweizer Ausländerpolitik, das einen Teil unserer Mitglieder diskriminierte. Zwar hatten Bürgerinnen und Bürger der EU in der Schweiz jetzt Personenfreizügigkeit, aber alle anderen hatten sie nicht. In

diesem Zusammenhang muss der Kampf gegen die Schengen-Visa für in der Schweiz lebende Nicht-EU-Bürger gesehen werden.

Deren Abschaffung erreichten wir 2006 nach langwieriger Lobbyarbeit in der Schweiz und in ganz Europa. Stark in den Vordergrund rückte die Problematik der Sans-Papiers. Es war die Zeit der Kirchenbesetzungen. Als Gewerkschaft arbeiteten wir eng mit den verschiedenen Bewegungen zusammen, die für und mit Sans-Papiers für eine kollektive Regulari-

sierung ihres Aufenthaltsstatus kämpften. Ein weiteres Thema war die Einführung des doppelten Bürgerrechts, auch das eine grosse Errungenschaft für die Migrantinnen und Migranten. Aber immer noch gab es diskriminierende Einbürgerungsentscheide bei Gemeindeabstimmungen. Dagegen kämpften wir auf rechtlischem Weg und erreichten einiges, zum Beispiel in einem Prozess gegen die Gemeinde Emmen. Nicht geklappt hat 2004 ein nächster Schritt, die erleichterte Einbürgerung der zweiten und die automatische der dritten Generation. Insgesamt herrschte jedoch in den Jahren, in denen ich meine Arbeit bei der Gewerkschaft aufnahm, eine migrationspolitische Aufbruchstimmung. Wir waren sicher auch ein Stück weit euphorisch und daraus entwickelte sich eine gute Dynamik. Später gab es leider – jedenfalls im politischen Diskurs – wieder eine extreme Verhärtung. Das Referendum gegen das Ausländer- und Asylgesetz 2006 hatte leider keine Chance.

Rechsteiner: Die Migrationsgeschichte ist von ständigen Fortschritten und Rückschritten geprägt, manchmal finden sie

gleichzeitig statt. Als ich 1986 ins nationale Parlament kam, brannten Flüchtlingsheime in der Schweiz, bald darauf kam aber das Anti-Rassismus-Gesetz durch die Volksabstimmung. Die Einführung des doppelten Bürgerrechts ist 1992 kurz nach Ablehnung des EWR gelungen. Ja, es war eine Zeit der gesellschaftlichen Aufbrüche, zuerst der Fall der Berliner Mauer 1989,

«Die Migrationsgeschichte ist von ständigen Fortschritten und Rückschritten geprägt.»

die Fichenaffäre, das Komitee gegen den Schnüffelstaat. Riesige Demonstrationen. Der Frauenstreik 1991. In gewissen Bereichen ging es damals plötzlich sehr schnell voran, es gab Durchbrüche und dann eben wieder Rückschläge. Emmen zum Beispiel, die verweigerte Einbürgerung für Ex-Jugoslawen: Die GBI finanzierte den Prozess, obwohl die Betroffenen gar keine Gewerkschaftsmitglieder waren. Und wir gewannen. Später gewannen wir auch in Rheineck einen Prozess um die Frage, ob es einen posi-

tiven Anspruch auf Einbürgerung und gegen Diskriminierung gibt. Heute sehen wir wieder verhinderte Einbürgerungen in der ganzen Schweiz, rigide Vorstellungen von Integration und Kontrolle spielen immer noch eine Rolle, und insgesamt ist die Schweiz bei den Einbürgerungen sehr weit im Rückstand. Trotzdem hat sich, gemessen an früher, vieles verbessert.

Dieser gewerkschaftliche Kurswechsel in der Migrationspolitik: Wie ist er in der Praxis eigentlich vor sich gegangen?

Alleva: Ich glaube das sagte die These von Vasco bereits. Der Kurswechsel gelang, weil Migrantinnen und Migranten als Mitglieder organisiert wurden und dann auch in der Gewerkschaft arbeiteten. Zuvor war es überhaupt nicht selbstverständlich, dass man Migrantinnen und Migranten organisierte. In Deutschland zum Beispiel hat die Baugewerkschaft bis heute praktisch keine Migranten organisiert, obwohl die Baustellen voll von ihnen sind. Sobald sich die Gewerkschaft für die Migration öffnete, entstand eine neue Dynamik. In Versammlungen führte

man dank den Migrantinnen und Migranten plötzlich ganz andere Diskussionen. Bei der Öffnung war die GBI damals führend – und bald hat sie migrationspolitisch auch im SGB den Ton angegeben. Die Bereitschaft und die Sensibilisierung für Migrationspolitik und die Migrationsthematik ganz generell ist aber kein Selbstläufer, es muss immer daran gearbeitet werden. Wir müssen das Bewusstsein verankern, dass die Schlagkraft und Stärke unserer Bewegung in ihrer Vielfalt liegt. Durch den gezielten Einbezug der Migrantinnen und Migranten in allen Gremien fördern wir eine basisnahe Gewerkschaftsarbeit. Zwar haben wir hier

«Sobald sich die Gewerkschaften für die Migration öffneten, entstand eine neue Dynamik.»

sehr viel erreicht und sind in der Schweiz einzigartig – gerade auch, weil die Unia den grössten Anteil an Mitgliedern und Angestellten mit ausländischem Pass hat. Und ich persönlich bin nicht zuletzt auch als erste Vertreterin der Migrantin-

nen und Migranten ins Präsidium gewählt worden.

Pedrina: Vielleicht eine kleine Begebenheit, die zeigt, was für ein Kampf das innergewerkschaftlich war: Als wir 1989 an einer Delegiertenversammlung ein Positionspapier zur schrittweisen Abschaffung des Saisonier-Statuts präsentierten, zusammen mit den Kollegen aus der Migration, kam ein wütender Gewerkschaftssekretär aus dem Thurgau zu mir, ein bekannter SP-Politiker, und erklärte mit Vehemenz: Wenn ihr das Saisonier-Statut abschafft, macht ihr unsere Gewerkschaft kaputt! Der Kurswechsel war also nicht ganz einfach. Tatsächlich hatte die GBH

schon 1980 für die Abschaffung des Saisonier-Statuts mit einer Grossdemonstration plädiert, während die anderen Verbände ihre Positionen erst Mitte der Achtzigerjahre wechselten. Auch die Personenfreizügigkeit war lange Zeit nur eine Idee des linken Flügels, sie wurde erst mehrheitsfähig, nachdem Jacques Delors, damals Präsident der Europäischen Kommis-

sion, 1989 einen Europäischen Wirtschaftsraum mit Schweizer Beteiligung angeboten hatte. Nach langen Diskussionen waren die Gewerkschaften 1992 bereit, in diese Richtung zu gehen.

Rechsteiner: Doch 1992 waren die Gewerkschaften noch keine zentralen Akteure in dieser Sache, sondern sie versuchten lediglich, sich einigermaßen positiv dazu zu verhalten. Der Abstimmungskampf zum EWR hat die Linke noch einmal zerrissen. Der EWR wäre 1992

«Eine aktive linke Position zur Personenfreizügigkeit musste erst erarbeitet werden.»

nicht abgelehnt worden ohne einen Teil der Linken. So konnte Blocher gewinnen. Eine aktive und positive

linke Position zur Personenfreizügigkeit musste erst erarbeitet werden, für uns war das damals ein grosser Lernprozess. Geholfen haben uns äussere ökonomische Bedingungen: Die Schweizer Wirtschaft brauchte eine Lösung mit Europa. Und zu den inneren Bedingungen gehörte eben die Öffnung der Gewerkschaften gegenüber den Migrantinnen und Mi-

granten, verbunden mit einem Generationenwechsel. Ein Stück weit folgte der Kurswechsel natürlich auch einem Konzept, daraus muss man ja kein Geheimnis machen: Wir haben miteinander geredet und Konzepte geschrieben. Derjenige der am meisten Papiere schrieb in all diesen Jahren, war Andi Rieger; er brachte schon früh auf den Punkt, was wir später umsetzten. Wir mussten zuerst unsere Überlegungen schärfen, das Kontin-

«Die Neunzigerjahre waren die Zeit der neoliberalen Attacken, doch es war möglich, zusammen mit den Arbeitgebern die Flankierenden Massnahmen zu entwickeln.»

gentierungssystem genau begreifen und klären, welchen Schutz es für die einheimische Arbeiterschaft weiterhin brauchte. Dabei arbeiteten wir auch eng mit Akteuren aus dem Volkswirtschaftsdepartement zusammen. Unter Pascal Couche-

pin gab es dort Leute, die mit uns und nicht gegen uns arbeiteten. Im Gewerkschaftsbund hatten wir mit Serge Gaillard als Zentralsekretär jetzt jemanden, der die Probleme sah, anders als sein Vorgänger Beat Kappeler, der immer etwas wolkig geblieben war. So entwickelten wir also gemeinsame Vorstellungen von einem nichtdiskriminierenden System zum Schutz der Löhne. Ein System, das arbeitsmarktlich ausgerichtet war und nicht wie bisher

fremdenpolizeilich gesteuert. Der Verhandlungsprozess mit Arbeitgebern und Wirtschaftsverbänden ging relativ schnell, und es gab auch einen Bundesrat, der das System umsetzen wollte. Vielleicht muss man das heute in Erinnerung rufen: Die Neunzigerjahre waren zwar die Zeit der neoliberalen Attacken, alle Regulierungen auf dem Arbeitsmarkt wurden diskreditiert, Gesamtarbeitsverträge galten in der Wirtschaft als Aus-

laufmodell. Doch plötzlich war es dank einer besonderen machtpolitischen Konstellation möglich, zusammen mit dem Arbeitgeberverband die Flankierenden Massnahmen zu entwickeln.

Was genau passierte dabei machtpolitisch?

Rechsteiner: Die Schweizer Wirtschaft stand vor der Notwendigkeit, im Verhältnis zur Europäischen Union schnell eine Lösung zu finden. Dazu muss man wissen, dass sich zwischen 1989 und 2004 auch die EU stark veränderte. Zuvor war sie auf Westeuropa beschränkt, jetzt kamen Länder des früheren Osteuropa dazu. Diese Veränderung passierte innerhalb von nur zwölf Jahren und löste eine enorme Dynamik aus.

Pedrina: Es gab auch hier Erfolge und Rückschläge. Mit der Personenfreizügigkeit gelang es, grosse Verbesserungen zu erreichen. Andererseits mussten wir Verschlechterungen beim Ausländergesetz, beim Asylgesetz in Kauf nehmen. Die Regularisierung der Sans-Papiers ist nicht gelungen. Zeitgleich mit der Öffnung zur EU fand, wie Vania gesagt hat, europaweit eine migrationspolitische Verhärtung statt.

Gab es auch Rückschläge innerhalb der Gewerkschaften?

Pedrina: In den Gewerkschaften gibt es bis heute Kolleginnen und Kollegen, die die Personenfreizügigkeit als neoliberales Konstrukt anschauen und sie deshalb ablehnen. Diese Diskussion bricht immer wieder aus: Ist die Personenfreizügigkeit ein Grundrecht, oder ist sie ein neoliberales Konstrukt? Ist sie die Voraussetzung für mehr Gleichheit oder für mehr Ausbeutung von

«In den Gewerkschaften gibt es bis heute KollegInnen, die die Personenfreizügigkeit als neoliberales Konstrukt betrachten und ablehnen.»

Menschen? Diskussionen gibt es auch über das Ausmass der flankierenden Massnahmen. Manche dieser Massnahmen gehen einem Teil der Linken nicht weit genug, und sie wollten schon einmal das Referendum dagegen ergreifen.

Alleva: In den Diskussionen rund um die Personenfreizügigkeit steht jeweils auch die Maximalforderung

im Raum, eine solche müsse für alle Menschen in der ganzen Welt gelten. Dabei müssen wir aufpassen, nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten, also die Personenfreizügigkeit mit der EU nicht abzulehnen, weil sie «nur» für einen Teil der Migrantinnen und Migranten gilt. Ebenso wichtig in der Diskussion ist die Bekämpfung der Schwarzarbeit. Aus gewerkschaftlicher Sicht müssen wir immer wieder darauf beharren, dass bei der Schwarzarbeitsthematik nicht der Aufenthaltsstatus der Arbeitnehmenden in den Fokus rückt, sondern die Pflichten der Arbeitgeber.

Rechsteiner: Machtpolitisch waren diese internen Diskussionen oft heikel, manchmal stand der Konflikt auch auf Messers Scheide. In den Jahren von 1998 bis 2000 hatten wir ja Erfolg mit einer Strategie des «Nein, wenn nicht ...»: Wir forderten ultimativ den Schutz der Löhne und drohten, sonst Nein zu den Bilateralen Verträgen zu sagen. Mit

dieser Strategie waren wir den übrigen Gewerkschaften in Europa weit voraus. Niemand sonst sagte «Nein, wenn nicht ...». Aber es war auch sehr kühn, und es brauchte einige Nerven, diese Strategie

durchzusetzen. Links und rechts hatten wir es mit Bedenkenträgern zu tun: Traditionelle Gewerkschafter, die nicht mit unserem Erfolg rechneten, aber auch keine alternative Positi-

on formulierten, sondern einfach darauf warteten, dass wir abstürzten. Linke Gewerkschafter, die uns kritisierten, weil wir überhaupt in eine kapitalistische Logik eingestiegen waren, sozusagen einen Pakt mit dem Teufel eingehen wollten. Es brauchte ein enormes Stehvermögen in dieser Zeit, und als wir uns schliesslich durchgesetzt hatten, entstand in den Gewerkschaften plötzlich ein anderes Problem: Jetzt wollten viele Kolleginnen und Kollegen diese erfolgreiche, aber auch hochriskante «Nein wenn nicht ...»-Strategie bei anderen Themen wiederholen. Es gibt seit- her immer wieder die Versuchung,

«Wir setzen uns für gleiche Rechte ein, aber beim Thema Migration begegnen wir bei unserer Basis immer noch grosser Skepsis.»

den starken Mann oder die starke Frau zu markieren und ein Nein anzudrohen, wenn nur eine bestimmte Forderung nicht erfüllt wird. Das ist natürlich ein Spiel mit dem Feuer sobald es um Themen geht, bei denen das eigentliche Nein von ganz rechts kommt. Aus diesem Grund war es für uns eine delikate Frage, wie weit man die Flankierenden Massnahmen zum Schutz der Löhne weiterentwickeln konnte, ohne erneut in eine Veto-Position zu gelangen und das bisher Erreichte aufs Spiel zu setzen. Die Abstimmung zur «Masseneinwanderungs»-Initiative am 9. Februar 2014, als die Stimmenmehrheit sich erstmals wieder gegen eine Öffnung kehrte, zeigt andererseits, dass wir den Kampf immer wieder von vorne führen müssen. Wir setzen uns als Gewerkschaften heute selbstverständlich für gleiche Rechte ein, aber beim Thema Migration begegnen wir immer noch einer grossen Skepsis bei unserer Basis.

Pedrina: Ich habe den Eindruck, dass diese Skepsis sogar stark gewachsen ist. Vor zehn Jahren gab es sehr viele aktive Leute in der Gewerkschaft, die sich klar positiv zur Personenfreizügigkeit äusser-

ten. Heute sind es weniger, und es braucht sehr viel mehr Überzeugungsarbeit des Apparats. Wenn aber ein Teil des Apparats ebenfalls eine kritische Meinung zur Personenfreizügigkeit vertritt, dann wird es schwierig.

Rechsteiner: Dabei ist die Personenfreizügigkeit heute ein Stück erlebte Freiheit. Viele Junge können sich gar nicht mehr vorstellen, wie es früher war.

«Nach dem Ja zur «Masseneinwanderungsinitiative» schienen wir allein gegen den Rest der Welt zu stehen.»

Alleva: Wir sehen es ja bei uns in der Gewerkschaft. Wir haben unzählige neue Kolleginnen und Kollegen, die wegen der Krise bei ihnen zuhause in die Schweiz kommen, um hier zu arbeiten. Wie selbstverständlich nutzen sie Aufenthaltssicherheit, Recht auf Familiennachzug, Freiheit des Wohnortwechsels und des Stellenwechsels. Alles Dinge für die wir Jahrzehnte kämpfen mussten. Bei allen Problemen, die es auf dem Arbeitsmarkt trotzdem noch gibt – wie die

Prekarität bei der Pendelmigration oder bei Entsendungen –, müssen wir diesen Schatz an Grundrechten nach innen und aussen immer wieder in Erinnerung rufen. Eigentlich ist es wie bei den Frauenrechten: Nichts wird dir geschenkt, und wenn du es dann hast, musst du es sogleich wieder verteidigen.

Aber trotzdem gab es das Abstimmungsresultat vom Februar 2014.

Pedrina: Ja, und nach der Abstimmung zur «Masseneinwanderungsinitiative» vom Februar 2014 hatten wir plötzlich wieder die Kontingentierung vor der Haustüre. Es war damals sehr wichtig, dass wir als Reaktion darauf sofort drei Prinzipien definierten und diese trotz aller Widrigkeiten durchsetzten.

Rechsteiner: Die drei Prinzipien waren: Keine neue Diskriminierung, also kein neues Saisonier-Statut! Fortsetzung der Bilateralen Verträge! Mehr Schutz statt weniger Schutz!

Damals ist uns – auch von guten Gewerkschaftern – gesagt worden: Das mit den Flankierenden Massnahmen könnt ihr jetzt vergessen, die werden sie euch zerschla-

gen und die Bilateralen sind ebenfalls verloren. Von den politischen Parteien kam fast keinen Support mehr. Plötzlich schienen wir allein gegen den Rest der Welt zu stehen. Dass es am Ende gelingen würde, die Initiative nach unseren drei Prinzipien umzusetzen, konnten wir natürlich nicht wissen. Die Niederlage der «Durchsetzungsinitiative» im Februar 2016 schaffte dann zum Glück eine neue machtpolitische Ausgangslage, auch im Verhältnis zu einigen Akteuren des Freisinns. Die Beziehungen zu den Arbeitgebern waren ja seit Mitte 2013 total

«Wir müssen ein eigenständiges offensives Projekt entwickeln, das bei der Migration gewerkschaftliche Interessen in den Vordergrund stellt.»

blockiert, die neue Spitze setzte auf eine politische Rechtsmehrheit mit Blocher. Sie sabotierte die mit der Verwaltung bereits eingeleiteten Gespräche über die Verbesse-

rung der flankierenden Massnahmen und trug damit selber zum Abstimmungsresultat bei. Der Bundesrat seinerseits schlug nun die Rückkehr zu einem Kontingentierungssystem vor. Man muss sich das vorstellen: Erst kurz nachdem wir dieses System endlich abgeschafft hatten, sollte es wieder eingeführt werden! Ausgehend von den Bilateralen Verträgen ist es dann aber gelungen, die Prinzipien trotzdem durchzusetzen, wenn auch mit teilweise sehr knappen Mehrheiten.

Sagt Ihr nochmals die Prinzipien?

Alleva: Erstens, es darf keine neue Diskriminierung geben. Zweitens, es braucht mehr Schutz statt weniger Schutz. Und drittens, es braucht ein geregeltes Verhältnis mit der EU, das heisst, die Bilateralen Verträge werden nicht aufs Spiel gesetzt. Mit diesen drei Prinzipien sind wir am Abend des 9. Februar 2014 gestartet.

Pedrina: Diese Prinzipien waren auch sehr wichtig für die Kohäsion innerhalb der Organisation.

Rechsteiner: Wir haben in den Gewerkschaften darüber Entscheide herbeigeführt. Einige Male war es heikel.

Alleva: Das Problem ist damit auch noch nicht vom Tisch: Mit der Art der Umsetzung der «Masseneinwanderungsinitiative» haben wir einen Etappensieg erreicht, aber bald kommt die «Begrenzungsinitiative» der SVP. Und der migrationspolitische Kontext ist inzwischen ja nicht einfacher geworden. Wir versuchten schon vor Jahren, den Europäischen Gewerkschaftsbund von einer Kampagne gegen Lohndumping mit dem Hebel einer Europäischen BürgerInnen-Initiative zu überzeugen. Ich bin überzeugt, wir müssen bei diesem Thema selber noch viel offensiver werden. Es ist nicht gut, wenn wir allein aus der Defensive heraus auf die SVP reagieren. Wir müssen ein eigenständiges offensives Projekt entwickeln, das bei der Migrationsfrage die gewerkschaftlichen Instrumente und Interessen in den Vordergrund stellt und Antworten gibt auf Ängste und Verunsicherungen an der Basis. Neben den anstehenden Abwehrkämpfen, bei denen die Verteidigung der bisher erreichten Flankierenden Massnahmen und des Lohnschutzes eine zentrale Rolle spielt, brauchen wir ein Projekt für starke Arbeitnehmerrechte – und zwar gleiche Rechte für alle. Die Pisten, die wir zur Zeit diskutieren liegen in den Bereichen

Gleichstellung im Erwerbsleben, Recht auf Festanstellung und Kündigungsschutz.

Rechsteiner: Es gibt da viele Parameter zu beachten. Innenpolitisch haben wir zunächst die sogenannte Selbstbestimmungsinitiative gegen «fremde Richter». Eine SVP-Initiative, nach der die Schweizer Verfassung wichtiger sein soll als alle

«Wir bewegen uns in einem anspruchsvollen Umfeld, wo es in sehr viele verschiedene Richtungen gehen kann.»

internationalen Verträge, wichtiger als alles, was international gilt. Diese Auseinandersetzung findet im Herbst 2018 statt. Dann stellt sich die Frage, was mit dem Rahmenvertrag mit der EU passiert. Und wie sich die EU weiterentwickelt. Wir wissen heute zum Beispiel nicht, wie sie den Brexit verdaut. Das ist sehr schwer voraussehbar. Wichtig für das Schweizer Verhältnis zu solchen Fragen wird die wirtschaftliche Entwicklung sein: Kommen wir in einen Aufschwung hinein? Wird

die Arbeitslosigkeit abgebaut? Es steht ja nirgends geschrieben, dass die Arbeitslosenzahlen, die wir seit längerem haben, immer so bleiben müssen. Wie steht es mit den technischen Umbrüchen? Was bewirkt die weitere Digitalisierung? Wir bewegen uns in einem sehr anspruchsvollen Umfeld, wo es in sehr viele verschiedenen Richtungen gehen kann. Auch 1989 oder 1992 konnten wir uns ja nicht vorstellen, wie es zehn Jahre später aussehen würde. Und 2004 hatten wir keine Ahnung davon, wie unsere Situation 2017 oder 2018 sein würde. Das Umfeld und seine Bedingungen können sich stark verändern. Wie steht es mit der Verfassung der EU in den nächsten Jahren? Gibt

es eine Renationalisierung oder nicht? Oder gibt es eine Entwicklung zum europäischen Sozialstaat? Seit 2014 existiert zum Beispiel ein Vorschlag für eine europäische Arbeitslosenversicherung seitens der EU-Kommission. Man hat ihn vergessen im Moment. Arbeitslosigkeit ist jenes grosse Übel, das alle Leute in ganz Europa plagt, und Europa wäre in der Lage, eine Arbeitslosenversicherung für alle zu entwickeln. Das Projekt war damals recht fortgeschritten, es sah ei-

nen europäischen Sockel für eine Arbeitslosenversicherung vor sowie Zusatz-Systeme der einzelnen Länder. Für Südeuropa hätte das bedeutet, dass dort die Systeme stabilisiert werden könnten. Nehmen wir einmal an, ein solches System käme zum Fliegen, würde realisiert! Es wäre – wie seinerzeit die AHV in der Schweiz – ein sichtbarer Fortschritt für alle. Nehmen wir also an, im europäischen Umfeld käme eine solche Entwicklung in Gang, dann würde rasch alles voll-

kommen anders aussehen als heute. Viele Elemente spielen also eine Rolle, und die Entwicklung ist weiterhin schwer vorauszusehen. Wir müssen in der Lage sein, die sozialen Interessen in diesem europäischen Kontext zu verteidigen. Es ist eine grosse Herausforderung und Verantwortung für die Jungen heute: Es wird wieder unglaublich knappe Entscheide geben, und es wird daher ganz entscheidend sein, wie sich die Gewerkschaften positionieren.

«Wir müssen in der Lage sein, die sozialen Interessen im europäischen Kontext zu verteidigen.»

ALTERSVORSORGE, SOZIALSTAAT, NEUE OFFENSIVEN

Was machen wir gegen sinkende Renten? Wie geht es weiter mit der Altersvorsorge. Ein Gespräch kurz nach einer knappen Niederlage über ihre Gründe und den Weg zur Erneuerung des Sozialstaats. Mit Paul Rechsteiner, Andreas Rieger und Doris Bianchi.

Stefan Keller: Seit der Abstimmung zur Altersvorsorge 2020 sind ein paar Wochen vergangen. Der Gewerkschaftsbund SGB hat eine grosse Niederlage erlitten. Wie sieht die Lage jetzt aus?

Paul Rechsteiner: Wir sind im Moment in einer Übergangsphase. Es ist uns nicht gelungen, nach Jahrzehnten eine erstmalige Rentenerhöhung durchzusetzen. Gescheitert ist es an einer Koalition, die – von den Arbeitgebern bis zum linken Westschweizer Komitee – nur ein gemeinsames Ziel verfolgte: Das Nein. Eine zentrale Funktion hatte auch der «K-Tipp» als Zeitschrift

des Konsumentenschutzes. Und es zeigte sich einmal mehr, dass ein «Nein» bei solchen Vorlagen im Vorteil ist, denn im «Nein» können sich ganz unterschiedliche Motive kumulieren. Hinzu kommt, auf der anderen Seite, die Schwäche der CVP und der Vollaussfall der Bauern, die vom Ausbau der AHV mehr als andere profitiert hätten. Aber nun ist es halt so. Nüchtern betrachtet, stellt sich die Frage der Rentenhöhe für uns jetzt in neuer Schärfe. Seit dem SGB-Kongress 2010 verlangen wir eine Rentenverbesserung bei der AHV. Mit der Vorlage AHV plus haben wir vor zwei Jahren fast 41 Prozent der Stimmen ge-



«Es ist uns nicht gelungen, nach Jahrzehnten eine erstmalige Rentenerhöhung durchzusetzen.»

Demo vom 10. September 2016 in Bern gegen Rentenabbau, die Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre und fuer eine starke AHV.

macht. Bei AV 2020 waren es über 47 Prozent. Das ist zwar eine verpasste Chance, aber wir sind auch etwas näher am Ziel. Die Aufgabe wird nun sein, die nächsten Offensiv-Schritte zu formulieren. Was die «neue Schärfe» in der Rentenfrage betrifft: In der beruflichen Vorsorge sinken die Umwandlungssätze und aufgrund der tiefen Zinsen wachsen die Kapitalien nicht wie vor-

so zu vermitteln, dass unsere Koalitionspartner mitgezogen hätten. Schwierig war auch die Rolle der Konsumentenpresse, die sehr unbedacht und zerstörerisch unterwegs war. Für kommende Revisionen stimmt es mich ein bisschen ängstlich, dass die Leute die Bedeutung der AHV nicht wirklich erfasst haben. Insbesondere rund um die Rentenhöhe der Frauen: Dass

die Frauen eine Vorlage ablehnen, bei der sie unter dem Strich, trotz des höheren Rentenalters, besser davonkämen als mit dem jetzigen Rentenalter und dem jetzigen Rentenniveau. Tatsächlich ist doch nach vierzig Jahren Rentenstillstand bei der AHV eine Verbesserung

dringend nötig. Darauf deutet übrigens auch das Abstimmungsverhalten der Rentnerinnen und Rentner: Es ging diesmal um eine Rentenerhöhung ausschliesslich für die Neurentner und Neurentnerinnen, und ich glaube, die übermässig starke Ablehnung der Vorlage durch die jetzigen Rentnerinnen und Rentner hat damit zu tun, dass für viele von ihnen ihr aktuelles Rentenniveau zu niedrig ist, um sich ein anständiges Leben zu leisten. Auch die 0,3 Prozent Erhöhung der Lohnbeiträge wäre ein Fortschritt gewesen. Die

«Die Durchschnittsrenten sinken seit Jahren, während die Löhne steigen und die Wirtschaft wächst.»

gesehen. Das hat zur Folge, dass die Durchschnittsrenten seit Jahren sinken. Wir haben also ein massives Problem in der Zweiten Säule, während die Löhne steigen und die Wirtschaft wächst. Die erste Säule, die AHV, kennt zwar den Teuerungsausgleich, bleibt aber damit hinter der Lohnentwicklung zurück. Deshalb stellt sich die Frage einer nächsten Offensive.

Doris Bianchi: Es ist ein Frust, dass es uns nicht gelungen ist, den Mehrwert einer Rentenerhöhung

Lohnbeiträge sind bei der AHV sehr leistungsstark, erhöhte Mehrwertsteuerbeiträge sind längst nicht so potent, und es tut wirklich weh, dass mit der Vorlage auch diese bessere Finanzierung gescheitert ist.

Andreas Rieger: Die Niederlage in der Abstimmung ist das eine. Das andere ist ein Tendenzbruch, den wir feststellen: Seit Einführung der AHV, das heisst seit 1948, sind die Renten sechzig Jahre lang immer besser geworden. Die AHV-Renten wurden besser, dann kam ab 1984 die obligatorische zweite Säule: Bis Mitte der Achtzigerjahre gab es noch ganze Generationen, die keine betriebliche Rente besaßen und wenig Beitragsjahre hatten. Mit der Zeit kamen immer mehr Beitragsjahre zusammen, die Pensionskassenvermögen stiegen, und für Neurentnerinnen und Neurentner gab es auch immer mehr Rente. Ab Mitte der Neunzigerjahre begannen die Angriffe der bürgerlichen Parteien und der Arbeitgeber auf die Rentenhöhe, es gab Vorstösse zur Erhöhung des Rentenalters, zur Herabsetzung des Umwandlungssatzes, Angriffe auf den Teuerungsaus-

gleich bei der AHV und so weiter. Unsere Strategie gegen diese Angriffe war es, mit Referenden alle Verschlechterungen abzuwehren, und wir hatten dabei Erfolg. Zusätzlich versuchten wir, mit Hilfe von Volksinitiativen, auch Verbesserungen zu erreichen, doch dabei hatten wir keinen Erfolg. Gegen Verschlechterungen konnten wir uns also wehren, und bei der AHV haben wir diese bis heute auch verhindert. Beim BVG gewannen wir zwar 2010 ein wichtiges Referendum und verhinderten die Senkung des Um-

«Gegen Verschlechterungen konnten wir uns wehren, mit den AHV-Initiativen hatten wir keinen Erfolg.»

wandlungssatzes, allerdings nur im obligatorischen Bereich. Aber achtzig Prozent der Leute sind heute überobligatorisch versichert und hier werden die neuen Renten laufend verschlechtert. Das ist der Tendenzbruch nach sechzig Jahren Rentenerhöhung, den ein Teil unserer Westschweizer Genossen und Genossinnen sowie die Kon-

sumentenpresse nicht erkannten: Weil wir einige Referenden gewonnen hatten, dachten sie, wir könnten weiterhin jede Verschlechterung verhindern. Sie haben nicht gemerkt, was de facto abläuft. Heutige Neurentner bekommen zehn bis zwanzig Prozent weniger Rente, als sie noch vor fünf Jahren erhalten hätten. Die Abstimmung zur Altersvorsorge 2020 wäre eine Möglichkeit gewesen, das etwas zu kompensieren. Aber einige Leute haben die Zeichen der Zeit nicht erkannt und sind einfach im alten Trott weiter gegangen.

Widerstand kam aus den Gewerkschaften selber, der Konsumentenschutz ist ebenfalls eine gewerkschaftsnahe Bewegung ...

Rechsteiner: Wir hatten bis in die eigenen Reihen hinein grosse Schwierigkeiten. In der Deutschschweiz haben die gewerkschaftlich orientierten Kräfte, auch die Linke ausserhalb der SP, jedoch für die Vorlage gestimmt. In den Zürcher Kreisen 4 und 5 – beispielsweise – waren starke Mehrheiten dafür. Der Widerstand von links aussen gegen AV 2020 hatte in der Deutschschweiz keine Schubkraft, hier lag unser Problem darin – um

es noch einmal zu sagen –, dass die Deutschschweizer Bauern nicht in der Lage waren, überhaupt eine Kampagne zu führen. Obwohl das in ihrem Interesse gewesen wäre. Und dass die CVP, deren eigentliches Hauptanliegen bei der Ehepaar-Rente berücksichtigt wurde, auch nicht in der Lage war, das ir-

«Heute wissen immerhin mehr Leute als früher, dass die AHV die sozialste Versicherung ist.»

gendwie offensiv zu vertreten. In der Westschweiz hingegen gelang es uns an gewissen Orten auch in linken Kreisen nicht, unsere Botschaft einer allgemeinen Rentenerhöhung zu vermitteln, weil das Thema Rentenerhöhung für Frauen die Diskussion dominierte, vor allem in Genf war es so. Wenn man aber das Positive im Negativen sucht, dann glaube ich, dass wir durch die Kampagnen der letzten Jahre immerhin eine gewisse Alphabetisierung in Bezug auf die AHV erreichten. Mehr Leute als früher wissen heute, worum es bei der AHV geht, und dass die AHV die sozialste Sozialversicherung

ist, nicht nur bei der Abdeckung von Risiken und beim Schutz, sondern auch, weil sie umverteilt von den hohen Einkommen zugunsten der unteren und mittleren Einkommen. Wie keine andere Versicherung steht die AHV im Mittelpunkt des Schweizer Sozialstaates, sie ist ein kleines Stück realisierte Sozialdemokratie, auch im internationalen Vergleich. Dass wir bei AHVplus damals 40 Prozent schafften, bei AV 2020 aber schon 47 Prozent könnte daher auch als Anfang einer Dynamik begriffen werden. Und wenn es gelingt diese Offensive weiterzufahren, dann müssen sich die Sozialstaatgegner irgendwann warm anziehen. Denn der tatsächliche Befund ist ja dramatisch, wie Andi gerade beschrieben hat. Die Renten sinken, so etwas

hat es noch nie gegeben, und die Leute fangen an, ihren Pensionskassenausweis zu studieren und merken es. Dieser Befund wird die Basis für eine neue Offensive sein. Die Renten sollten ja laut Verfassung eine Fortsetzung des Lebens in angemessener Weise garantieren. Dass sie nun bei steigendem gesellschaftlichen Wohlstand sin-

ken, öffnet eine Wunde und schafft gleichzeitig ein enormes Potenzial nach vorn.

Bianchi: Es ist sehr wichtig, dass die Gewerkschaften weiter offensiv bleiben. Wenn man das Umfeld betrachtet, dann beobachten andere Player wie die Finanzindustrie, die Versicherungen und die Banken die Situation ganz genau. Diese wissen, was ein sinkendes Rentenniveau bedeutet und sie bewirtschaften die Angst davor, indem sie den Leuten suggerieren: Sorge für Dich! Nimm es selbst an die Hand! Dritte Säule! In ihrer Werbung kommt das so zum Ausdruck. Swisslife macht

zum Beispiel Kurzfilme, von professionellen Regisseuren realisiert, die uns mitteilen, das Vorsorgeproblem selber lösen zu müssen. Dieses Narrativ ist bei den Leuten bereits angekommen, auch bei Leuten aus dem Arbeitermilieu. Weil sie realisieren, dass sie aus AHV und Pensionskasse nicht genügend erhalten werden, sagen mir erstaunlich viele Leute: «Ich muss halt schauen wie ich eine Dritte Säule ansparen kann.» Krass ist dabei, dass viele

«Die sinkenden Renten werden die Basis für eine neue Offensive sein.»

lieber in die Dritte Säule einzahlen, wenn sie die Möglichkeit haben, als sich in die Zweite Säule einzukaufen. «Dritte Säule, da bestimme ich!», sagen sie. Das sind aber die Slogans der Finanzindustrie. Für die Sozialpolitik ist es eine grosse Herausforderung, diese Individualisierung wieder in den Griff zu bekommen. Sie entspricht ja auch einem gewissen Lifestyle, und der Wert einer kollektiven Versicherungslö-

«Eine kollektive Versicherung mit kollektiver Risikoverteilung ist auf jeden Fall besser als eine individuelle Lösung.»

sung geht dabei vergessen. Genau das ist der Grund, warum die Gewerkschaften, bei aller berechtigten Kritik am Modell der Zweite Säule, nicht umhin kommen, diese zu verteidigen: Eine kollektive Versicherung mit einer kollektiven Risikoverteilung ist auf jeden Fall besser als eine individuelle Lösung. Die Zweite Säule schlecht zu machen, bringt den künftigen Rentnerinnen und Rentnern gar keinen Mehrwert. Doch nicht einmal innerhalb der

Gewerkschaften ist es leicht, diese Botschaft zu vermitteln.

Rieger: Stark verändert hat sich auch die Politik der Arbeitgeber im Bereich der Zweiten Säule. Für die AHV war ihr Engagement ja nie gross, im Gegenteil, aber bei den Pensionskassen gab es eine Identifikation: In den früheren Zeiten, wenn es den Pensionskassen mal nicht so gut ging – das passierte ja auch schon –, haben sich die Arbeitgeber an einer Sanierung überproportional beteiligt, das heisst, sie haben weit mehr als die Hälfte bezahlt, wenn man zusätzliches Geld einschliessen musste. Heute überwälzen die Arbeitgeber alle Risiken auf die Lohnabhängigen. Die-

se konstatieren also, dass sie immer mehr bezahlen müssen und am Schluss doch weniger Rente bekommen. So wird die Idee attraktiv, lieber etwas privat zu sparen, eine Wohnung zu kaufen oder die Dritte Säule aufzubauen, denn die Zweite Säule erscheint als Fass ohne Boden. Die Gleichgültigkeit der Arbeitgeber ist dabei von historischer Bedeutung: Der Aufbau der verschiedenen Sozialversicherungen in der Schweiz war ja nicht

bloss ein Projekt der Linken, sondern aufgeklärte Liberale und Arbeitgeber leisteten dazu ihren Beitrag. Aus verschiedenen Gründen taten sie das, auch weil sie dachten, damit könnten sie die Arbeiterbewegung befrieden. Oder – wie bei der Unfallversicherung – weil sie Haftungsprobleme und Prozesse am Hals hatten und dachten, es sei

«Manche Arbeitgeber fühlen sich nicht mehr verantwortlich für eine gute Pensionskassenlösung.»

besser, die Sache mit einer Versicherung zu lösen. Oder wie bei der Mutterschaftsversicherung, weil die Gewerbler einiger Branchen merkten, dass sie sehr viele junge Frauen beschäftigten, die Mütter wurden, und dass es eigentlich besser wäre, es gäbe dafür eine Versicherung, in die auch andere Branchen einzahlten. Für die Coiffeure war die Mutterschaftsversicherung eine Erleichterung, auch für die Wirte und Hoteliers. Also wie gesagt, die Sozialversicherungen haben sich früher auch dank der Arbeitgeber entwickelt, doch in der neoliberal-

len Leseart bleibt davon nicht mehr viel übrig.

Bianchi: Das ist ein zentraler Punkt den du grad aufgeworfen hast. Wenn man die Zahlen genau betrachtet, dann ist der Anteil der Arbeitgeber bei Sanierungen zwar durchaus noch da. Aber heute machen sie das aus ganz anderen Gründen als vor Jahren. Heute ist die Pensionskasse für viele Arbeitgeber ein willkommener Frisiersalon für ihre Bilanz. Es geht also um Steuervorteile, indem sie die Gewinne etwas tiefer halten und Arbeitgeber-Reserven bilden. Die Motivation war früher anders: Zu

Beginn des Pensionskassen-Obligatoriums ging es den Arbeitgebern ganz klar darum, ihren Angestellten einen Mehrwert zu geben. Ich weiss das noch von meinen Eltern: Früher sagte oft einmal ein Patron: «Wir haben eine Pensionskasse, wenn du bei uns arbeitest, dann bekommst Du eine gute Pension.» Die Pensionskasse war ein Surplus im Package für den Arbeitnehmer. Heute passiert das wohl nur noch selten, dass man so etwas beim Arbeitsantritt gesagt bekommt. Es mag natürlich auch daran liegen, dass ein Arbeitgeber heute nicht

mehr davon ausgeht, dass ein neuer Arbeitnehmer bis zur Pensionierung bei ihm bleibt, und weil die Fluktuation so stark zugenommen hat, fühlen sich manche Arbeitgeber auch nicht mehr verantwortlich für eine gute, kollektive Pensionskassenlösung. Das Risiko sollen die Arbeitnehmer selber tragen.

Rechsteiner: Und trotz allem, wenn wir an die Angriffe auf den Sozialstaat denken, die es ab Mitte der Neunzigerjahre gab, dann sind sie für jene, die sie predigten, eigentlich eine Pleite gewesen. Viel haben die Neoliberalen in der Praxis gar nicht zustande gebracht. Aber ihre Kampagnen haben das Klima verändert. Für uns waren es schwierige Jahre, in denen wir dennoch einiges

erreichten. Bei der Altersvorsorge ist ein Stillstand eingetreten. Es ist aber nicht gelungen, die AHV zu zerstören. Damals in den Neunzigerjahren wollten Blocher und Ebner die AHV sogar an die Börse bringen – das wird heute bestritten, aber es ist es schwarz auf weiss be-

legbar. Ähnlich übrigens wie beim Rassismus: Stimmrecht sei nichts für die Schwarzen, sagte Blocher früher, und heute will er es nicht mehr wahrhaben. Die Gegner des Sozialstaates sind also nicht viel weitergekommen, aber die Ökonomie spielte in den letzten Jahren eine dominante Rolle. Wenn wir jetzt wieder in Zyklen denken und einmal davon ausgehen – die Zukunft ist ja nicht vorhersehbar – dass es wirtschaftlich eine positive Entwicklung gibt und dass deshalb auch die Zinsen wieder steigen: Dann

werden sich gewisse Parameter schlagartig ändern. Wenn die Arbeitgeber plötzlich wieder um ihre Leute froh sein müssen, dann kann – neben dem Lohn und anderen Kriterien – auch die gute Pensions-

kasse wieder ein Faktor werden. Das ist jedenfalls vorstellbar und entspricht auch einer gewerkschaftlichen Logik. Die derzeit dramatische und historisch erstmalige negative Entwicklung der Rentenversorgung ist nicht das einzige Szenario für die Zukunft.

«Jede einzelne Sozialversicherung ist Ausdruck eines bestimmten Bündnisses in einer bestimmten Situation.»

Rieger: Andererseits ist es ja ebenso, dass bei allen Fortschritten in den Sozialversicherungen die Linke nie allein die Mehrheit machte. Jede einzelne Schweizer Sozialversicherung ist kristallisierter Ausdruck eines bestimmten Bündnisses in einer bestimmten Situation. Die Bauern waren bei der AHV wichtige Bündnispartner, diesmal sind sie ausgefallen. In anderen Situationen gab es andere Bündnisse, etwa bei der 10. AHV-Revision; sie gelang wesentlich dank einem Bündnis der Frauen weit über die Gewerkschaften und die Linke hinaus. Der Erziehungs- und Betreuungsbonus bedeutete damals einen grossen Fortschritt für die Frauen. So ein Bündnis ist uns dieses Mal nicht gelungen.

Partiell aber schon?

Rieger: Nein, wenn man das Abstimmungsresultat bei der Altersvorsorge anschaut. Dann kaum, weder bei der CVP noch bei den Bauern

Bianchi: Bei den Bauern ist es ja klar. Ein Bauer sieht sich heute als Unternehmer. Das widerspiegelt sich auch in der Sozialpolitik. Das

Bewusstsein für ein solidarisches Kollektiv ist aus Bauernkreisen extrem verschwunden. Im Gegenteil: Das Kollektiv wird diskreditiert, statt von Solidarität redet man vom Giesskannenprinzip und schimpft über den Staat.

Hat das auch etwas mit der veränderten Realität der Bauern zu tun?

Rieger: Ja, es gibt immer weniger Kleinbauern.

«Der grösste soziale Fortschritt in den letzten Jahren war das neue KVG.»

Bianchi: Was wir nicht erwartet haben: Dass die SVP-Wählerschaft ganz stramm auf Parteilinie abstimmt. Früher – etwa beim Rentenklau-Referendum – hat man ja gesagt, in der Sozialpolitik stimme die SVP-Basis anders als Herrliberg. Jetzt bei der Altersvorsorge war das nicht mehr so.

Rechsteiner: Bei der Abstimmung zu AHVplus war es aber noch weniger schlimm. Die AV 2020 hat als

Niederlage verschiedene Elemente, auch der Umstand, dass wir für einen Kompromiss kämpfen mussten, gehört dazu. Umgekehrt war das Abstimmungsresultat diesmal doch recht knapp. Ohne das Referendum aus der Westschweiz und die Desinformation des K-Tipp wäre es anders herausgekommen. Und wie gesagt, in einer Zeit, in der die Renten erstmals sinken, ist für die Zukunft doch einiges offen. Aber ich möchte noch über die strategischen Fragen reden: Im Sozialstaat Schweiz – Andi hat das vorhin richtig gesagt – ist noch nie eine Sozialversicherung von den Linken allein durchgebracht worden. Das AHV-Modell mit seiner unbeschränkter Beitragspflicht auf der einen und plafonierten Renten auf der anderen Seite ist aus linker Sicht zwar ein Idealmodell, weil es gleichzeitig Umverteilung und Sicherheit schafft. Allerdings gibt es ja auch da Schönheitsfehler: Neue historische Forschung zeigt, dass die Ausgleichskassen in der ganzen Zeit eine Domäne der Arbeitgeberverbände geblieben sind. Die Gewerkschaften haben dort nie einen Fuss hineingebracht, weil die Arbeitgeber auf keinen Fall wollten, dass die Löhne bekannt wurden. Es blieben Organisationen der Arbeitgeber, wie die Familienausgleichs-

kassen. So gab es auch dort Elemente, bei denen die andere Seite am Drücker war. Aber im Grossen gesehen geht es bei diesen Auseinandersetzungen ja immer um die Frage, welche Rolle spielt die profitorientierte Versicherungswirtschaft in der Schweiz gegenüber rein zweckorientierten Einrichtungen, den Sozialversicherungen, bei denen Beiträge zu Leistungen führen, ohne dass noch Gewinne für Private abfliessen. Und das zieht sich durch alle Zweige hindurch. Der grösste soziale Fortschritt in den letzten Jahren war 1996 das neue Krankenversicherungs-gesetz KVG. Obligatorium und Leistungskatalog sind sensationell bis heute. Der Leistungskatalog wurde mit der Zeit noch ausgebaut, und die nächsten Kämpfe aus der Westschweiz gehen um die Integration der Zahnmedizin ins KVG. Das ist ja bei uns etwas Spezielles, dass die Zähne offenbar nicht zum Körper gehören und in der Krankenkasse nicht versichert sind. Mit der Homöopathie wurde erstaunlicherweise der Leistungskatalog ausgebaut, als Folge einer Volksinitiative. Beschissen ist die Finanzierung der Gesundheitsvorsorge: Das Problem mit den Kopfprämien. Die Prämienverbilligung, die ungenügend funktioniert. Die riesi-

ge Lücke, die bei den Krankentag-geldversicherungen besteht. Soviel also zum KVG. Handlungsbedarf gibt es auch in der Familienpolitik, Stichwort familienergänzende Betreuung, auch wenn hier einiges gegangen ist. Unter dem Strich positiv ist die Entwicklung bei der Unfall-

«Die Fortschritts-dynamik ist gebrochen, wir kämpfen an allen Ecken um jedes Detail.»

versicherung, obschon es wegen fehlender Bündnispartner auf der bürgerlichen Seite nicht gelungen ist, die Rolle der Suva gegenüber den Privatversicherungen zu stärken. Bei der Invalidenversicherung andererseits – um auch darauf zu verweisen –, dort wo nur Minderheiten betroffen sind, dort sieht es schlecht aus. Bei der IV herrscht ein ständiger Druck auf die Leistungen.

Bianchi: Die IV ist ein Sinnbild des Diktats der leeren Kassen. Man hat es darauf angelegt, dass es soweit kommt. Schon in den Neunzigerjahren war die Unterfinanzierung

der IV bekannt und jede Zusatzfinanzierung hat die bürgerliche Mehrheit im Parlament abgelehnt.

Rieger: Bei der IV wurde der erste grosse Sozialabbau umgesetzt.

Rechsteiner: Neben jenem bei der Sozialhilfe, wo es ebenfalls um Minderheiten ging und wo ausländerfeindliche Kampagnen direkt griffen; denn damit war der Abbau stark verbunden. Der Vergleich der negativen mit den positiven Entwicklungen bei den Sozialversicherungen ergibt also ein sehr durchzogenes Bild. Aber wenn man es in einem Zyklus von einem Vierteljahrhundert betrachtet, dann ist da trotz allem eine gewisse Tendenz zum Fortschritt

Rieger: Der Fortschritt war nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Jahrtausendwende signifikant. Heute ist er durchzogen. Das heisst nicht dass der Fortschritt am Ende ist. Aber die Fortschritts-Dynamik ist gebrochen und man kämpft an jeder Ecke und um jedes Detail.

Bianchi: Der Fortschritt war auch in der Vergangenheit eng mit dem Wirtschafts-Zyklus verbunden. In der Hochkonjunktur ist ja der AHV-Fonds praktisch explodiert,

so viele Beitragsgelder spülte es da rein. Auch dank der Migration. Man konnte damals relativ rassig die Leistungen anpassen. Die Rentenalter-Senkungen für die Frauen 1957 und 1964 gab es nicht zuletzt, weil der Fonds besser dotiert war als vorausgesehen. Darum denke ich auch, wenn jetzt ein Wirtschaftsaufschwung käme, könnte man das nutzen. Aber um zurückzukommen auf die Frauen-Renten, ich glaube, das Problem der Rentenhöhe bei den Frauen wird sich noch zuspit-

«Die Individualisierung wurde durch den Sozialstaat überhaupt erst ermöglicht.»

zen: Hier geht es ja immer auch um ein Familien- und Gesellschaftsmodell. Vor zehn oder zwanzig Jahren waren die Renten der Frauen noch viel niedriger als heute, aber damals hat das Ehe- oder Ernährermodell bei der Pensionierung auch noch eher gegriffen. Heute, mit den zunehmenden Scheidungen und mit tieferen Renten bei den Männern, ist das schwierig geworden. Mit AHV- und einer BVG-Rente hat man früher einen Haushalt, also zwei Leute finanziert. Das geht

jetzt nicht mehr und plötzlich merkt die Frau, dass ihre kleine Pension nichts wert ist.

Rechsteiner: Die Individualisierung ist ja auch eine Folge des Sozialstaates. Sie wurde durch den Sozialstaat überhaupt erst ermöglicht, dank ihm entstand die Vorstellung, dass man sich unabhängig ernähren kann. Heute haben wir eine enorme Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit, das ist der grösste Mega-Trend im Arbeitsmarkt. Und trotzdem gibt es noch diese Diskrepanz bei den Renten. Sie ist zum Teil etwas gebrochen dadurch, dass die BVG-Guthaben heute bei der Scheidung geteilt werden müssen. Das führt dazu, dass Frauen bei der

Pensionierung vielleicht einen Rentenanspruch haben oder ein entsprechendes Vermögen. Aber das, was für zwei Personen im gleichen Haushalt genügt hätte, reicht nach der Trennung in zwei Haushalten vielfach nicht mehr aus. Und wenn man die Sache im etwas grösseren Rahmen betrachtet: Der Sozialstaat hatte ja immer auch mit Service public zu tun. Dazu gehören zum Beispiel die familienergänzenden Betreuungseinrichtungen, die es Müttern leichter machen, er-

werbstätig zu sein. In der Verbesserung, Stärkung und im Ausbau dieser Einrichtungen liegen bündnispolitische Herausforderungen für die Linke, denn die angeblich familienfreundliche CVP ist gerade nicht die Partei, die sich dafür einsetzt, und die SVP hat schon gar keine Freude daran. In einer sozialstaatlich positiven Dynamik müssten solche Einrichtungen ein Service-public-Anspruch sein. Da sind wir aber weit davon entfernt.

Bianchi: Ich bin mit dir einig. Aber man muss auch sehen: Die Jahre, in denen man für die Kinder eine externe Betreuung benötigt, sind eigentlich kurz.

Rechsteiner: Das sagst du.

Bianchi: Natürlich ist die Forderung nach Kinderkrippen absolut berechtigt, aber es braucht vor allem neue Schulmodelle, Ganztageschulen. Das Bildungssystem ist gefordert. Denn heute beginnt die Schulpflicht mit 4 Jahren. Ich glaube aber, es braucht auch einen grösseren Mentalitätswandel. Wir haben einen erfreulichen Anstieg der Erwerbstätigkeit von Frauen,

doch diese Erwerbsarbeit ist immer noch eine Erwerbsbeteiligung, sie zieht nicht die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen nach

«Die steigende Erwerbstätigkeit von Frauen zieht nicht die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen nach sich.»

sich. Die Erwerbsarbeit der Frauen und Mütter in der Schweiz ist in aller Regel nur das Zubrot zum Familieneinkommen. Ich behauptete, dass der Verdienst von Müttern nicht ausreicht, die eigenen Kosten dieser Frauen und die Hälfte der Kosten der Kinder zu decken. Der grosse Teil der Mütter würde das mit ihrem Einkommen jedenfalls nicht schaffen.

Die Erwerbstätigkeit von Frauen wurde auch von den Gewerkschaften lange Zeit nicht gerne gesehen.

Bianchi: Ja, die Idee vom Facharbeiter in der Industrie, der seine vierköpfige Familie mit einem einzigen Lohn durchbringt, ist zum Beispiel in Italien auch von den Gewerkschaften immer gepusht

worden.

In der Schweiz ebenfalls. Es gab sogar Kampagnen gegen das Doppelverdienertum.

Rechsteiner: Das waren keine gewerkschaftliche Kampagnen.

Sie wurden mitgetragen, beispielsweise vom SMUV, von den Typographen.

Rechsteiner: Ja, auch vom VPOD. Da gab es die berühmten Tramführer-Geschichten. Aber schlagen wir nochmals den Bogen zum Sozialstaat. Er ist die grösste Errungenschaft der Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert, und zu seinem Aufbau und Ausbau brauchte es wie gesagt immer Bündnispartner und bestimmte ökonomische Grundlagen. Die Sozialversicherungen wurden nicht einfach von Bismarck eingeführt oder von Bundesrat Stampfli, wie es in manchen Texten heisst: Es brauchte dazu eine bestimmte Konstellation, es brauchte Bündnisse, und insgesamt war der Sozialstaat eine sozial-

demokratische und gewerkschaftliche Idee, bei der es um kollektive Absicherung individueller Risiken ging. So wie die Gesamtarbeitsverträge den Einzelarbeitsverträgen meistens überlegen sind, ist der Sozialstaat der individuellen Absicherung überlegen. Wenn man vor diesem Hintergrund jetzt schaut: Was fehlt? Wo muss es weitergehen? – Dann steht bei der Altersvorsorge die Stärkung der umlagefinanzierten AHV mit ihrem sozialen Charakter und ihrer enormen Absicherung im Vordergrund, zusammen mit der Verteidigung der kollektiven Elemente bei der beruflichen Vorsorge. Und wenn man noch etwas tiefer geht, weil die Gesellschaft und die Lebensverhältnisse sich geändert haben, dann sind aus linker Perspektive natürlich die Stellung der Frau und auch der Familie – positiv gesehen – sehr wichtig. Es sind zentrale Punkte, in denen sich der Sozialstaat entwickeln muss, um hier eine Absicherung für die Zukunft zu garantieren.

Bianchi: Sehr wichtig ist aber auch unsere Strategie bei der Finanzie-

«Die Finanzierung der Gesundheitsversorgung brennt vielen unter den Nägeln.»

rung der Gesundheitsversorgung. Die macht vielen Leuten echte Sorgen und brennt ihnen unter den Nägeln wie das sinkende Rentenniveau. Übrigens ist es interessant, zu studieren, von welchen Einflüssen die AHV in ihrer Entstehung geprägt wurde. Der britische Beveridge-Plan, nach dem alle sozialen Risiken von einer einzigen Einrichtung abgesichert werden sollten, spielte dabei eine Rolle. Ich glaube, es hat sogar eine Studienreise von Bundesämtern nach England gegeben. Gewisse Aspekte dieses Plans hat man dann in die AHV aufgenommen, die Gesundheitsversorgung aber nicht. Deshalb gibt

es heute dieses System mit den Kopfprämien, das auch noch ganze Bereiche gar nicht abdeckt. In einer Strategie für die Stärkung des Sozialstaats sollten wir auch beim Gesundheitswesen eine stärkere Umverteilung einplanen – neben grundsätzlichen Überlegungen zu Gesundheit und Krankheit: Man finanziert heute zwar den Krankheitsfall, aber die ganze Vorbeugung von Krankheitsfällen will man finanziell dem Individuum überlassen. Ich habe das nie begriffen, dass man eine Vorsorgeuntersuchung selber bezahlen muss. Eine völlig falsche Idee.

«In einer Strategie für die Stärkung des Sozialstaats sollten wir beim Gesundheitswesen eine stärkere Umverteilung einplanen.»

FINANZKRISE, BANKENRETTUNG, MINDESTLÖHNE

Was ist der Stellenwert der Arbeit in der Wirtschaftspolitik? Wie kam es hier zu einer gewerkschaftlichen Wende? Was passierte in der Finanzkrise der Jahre 2007 und 2008? Wo liegen – zwischen Verteidigung und Veränderung – die Herausforderungen? Ein Gespräch mit Paul Rechsteiner, Serge Gaillard und Daniel Lampart.

Stefan Keller: Wie erinnert ihr euch an die Finanzkrise der Jahre 2007 und 2008?

Paul Rechsteiner: Rückblickend fragt man sich ja, was sich überhaupt geändert hat seither. Die Finanzkrise war wirtschaftsgeschichtlich der grösste Einschnitt der vergangenen Jahrzehnte und sie wird es wohl auf längere Sicht bleiben. Sie hat die Weltökonomie und die europäische Ökonomie auf den Kopf gestellt – mit der unglaublichen Austeritätspolitik in den südeuropäischen Ländern, die auf sie folgte, einer Politik, die gar nichts zu tun hatte mit

den Exzessen des Shareholder-Value-Kapitalismus, welche zur Krise führten. Solche Exzesse gab es in der Schweiz ja auch. In den Neunzigerjahren mit den «Visionen» von Martin Ebner und Christoph Blocher: Sie postulierten für die Schweizer Wirtschaft die Vorgabe von 25 Prozent Eigenkapital-Rendite. Dazu kam Blochers Aufforderung, mit den AHV-Geldern an die Börse zu gehen. Blocher und Ebner haben damals Hallen gefüllt mit ihren Ideen, bei denen das treibende Moment hiess: «Alles läuft über die Börse!». Das war die Situation, als ich 1998 zum Präsidenten des Gewerkschaftsbundes SGB gewählt



Aktion der Unia vor der Nationalbank in Bern am 8. März 2015:
Symbolisch wird der Werkplatz Schweiz geschreddert.

wurde, und in den folgenden zehn Jahren sahen wir dann alle Exzesse bei den Spitzenlöhnen und den Boni. Und wie sich die Boniritter als «Masters of the Universe» aufspielten. In unseren Funktionen haben Daniel Lampart und ich die Finanzkrise hautnah erlebt. Wir sahen die offene Ratlosigkeit jener, die zuvor das Maul gross aufgerissen hatten. Die UBS stand vor dem Untergang – ohne das Rettungspaket von 68 Milliarden Franken wäre ein Überleben für sie nicht möglich gewesen. Ihre Rettung durch den Staat kam

«Wir sahen die offene Ratlosigkeit jener, die zuvor das Maul gross aufgerissen hatten.»

per Notrecht zustande, das war ein Akt, wie es ihn zuvor in der Schweizer Geschichte nie gegeben hatte, und die eingesetzte Summe machte in der Grössenordnung einen ganzen Bundeshaushalts aus. Groteskerweise konnte die Aktionärsversammlung der UBS noch darüber abstimmen, ob sie dieses Paket annehmen und sich vom Staat retten lassen wollte. Aber diejenigen, denen das Geld gehörte, konnten nicht abstimmen. Schliesslich wur-

de die ganze Aktion natürlich zum Erfolg – es war klassischer Staatsinterventionismus. Auch die Gewerkschaften waren interessiert, alles zu tun, um eine Wirtschaftskrise im Gefolge der Finanzkrise zu verhindern. Das war unsere Haltung, wir versuchten, korrigierend einzugreifen, soweit das möglich war.

Daniel Lampart: Die Finanzkrise war auch ein wirtschaftspolitischer Bruch. Leute, die kurz vor der Krise noch der Meinung waren, die Finanzmärkte seien effizient, sahen nun plötzlich, dass nichts mehr ging. Die gewohnten Zusammenhänge spielten nicht mehr. Die Banken, die einander früher ohne Sicherheiten Geld verliehen hatten, gaben einander keines mehr. Plötzlich mussten die Zentralbanken her,

um das Finanzsystem zu retten. Innerhalb kürzester Zeit fand ein Wechsel zu einer vom Staat und den Zentralbanken gelenkten Wirtschaftspolitik statt, um den Crash des Systems zu verhindern. Für mich persönlich ist das heute noch fast zu wenig lange her, um es genau würdigen zu können. Es gibt allerdings verschiedene gute Analysen dazu. Am interessantesten für uns ist die Frage, was diese Ereignisse mit der Realwirtschaft zu tun hatten. Die Ana-

lysen zeigen, dass das Modell des Shareholder-Value, die auseinandergelassenen Einkommens-Scheitern und andere ungleichgewichtige Entwicklungen bedeutende Faktoren der Finanzkrise waren. Für die Gewerkschaften in der Schweiz gab es in dieser Krise zwei Schwerpunkte: Zum einen sahen wir, dass die Banken ein Problem hatten, und wir mussten dort Arbeitsplätze erhalten. Der Verband des Bankpersonals ist ja Mitglied im SGB. Zweitens waren wir mit den Auswirkungen auf die übrige Wirtschaft beschäftigt und auch in Fragen der Geldpolitik hautnah dabei. Sofort nach der UBS-Rettung haben wir ein Konjunkturprogramm entworfen und versucht, in den Gremien der Nationalbank geldpolitisch zu wirken. Die eine Aufgabe war es, die Folgen der Krise zu minimieren. Die andere Aufgabe war es, den Kampf zu führen gegen die verschiedenen Missstände, die wir als für die Krise verantwortlich erkannten. Wir glaubten, dass diese Krise auch eine Chance sein könnte, solche Missstände zu beheben: Wenn nicht jetzt, wann sonst? Wir waren der Ansicht, dass man das ganze System ändern müsste. Ändern hiess auch regulieren.

Auch international. So haben wir versucht, eine wirtschaftspolitische Wende herbeizuführen.

Serge Gaillard: Ich war damals schon nicht mehr bei den Gewerkschaften und ich will mich auch nicht lange aufhalten über Banken, die fahrlässig wenig Eigenkapital besaßen; die UBS und die CS hatten Eigenkapital-Quoten von unter zwei Prozent. Solche Bilanzen sind schnell insolvent. Aber ich möchte hier etwas Positives betonen. Die Nationalbank hat damals eine beherrschte Stabilisierungspolitik betrieben, wie sie die Gewerkschaften

«Wir glaubten, dass die Finanzkrise auch eine Chance sein könnte, Missstände zu beheben.»

schon in den Neunzigerjahren gefordert hatten, lange bevor das als Aufgabe der Nationalbank anerkannt wurde. Die SNB hat als zweite Zentralbank nach jener der USA die Zinsen gesenkt, lange vor den übrigen Europäern. Sie hat alles daran gesetzt, die Konjunktur zu stabilisieren. Dazu gehörte auch die Sanierung der Bilanz der UBS, für die man über alle ideologischen

Schatten springen musste. Die Nationalbank hat dabei einen Pragmatismus an den Tag gelegt, für den es weltweit wahrscheinlich nicht so viele Beispiele gibt. Die Sanierung wurde vorbildlich durchgezogen, und nach der Finanzkrise, als der Franken stärker wurde, hat man den Eurokurs bei 1.50 Franken stabilisiert – bis zum Dezember 2009. Die Geldpolitik stabilisierte aktiv die Konjunktur. Noch in den Neunzigerjahren hatte die Nationalbank jede Konjunkturpolitik verweigert und damit massgeblich zur Verlän-

«Das Laissez-faire des Neoliberalismus funktionierte nicht mehr.»

gerung der Krise beigetragen, dieses Dogma war allerdings schon vor der Krise gefallen – nicht zuletzt unter Einfluss der Gewerkschaften. Auch den kurzfristigen Anstieg der Schulden nahm man während der Finanzkrise relativ locker hin.

Rechsteiner: Peter Siegenthaler als Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung und Philipp Hildebrandt als Direktor und dann als Präsident der Nationalbank haben auf der bürgerlichen Seite die ent-

scheidenden Rollen gespielt. Entgegen allen Ideologien haben sie Staatsinterventionismus betrieben, während der zuständige Bundesrat Hans-Rudolf Merz als Finanzminister die Übersicht längst verloren hatte. Es war zum Teil dramatisch, was in den Gremien passierte. Die ganzen Theorien der Ideologen, das Laissez-faire des Neoliberalismus, funktionierten nicht mehr, und jetzt waren es die Technokraten, die handelten und eine Stabilisierung zustande brachten. Jene welche die Höllenmaschinen des weltweiten Finanzsystems ritten, konnten in den entscheidenden Momenten weder in den USA noch bei uns erklären, was eigentlich passierte.

Lampart: Nachdem zuvor in der Schweiz eine sehr liberale Wirtschaftshaltung gepflegt worden war mit entsprechenden Fehleinschätzungen in den Neuzigerjahren, entstand nun plötzlich eine überraschende Nachfrage nach Stabilisierungsmassnahmen, plötzlich gab es beim Bund Sitzungen zur Frage, wie man ein Konjunkturprogramm machen könnte. Natürlich ist vieles später abgeblockt worden, aber für einen Moment

wurde alles auf den Kopf gestellt. Früher musste es auf dem Bau sehr schlecht laufen, bis endlich ein Konjunkturpaket aufgelegt wurde. Jetzt lief die Inlandkonjunktur recht gut, aber der Bundesrat suchte weiter nach Massnahmen, mit denen sie gefördert werden konnte. Auch das Instrument der Kurzarbeit wurde plötzlich positiv bewertet. Man darf nicht naiv sein, natürlich gab es internationalen Druck auf die Schweiz, einen Beitrag zur Stabilisierung zu leisten, aber es gab auch eine pragmatische Bereitschaft keynesianische Rezepte anzuwenden, die wir zuvor nicht kannten.

Gaillard: Tatsächlich war schon die Zinssteuerung, welche die Notenbank ab 1996 in der Praxis, später auch explizit einführte, keynesianisch angehaucht. Ich würde meinen, dass von 1996 bis nach der Finanzkrise eine ziemlich keynesianische Geldpolitik betrieben wurde. Nicht ideologisch, aber in der Praxis. Wir machen in der Schweiz ja häufig pragmatische Kompromisse und deutschen sie nicht aus.

Lampart: Aber nun lief das in grossem Tempo. Leute, die vor Ausbruch der Finanzkrise nie für so etwas wie Kaufkraftstärkung zu ha-

ben waren, für die wurde sie plötzlich zum Thema. Der Bund forschte nach, welche Investitionsprojekte vorgezogen werden könnten, phasenweise war man sich sogar ei-

«Plötzlich gab es eine pragmatische Bereitschaft für keynesianische Rezepte.»

nig, dass es mit den hohen Boni und Einkommen im Management nicht mehr so weitergehen dürfe: Kleine Fenster, die wir zu nützen versuchten, und die bald wieder geschlossen wurden. Nur die positive Bewertung der Kurzarbeit als Stabilisierungselement – und noch ein paar andere Sachen – sind geblieben. Bemerkenswert ist, dass die Initiative «gegen Abzockerei», der das Stimmvolk dann überwältigend zustimmte, völlig zur Unzeit kam und viele andere Möglichkeiten in den Hintergrund rückte in einem Moment, in dem sich vielleicht gerade ein Spielraum ergeben hätte für wirksamere verteilungspolitische Massnahmen. Wer weiss, was möglich gewesen wäre ohne diese falsche «Stärkung der Aktio-

närsrechte», die am Schluss praktisch keine Auswirkungen hatte. Wir hatten gute Ideen. Wir verlangten eine Beschränkung der Saläre in öffentlichen Betrieben und wollten das amerikanische Modell der Gewinnsteuerpflicht einführen – dass Saläre über 1 Mio. Fr. gewinnsteuerpflichtig wären. Es war nicht chancenlos, sondern hatte so viel Potenzial wie nie zuvor und wie

«Die «Abzocker-Initiative» war in der Einkommensfrage ein Blitzableiter zur Unzeit.»

heute auch nicht mehr. Die «Abzocker-Initiative» von Thomas Minder war in der Einkommensfrage ein Blitzableiter zur Unzeit. Insgesamt ist aber mein Eindruck, dass das System gelitten und sich bis heute nicht mehr ganz erholt hat. Dass wir die Abstimmung gegen die Unternehmenssteuervorlage III gewannen – gegen die Korona der wirtschaftspolitischen Elite – war nach meiner Einschätzung auch ein Nachbeben dieser Ereignisse. Sehr erfolgreich waren wir in der Krise beim Schutz der tiefen und mittleren Löhne; wir konnten Lohnsen-

kungen verhindern und Lohnerhöhungen herausholen: Es musste ja befürchtet werden, dass ein Druck auf diese Löhne entsteht. Nicht erfolgreich waren wir bei den hohen Löhnen, weil mit dieser Initiative das falsche Vehikel sich durchsetzen konnte.

Rechsteiner: Das Verhältnis zur Nationalbank wurde später wieder kritisch, als ein neues Direktorium die Nerven verlor und Anfang 2015 die Verteidigung der Untergrenze beim Eurokurs aufgab. Das erzeugte einen enormen Druck, nicht nur bei den Exportpreisen, sondern sehr stark auch bei den Löhnen. Das waren Stress-Phasen mit grossen Auswirkungen, die wichtige Teile der Wirtschaft ungünstige Voraussetzungen schafften und positive Entwicklungen verhindert haben.

Lampart: Noch vor der Einführung des Mindestkurses hatten wir die Aufwertung des Frankens immer wieder kritisiert und unsere Vorschläge eingebracht, wie in diesem Bereich klare Signale gesetzt werden könnten. Damit standen wir zunächst allein. Bald haben wir dann Sukkurs bekommen, und als die Wirtschaftsverbände auch end-

lich begriffen, dass es so nicht weitergehen konnte, wurde der Mindestkurs eingeführt.

Wann wurde der Mindestkurs eingeführt?

Gaillard: Im September 2011.

Lampart: Die Unsicherheit in Bezug auf den Euro war damals gross. Obwohl ich selbst überzeugt war, dass der Euro hielt, gab es doch Momente, in denen ich dachte: «Hoffentlich haben wir recht und es fliegt uns nicht alles um die Ohren!». Es waren stressige Zeiten. Oft wusste man nicht, ob die Situation am nächsten Tag nicht ganz anders sein würde. Wir haben versucht, mit der Forderung des Mindestkurses eine Linie zu ziehen. Das haben wir auch geschafft, und unsere Linie hat sich durchgesetzt. Aber leider nur bis zum Januar 2015, als die Nationalbank diesen Fehler beging und den Mindestkurs aufgab. Rückblickend ist es aber interessant, dass ein grosser Teil der Experten den Mindestkurs als positiv bilanziert und dass seine Aufhebung zunehmend kritisch beurteilt wird.

Rechsteiner: Die Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften – das muss man auch einmal sagen – verdankt ihre Qualität den hervorragenden Ökonomen beim SGB. Ich weiss nicht, wann der Titel des Chefökonomens beim SGB erfunden worden ist. Das war in deiner Zeit, Serge, es kam von den Medien ...

Gaillard: ... Werner Vontobel vom «Cash» hat den Titel erfunden.

Rechsteiner: Der SGB kritisierte schon in den Neunzigerjahren via Serge Gaillard die verfehlte Politik der Nationalbank, mit der damals die Krise verlängert wurde. Das war

«Rückblickend ist interessant, dass ein Grossteil der Experten den Mindestkurs positiv bilanziert.»

lange Zeit eine Kritik gegen den Rest der Welt. Später argumentierte Daniel Lampart mit enormem Stehvermögen gegen die neoliberalen Orthodoxie. Dem SGB gelang es in diesem Diskurs, mit Kompetenz und Können auf höchstem Niveau mitzuspielen und eine machtpolitisch relevante Position

einzunehmen – im Interesse der Beschäftigten und als grösste Organisation von Arbeitnehmenden. In diesem Sinn funktionierten wir in den wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen als ein Stück Gegenmacht. Im pragmatischen Verhalten war die Nationalbank aber tatsächlich manchmal besser als im Diskurs.

Gaillard: Vorhin habe ich gesagt, dass zwischen 1996 und 2010 die Konjunktur von der Politik recht gut stabilisiert worden sei. Aber 2009 standen wir vor einem neuen Problem. Die Zinsen waren bei Null und es gab Bedarf, die Geldpolitik weiter zu lockern. Das war etwas Neues, man hatte so etwas noch nie erlebt. Bei der Nationalbank wurde die Festlegung einer Untergrenze des Wechselkurses als absolutes Ausnahme-Instrument betrachtet. Da man die Zinsen nicht unter Null senken kann, ist aus meiner Sicht eine direkte Einflussnahme auf den Wechselkurs in solchen Situationen ein normales Instrument der Konjunkturpolitik, und sie hat sich in der Praxis auch gut bewährt. Der Höhepunkt der Euro-Krise war 2012, da gelang es der SNB ohne zusätzliche Instrumente, die Untergrenze zu verteidigen. Eine eigenständige Geldpolitik muss auch mit Verwer-

fungen umgehen können. Das hat funktioniert und stimmt uns zuversichtlich. Es braucht einfach den Mut, diese Instrumente im richtigen Moment anzuwenden.

«Der Interventionismus war sehr erfolgreich, aber man wollte daraus keine erklärte Praxis machen.»

Könnte man sagen, dass das wir in der Wirtschaftspolitik damals eine Serie von präzedenzlosen Situationen erlebten?

Lampart: Auf jeden Fall. Diese Krise war präzedenzlos. Tatsächlich wurde auch immer kommuniziert, dass es eine Notstandssituation sei. Man sagte uns: Wir halten an unserem Paradigma fest. Es gibt im Prinzip keine Intervention, aber weil jetzt alles so schlimm ist, müssen wir intervenieren.

Rechsteiner: Es gehörte zum System, dass man das, was real geschah, in der Theorie oder Ideologie nicht nachvollzog. Der

Interventionismus war sehr erfolgreich, aber man wollte daraus keine erklärte Praxis machen.

Gaillard: Ende 2009, als der Aufschwung in den USA schon wieder begonnen hatte und man sah, dass die Wirtschaft langsam aus dieser Finanzkrise herauskam, da begann man auch in gewissen Kreisen der Schweiz fast panisch gegen Schulden und Defizit zu argumentieren. Ich kann mich an eine Gesprächs-

«Die Angst vor dem eigenen konjunkturpolitischen Mut wurde 2009 plötzlich sehr stark.»

runde erinnern, in der ich sagte, dass man die Schuldenquote in der Eurozone eigentlich auf 80 Prozent heraufsetzen müsste, um eine zu restriktive Finanzpolitik zu verhindern. Das kam nicht gut an. Es ist auch kein Zufall dass man die Untergrenze von 1.50 Franken beim Eurokurs im Dezember 2009 fallen liess. Die Angst vor dem eigenen Mut in der Konjunkturpolitik wurde plötzlich sehr stark.

Rechsteiner: Vielleicht zurück zur Politik der Gewerkschaften: Die Gewerkschaftsbewegung stand in den Neunzigerjahren mit dem Rücken zur Wand. Die Zeiten, in denen es wirtschaftlich und mitgliedermässig einfach vorwärtsging, waren vorbei. Die Krise dauerte viel länger, als man jemals angenommen hatte. Machtpolitisch bahnte sich dann eine Wende an, als die Bau-Gewerkschaften erklärten, dass vom SGB jetzt Gegensteuer gegeben werden müsse. Das war auch der Zeitpunkt, als Beat Kappeler als Ökonom den SGB verliess. Er hatte sich gegen Konjunkturprogramme ausgesprochen, ja er wollte sie sogar bekämpfen, zuerst kündigte er innerlich, und anschliessend kündigte

er richtig. In der Wirtschaftspolitik des SGB fand damit ein Wechsel statt. Du, Serge, hast das mit Vasco Pedrina unmittelbar erlebt. Ich war damals noch in einer anderen Funktion, aber in einem links-gewerkschaftlichen Zusammenhang sprachen wir über solche Konjunkturprogramme, auch zusammen mit der SP. Eine wesentliche Voraussetzung für die neue Ausrichtung war also ein personeller Wechsel in dieser zentralen Funktion, die

später als «Chefökonom des SGB» bezeichnet worden ist.

Gaillard: Bevor ich damals die Stelle wechselte und zum SGB ging, war ich bei der ETH. Dort sagte mir ein Professor, dass er meine Entscheidung bedaure und ihn auch überhaupt nicht verstehe. Ich hätte jetzt nur noch zwei Möglichkeiten.

«Mit der Mindestlohnkampagne und den Flankierenden konnten wir praktische Forderungen stellen und durchsetzen.»

Entweder verteidige ich die Löhne der Lohnabhängigen, und damit mache mich verantwortlich für die Arbeitslosigkeit. Oder ich bekämpfe die Arbeitslosigkeit, und dann müsse man die Löhne senken. Das war sehr ermunternd. Im Gegensatz zu allen elementaren Lehrbüchern der Ökonomie dominierten damals zwei Thesen: Die erste These behauptete, es brauche keine Konjunkturpolitik mehr. Die wirksamen Instrumente der Konjunkturpolitik, nämlich die Geldpolitik und die Fiskalpolitik, sollten nicht

mehr für die Vollbeschäftigung eingesetzt werden, sondern andere Ziele verfolgen. Man musste also zuerst durchsetzen – und zwar auf der praktischen Ebene, auf der ideologischen Ebene hätte man verloren –, dass überhaupt eine Konjunkturpolitik möglich wurde. Die Geldpolitik ist ein wesentliches Instrument der Konjunktur- und damit der Beschäftigungspolitik. Auch die Fiskalpolitik muss auf die Wirtschaftsentwicklung Rücksicht nehmen. Die zweite These behauptete, dass jeder Arbeitnehmerschutz für die Beschäftigung schlecht sei. Das hat die OECD damals Jahr für Jahr geschrieben: «Arbeitnehmerschutz ist schädlich

für die Wirtschaftsentwicklung». Mit der Mindestlohnkampagne und den flankierenden Massnahmen konnten wir dann praktische Forderungen stellen und durchsetzen. Damit konnten wir zeigen, dass es keinen Widerspruch gibt zwischen dem Schutz der Löhne und der Vollbeschäftigung.

Wann war diese Wende in der Konjunkturpolitik?

Gaillard: 1996. Die SP spielte dabei eine wichtige Rolle. Aber die SP

allein genügt nicht. Entscheidend war, dass die CVP mitgeholfen hat. Sie nahm 1996 mit Bruno Gehrig Einsitz in das Direktorium der Notenbank. Ausserdem hatten wir damals eine Abstimmung gegen das Arbeitsgesetz und den Abbau bei der Arbeitslosenversicherung gewonnen, und Bundesrat Kaspar Viliger sah ein, dass er den Bundeshaushalt nur zusammen mit den Gewerkschaften und der SP sanieren konnte. Vielleicht übertreibe ich jetzt ein bisschen, vielleicht ist das zu subjektiv. Jedenfalls gab es einen runden Tisch und man einigte sich darauf, die Defizite erst mittelfristig zu beseitigen und dabei auf die Wirtschaftsentwicklung Rücksicht zu nehmen. Zudem wurde ein Investitionsprogramm lanciert. Die Bürgerlichen wollten das Haushaltsziel in die Verfassung schreiben. Das war aber für uns nicht so wichtig. Wichtig war, dass nicht sofort gespart wurde, sondern erst mittelfristig.

Rechsteiner: Und bei den Gewerkschaften dominierte inzwischen eine neue Linie. Es hatte viele Ge-

spräche gegeben, etwa mit Vasco Pedrina, Andi Rieger und mir. Mit Peter Bodenmann, das war auch wichtig, schon Ende der Achtzigerjahre. Aber es dauerte noch einige Zeit, bis wir in Machtpositionen gelangten. Peter Bodenmann wurde SP-Präsident, Vasco machte seinen Weg an die Spitze der Bau-Gewerkschaft, auch dank seiner Migrationspolitik. So entstanden die Vorausset-

«Das Strommarkt-Referendum ist eine Wegmarke gegen den Abbau des Service Public.»

zungen, einen Gegen-Diskurs einzuleiten und diesen machtpolitisch umzusetzen. Sicher hat in dieser Phase die Politik bei der aktiven Bekämpfung der Krise eine grosse positive Rolle gespielt, die Gewerkschaften selber traten damals noch nicht so offensiv politisch auf wie später. Serge Gaillard war der wirtschaftspolitische Garant der Linken bei diesem neuen Kurs, auch für die SP. – Andererseits muss man sagen, dass die grossen Einbrüche beim Service public ebenfalls in dieser Zeit stattfanden. Das hat begonnen mit der Abschaffung des Beamtenstatuts bei der PTT. Die zuständigen Gewerkschaften wussten nicht, wie ihnen geschah! Fast ein Jahrhundert hat-

te es Postbeamte gegeben, und plötzlich kippten hier die Grundlagen weg. Massgebende SP-Exponenten machten bei diesem sogenannten Modernisierungskurs mit und haben ihn sogar aktiv vorangetrieben. Die Verhältnisse waren schillernd, die linke Politik schnitt nicht überall gut ab. Als dann die gewerkschaftspolitische Wende stattfand, trug die SP sie weitgehend mit. Es brauchte allerdings eine gewisse Übergangszeit, bis das funktionierte. Das Referendum gegen die Strommarktliberalisierung ist eine Wegmarke. Hier wurde der Abbau des Service public nicht mehr mitgetragen, und wir setzten uns durch.

«Es war ein Kampf um die Meinungs-Hegemonie und um die wirtschaftspolitische Vernunft.»

Gaillard: Bei der Strommarktliberalisierung war es nach meiner Erinnerung so: Paul hat eines Tages gesagt – irgendwie hatte er da seine Kontakte – dass wir das genauer anschauen müssten. Er gab mir den Auftrag, das Thema zu analysieren. Der Befund war, dass die

Liberalisierung im Strommarkt keinen Sinn macht. Umgekehrt wiesen wir darauf hin, dass wir uns mit einem Referendum Probleme mit der SP einhandeln würden. Paul fragte nur: Ist es gewerkschaftlich wichtig? Wenn es wichtig ist, dann gehen wir weiter! Und wir gingen weiter. Paul scheint von Anfang an, bevor wir es richtig geprüft hatten, sicher gewesen zu sein, dass diese Liberalisierung ein Fehler war.

Rechsteiner: Im Abstimmungskampf den wir 2002 gewannen, hatten wir fast sämtliche Medien gegen uns. Es war ein Kampf um die Meinungs-Hegemonie und um die wirtschaftspolitische Vernunft: Das erleben wir in den Auseinandersetzungen um den Sozialstaat ja heute auch immer wieder, gerade bei der Altersvorsorge, und man muss es nochmals sagen: Wir kämpfen um die wirtschafts-

politische Vernunft. – Doch zurück zum SGB-Sekretariat: Der Gewerkschaftsbund hat von nun an in allen Auseinandersetzungen um die Liberalisierung eine zentrale Rolle gespielt. Dank der wissenschaftlich fundierten Kompetenz des Sekretariats unter der Führung von

Serge und später Daniel waren wir fähig, die Probleme auf höchstem Niveau zu analysieren und die Herausforderungen gewerkschaftspolitisch so zu formulieren, dass sie auch verstanden wurden. Dank diesen Analysen waren wir in den Debatten nicht nur Getriebene des politischen Systems, sondern wir konnten ein Eigengewicht entwickeln und waren als Gewerkschaft-

«Dank hoher Fachkompetenz konnte das SGB-Sekretariat Erfolge erzielen.»

ten imstande, unsere Positionen im Interesse der Lohnabhängigen zu entwickeln – beim Service public, beim Sozialstaat, bei den Löhnen und bei den flankierende Schutzmassnahmen. Vieles wurde realisiert, was aus diesen Positionen stammte, und die Bedeutung des SGB wurde relativ gross, trotz seiner kleinen Mannschaft. Wenn man schaut, wieviele Leute beim SGB arbeiten im Vergleich zu den grossen Wirtschaftsverbänden, dem ehemaligen Vorort, der Economiesuisse, dem Arbeitgeberverband, dem Gewerbeverband, dann ist es erstaunlich, wie es das SGB-Sekretariat schaffte, dank seiner hohen

fachlichen Kompetenz die Auseinandersetzungen zu prägen und Erfolge zu erzielen.

Gaillard: Wir haben ja die Liberalisierungsversuche in den staatsnahen Infrastruktur-Bereichen sehr differenziert von Fall zu Fall angeschaut. Beim Strommarkt kamen wir relativ klar zum Schluss, dass man da die Durchleitung, Verteilung und Produktion nicht noch mehr trennen sollte. Die Monopole aufzulösen machte ökonomisch keinen Sinn und schuf Versorgungsprobleme. Bei der Swisscom, bei der Tren-

nung von Swisscom und Post – da war ich persönlich nicht dagegen. Die Liberalisierung musste aber mit einem verstärkten Arbeitnehmerschutz und einer Pflicht zu GAV-Verhandlungen flankiert werden.

Rechsteiner: Nein, gegen Veränderungen waren wir nicht. Es gab ja sehr starke technologische Umwälzungen, und das Rad der Geschichte kann man nicht zurückdrehen. Bei den grossen Versorgungsnetzen stellt sich stets die Frage welche Rolle der Bund, der Staat, die öffentliche Hand einnehmen konnte. Es ist klar, dass man dabei auf die Effizienz schauen muss. Was für eine

Leistung wird unter welchen Bedingungen produziert? Daraus leiten wir unsere Schlussfolgerungen ab. Im Telekommunikations-Bereich, in der ganzen Logistik gab es enorme technologische Entwicklungen. Und im Rückblick kann man sagen, dass viele dieser Probleme in der Schweiz besser gelöst worden sind als anderswo. Klar ist, dass im Bereich des Service public eine gewisse Staatsnähe rational und hilfreich bleibt. Bei den Bahnen, bei der Post-Logistik und ähnlich staatsnahen Unternehmen hätte man die Sache allerdings noch besser machen können. Wichtig ist, dass wir versuchten, in diesen Gebieten eine offensive Politik zu entwickeln. Wie wir das auch bei der Lohnpolitik und natürlich bei den flankierenden Massnahmen taten, der grössten arbeitsmarktlichen Innovation dieser Jahre.

Gaillard: Wir haben aber auch Fehler gemacht. Etwa die Bouquet-Initiativen.

Die insgesamt fünf Initiativen unter dem Titel «Bouquet für eine

soziale Schweiz», die alle erfolglos blieben. Wie kam es zu diesem Bouquet?

Gaillard: Übermut! Wir hatten eine Referendumsabstimmung gewonnen, die sehr relevant war. Jene um das Arbeitsgesetz. Der SGB hatte dort zuerst gezögert, dann hat er das Referendum gemacht und gewonnen. Das führte, wie bereits erwähnt, zu einem runden Tisch in der Finanzpolitik, weil Bundesrat Villiger sah, dass man bei den Sozialversicherungen in der Krise nicht sparen konnte. Der Vorstand des SGB ist darauf so übermütig geworden, dass er diese fünf Initiativen parallel lancierte.

In welchem Jahr war das?

Rechsteiner: Anfang 1998. Ich habe diese Initiativen als Präsident dann voll geerbt – mitten in der Unterschriftensammlung.

Gaillard: Eine der Initiativen forderte Verkürzung der Arbeitszeit, und ein Problem war später, dass wir unsere Mindestlohnkampagne nicht

«Im Service public bleibt eine gewisse Staatsnähe rational und hilfreich.»

führen konnten, bevor über die Arbeitszeit abgestimmt worden war.

Lampart: Die Mindestlohnkampagne wurde eine sehr gute Geschichte. Sie war in Europa und weltweit fast einzigartig. Aber ich möchte nochmals auf eine negative und eine positive Entwicklung zurückkommen. In den Achtziger- und Anfang der Neunzigerjahre gab es in den Betrieben noch Leute mit Alkoholproblemen, es gab geistig Behinderte und Leute mit anderen Schweißigkeiten. Sie hatten noch Jobs. Etwa 1996/97 musste man feststellen, dass diese Leute keine Jobs mehr hatten. Es hatte Auslagerungen gegeben, Kantine, Reinigung und andere Dienstleistungen waren ausgelagert worden, um Margen zu bolzen, daher verloren diese Leute ihre Jobs. Früher hatte sie vielleicht die IV aufgefangen, doch dann wurde die Schraube auch bei der IV angezogen: Wenn man bei den Grossbanken heute schaut, werden Security und sogar anspruchsvolle Ingenieursleistungen nicht mehr im Haus erbracht. Ich weiss nicht ob es international Beispiele gibt, dass stärkere Gewerkschaften eine solche Entwicklung verhindern konn-

ten. Bei uns war es gar nie ein Thema. Wir wären in den Betrieben nie stark genug gewesen, um die Auslagerungen zu stoppen. Das ist das Negative. – Sehr positiv ist in diesen Jahren, dass die Entwicklung der Gesamtarbeitsverträge in der Schweiz völlig einzigartig war. In Deutschland war es ein Elend: Die Gewerkschaften haben sogar mitgeholfen die Verträge herunterzufahren. Bei uns ging es unvergleichlich besser, hier sind nicht nur die unteren Löhne gestiegen, sondern auch die Abdeckung durch Gesamtarbeitsverträge wurde dichter.

«Sehr positiv und international einzigartig ist die Entwicklung bei den Gesamtarbeitsverträgen.»

Wir sind – natürlich mit FLAM und PFZ – im europäischen Kontext fast das einzige Land, das eine derartige Zunahme aufweist. Das ist ein Erfolg der gewerkschaftlichen Arbeit in teilweise äusserst widrigen Umständen. Man sieht daran, dass man als gewerkschaftlicher Akteur eine Wahl hat, ob man mithelfen will, die Gesamtarbeitsverträge herunterzufahren, oder ob man sich

gegen den Abbau stemmt. Die Neunzigerjahre und die Zeit danach haben gezeigt, dass es gewerkschaftlichen Handlungsspielraum gibt wenn man ihn nur nutzen will und den Mut hat dazu.

Gaillard: Damit bin ich völlig einverstanden. Ich denke, ohne die Mindestlohnkampagne und die flankierenden Massnahmen hätten wir in der Schweiz den Arbeitsmarkt nicht öffnen und die Lohnstruktur in der unteren Hälfte nicht so stabil halten können. Als Ergänzung vielleicht noch: Wir haben nicht nur eine höhere Abdeckung durch Gesamtarbeitsverträge. Wir haben heute auch einen deutlich höheren Anteil von Gesamtarbeitsverträgen mit bindenden Mindestlöhnen. Die tiefen Löhne sind in der Schweiz mit den Durchschnittslöhnen mitgewachsen, das ist schon fast ein Unikum – international gesehen. Und es straft jene Aussage aus den Neuzigerjahren Lügen, als man erklärte: «Entweder ihr akzeptiert tiefe Löhne oder ihr werdet arbeitslos!» Die Gewerkschaften in der Schweiz haben bewiesen, dass man mit einem guten Arbeitnehmerschutz auch Vollbeschäftigung und eine Lohnstruktur erreichen kann, die nicht noch stärker auseinander geht. Die Managerlöhne wären ein anderes Thema.

Lampart: Es sind aber nicht nur die Managerlöhne. Es greift immer weiter um sich. Auch gut ausgebildete Akademiker verdienen oft sehr viel, es gibt Kantonsangestellte mit 170'000 Franken im Jahr, daneben gibt es klassische Berufe mit Lehre, die so tiefe Löhne haben, dass sie in vielen städtischen Quartieren gar nicht mehr wohnen können.

Gaillard: Ja, oben hat es die Lohnstruktur auseinander gerissen. Das haben wir unterschätzt in den Neunzigerjahren.

Rechsteiner: Ich möchte zu Daniel noch kurz ergänzen. Auch das Problem der älteren Arbeitnehmenden im Land hat sich in den letzten zehn Jahren immer stärker zugespitzt. Es gab eine Entwertung von älteren Leuten in den Betrieben und das Entlassungs-Tabu für langjährige ältere Angestellten ist immer mehr gefallen. Hier sind dringend Massnahmen nötig. Es herrschen Prekarisierung, Verunsicherung, ein kollektiver Frust – die als Folie in die rechtspopulistische Bewirtschaftung aufgenommen werden, ohne dass dort eine Antwort gegeben würde. Die Gewerkschaften stehen vor grossen Herausforderungen.

«Dass die tiefen Löhne in der Schweiz mit den Durchschnittslöhnen mitgewachsen sind, ist international fast ein Unikum.»

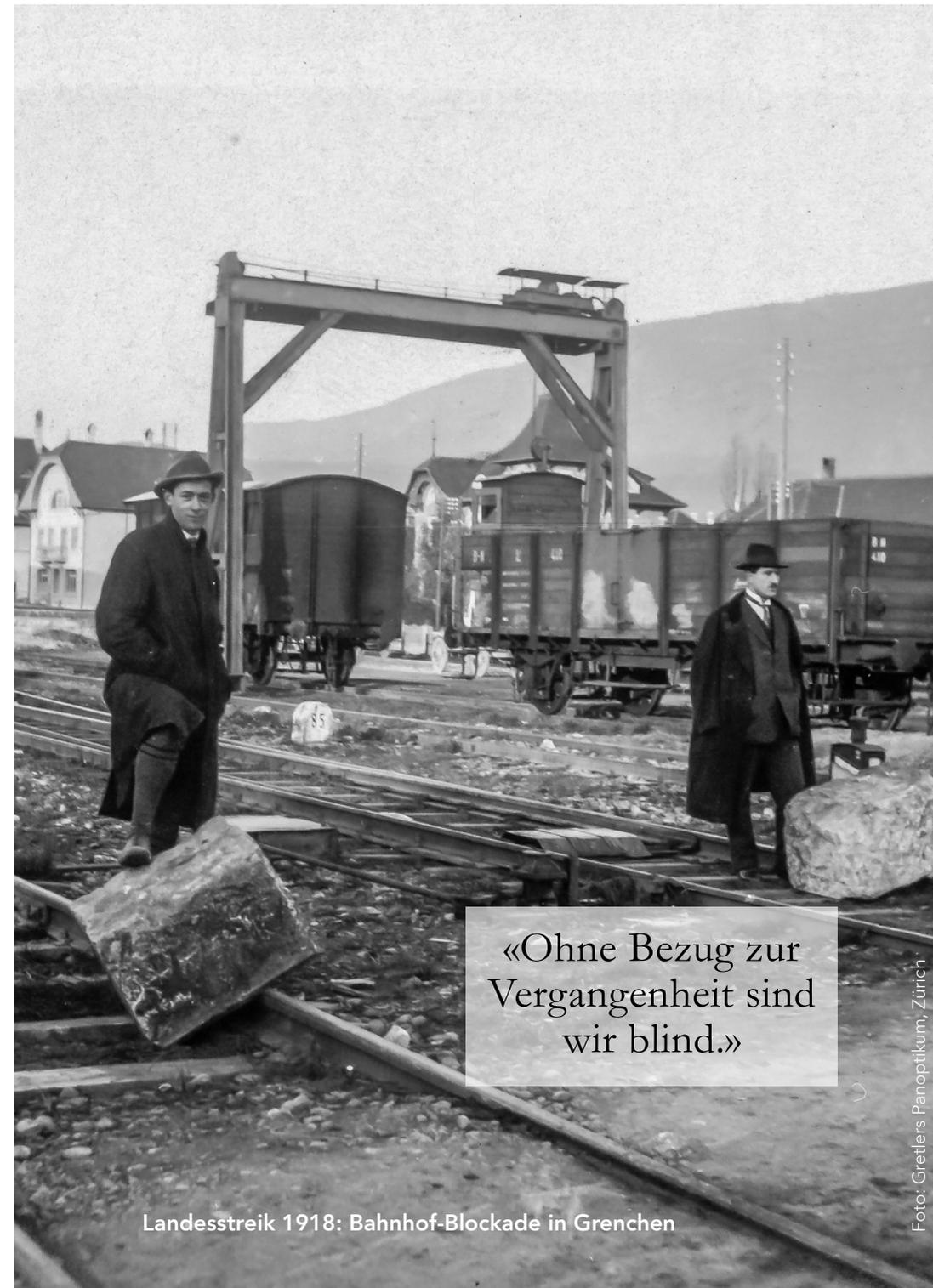
GESCHICHTE, MENSCHENRECHTE, INTERNATIONALISMUS

Welche Rolle spielen historisches Wissen und historische Erinnerung für die Linken, wie prägt Geschichte unser gegenwärtiges Bewusstsein und unser politisches Handeln? Im Gespräch mit Paul Rechsteiner: Ruth Dreifuss und Stefan Keller.

Stefan Keller: Ruth Dreifuss und Paul Rechsteiner, wir drei haben uns vor bald dreissig Jahren bei der Kontroverse um Paul Grüninger und um die Geschichte der Schweiz im Nationalsozialismus kennengelernt. Ich möchte zuerst fragen, was für euch Geschichte bedeutet. Warum ist Geschichte wichtig und was macht ihr damit?

Ruth Dreifuss: Geschichte hat mich immer fasziniert, seit ich klein war, und sie hat mich im Grunde auch politisiert. Aus der Geschichte der Nazi-Herrschaft und jener der Shoa stellte sich für mich schon als Kind die Frage, wie Gesellschaften ihre

Orientierung verlieren können, wie sie wahnsinnig werden können: im Hass und auch im Gehorsam. Das hat mich sehr schnell zur Frage geführt – ebenfalls noch als Kind –, ob es eine historische Entwicklung gibt, bei der Schritt für Schritt eine bessere Gesellschaft entstehen kann, oder ob es diese Entwicklung nicht gibt. Bald waren solche Fragen dann auch verknüpft mit der Lektüre der Texte von Karl Marx und anderen. Marx ist ja nicht der einzige, der von einer Geschichte ausgeht, die sich zum Fortschritt hin entwickelt. Mich hat das sehr interessiert, aber ich habe dann festgestellt, dass es so



«Ohne Bezug zur Vergangenheit sind wir blind.»

Landesstreik 1918: Bahnhof-Blockade in Grenchen

nicht ist, und dass die Geschichte eine ständige Baustelle bleibt: Dass man gerade aus den Fehlkonstruktionen dieser Baustelle lernen kann und lernen muss. Auf dieser Baustelle gibt es auch viele Opfer, die in der Gegenwart gar nicht erkannt werden – erst in einer späteren Zeit, im Nachhinein, kann endlich Bilanz gezogen werden, was die Baustelle, die Geschichte, verursacht hat.

Paul Rechsteiner: Die Bedeutung der Geschichte rührt daraus, dass wir ohne einen Bezug zur Vergangenheit blind sind bei der Beschreibung unserer heutigen Gesellschaft. Es gab ja bestimmte politische und historische Entwicklungen, die entscheidend dafür waren, wie die Gesellschaft heute konstruiert ist und aussieht. Die Entwicklung der Gesellschaft oder auch der Nation erfolgte nach bestimmten historischen Wegmarken. Wir sind nicht imstande, die heutigen Herrschaftsverhältnisse zu lesen ohne Kenntnis der historischen Zusammenhänge. Ich glaube, dass die Orientierung am historischen Fortschritt dabei nicht falsch ist, das ist der grosse Boden, den die Aufklärung gelegt hat: Die Verhält-

nisse sind nicht statisch, die Dinge bewegen sich nach vorne – mit allen Schwierigkeiten, Ambivalenzen und auch Rückschritten. Für eine gestaltende Politik, um verantwortliche Entscheidungen zu fällen, ist es unabdingbar, eine Vorstellung davon zu haben, wie die Dinge sich in der Vergangenheit bewegten und wo die Umschlagpunkte ihrer Entwicklung waren. Konkret: der Umschlagpunkt den du genannt hast mit der Shoa, der Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden – das war ein zentraler Wendepunkt für die neuere Geschichte überhaupt. Weltweit und erst recht in Europa. Die Schweiz war miteinbezogen, sie hatte zwar das Glück, etwas ausserhalb zu bleiben, aber sie war trotzdem involviert. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat die Schweiz sich dann auf sich selbst zurückgezogen und ein Weltbild gepflegt, das alle schwierigen Dinge ausblendete. Das Glück der Schweiz, als Demokratie zu überleben, hatte aber auch ganz dunkle Seiten. Der Fall Grüninger, wegen dem wir uns kennenlernten, wurde zu einem Kristallisationspunkt für einen anderen Blick auf die Schweizer Geschichte. Dabei ging es nicht

«Geschichte bleibt eine ständige Baustelle.»

nur um Grüningers Person und seine Taten, also die Rettung von vielen hundert österreichischen Jüdinnen und Juden. Es ging auch darum, welche Handlungsspielräume es gab mitten in den Katastrophen der Nazi-Politik und der Nazi-Verbrechen. Es ging darum, dass die Schweiz eine antisemitische Flüchtlingspolitik betrieben hatte, und dass Paul Grüninger zum Kriminellen gemacht wurde, nur weil er mit seinen Taten die Mindestvoraussetzungen eines menschlichen Handelns erfüllte. Jahrzehntlang wollte man davon nichts wissen. Grüningers Rehabilitierung ist bekämpft worden. Wir sind damals in diesen Geschichtsprozess eingestiegen, in den Achtziger- und Neunzigerjahren, und er ging, wie gesagt, weit über den Fall Grüninger hinaus.

Dreifuss: Du hast ja auch nicht nur Paul Grüninger zur Rehabilitierung verholfen.

Rechsteiner: Wir arbeiteten im Kollektiv.

Dreifuss: Du hast dich auch eingesetzt für die Rechte anderer Menschen, für Fluchthelfer, Spanienkämpfer und für die Flüchtlinge, die später kamen. Du hast wirklich

probiert, in diesen Fragen wieder einen reineren Tisch zu machen in der Schweiz.

In St. Gallen gehörten zu den Gegnern Paul Grüningers am Anfang auch prominente Linke. Leute aus der SP waren daran beteiligt, dass die Aufarbeitung des Falles lange Zeit unterblieb. Meines Wissens warst du, Paul, der erste Linke, der Grüningers Rehabilitierung verlangte.

Rechsteiner: Im Rückblick war die Rolle der st. gallischen Sozialdemokratie und vor allem jene der st. gallischen Behörden gar nicht ruhmreich. Regierungsrat Valentin Keel, Grüningers sozialdemokratischer Vorgesetzter, hat versucht, seine eigene Haut zu retten und sich dabei auf die falsche Seite gestellt. Keel selber hatte flüchtlingspolitisch ja durchaus seine Verdienste, dank ihm konnten verschiedene sozialdemokratische Emigranten in die Schweiz entkommen, und er war deshalb den Hasskampagnen des vaterländischen Verbandes ausgesetzt. Ganz unverständlich wird die Rolle einiger Sozialdemokraten nach dem Krieg. Da sind es vor allem Würdenträger in wichtigen Ämtern, vom Regierungsrat bis zum Bundesrichter,

welche die Rehabilitierung Grüningers aktiv hintertreiben – neben den Konservativen, Christlichsozialen und Freisinnigen, die ebenfalls dagegen sind. Seitens der Behörden wurde der Fall Grüninger lange Zeit hermetisch tabuisiert. – Für mich begann das Interesse an solchen Geschichten durch die Sensibilisierung für Machtverhältnisse, wie sie im Gefolge von 1968 stattfand. Die Lektüre von Karl Marx spielte eine Rolle, aber auch jene von Albert Camus und Jean Paul Sartre. Erste entscheidende Texte über St. Gallen waren dann Niklaus Meienbergs «Die Erschiessung des Landesverrätters Ernst S.» und andere «Reportagen aus der Schweiz». «Ernst S.» war ein augenöffnendes Werk. Ich kam damals nach dem Studium nach St. Gallen zurück, und dank diesem Text von Meienberg wurde die st. gallische Gesellschaft, wurden ihre Machtverhältnisse plötzlich lesbar. Später kam der Dokumentarfilm über Ernst S., den Meienberg mit Richard Dindo drehte, und ich gehörte zu jenen, die nach der Erstaufführung im Kino Palace eine Podiumsdiskussion organisierten. Die Brüder von Ernst S.

«Dank Ernst S. wurden die St. Galler Machtverhältnisse lesbar.»

lebten damals noch und nahmen an den Veranstaltungen teil. Diese Geschichte hatte eine enorme Präsenz, sie zeigte, wie die bürgerlichen Machttträger dafür verantwortlich waren, dass man einen kleinen Hilfsarbeiter als Landesverräter erschossen hatte, während die grossen Nazi-Kollaborateure, die Rang und Namen hatten, weiterhin Teil der guten Gesellschaft blieben. Den Fall Grüninger habe ich allerdings erst 1983/84 richtig entdeckt, es gab schon früher Versuche, ihn zu rehabilitieren ...

1968, 1970 ...

Rechsteiner: Genau, aber diese Vorstösse hatte ich nicht auf dem Radar. Ausschlaggebend für die Beschäftigung mit ihm war der Versuch der städtischen Behörden, namentlich eines katholisch-konservativen Stadtrates und Vorstands der technischen Betriebe, die Aufführung von Thomas Hürlimanns «Grossvater und Halbbruder» zu verbieten. Das Stück sollte am Ort, an dem es handelt, aufgeführt werden ...

Dreifuss: Was war das für eine Geschichte? Ich erinnere mich nicht.

Rechsteiner: Es war ein Theaterstück.

Ein Stück von Thomas Hürlimann. Es sollte oberhalb der Stadt bei den «Drei Weieren» aufgeführt werden. Dann hat der Stadtrat welcher für die öffentlichen Bänder zuständig war, diese Aufführung aus politischen Gründen verboten.

Dreifuss: Was war das Thema?

Der Zweite Weltkrieg. Man wählte die Weiher, weil man im Zweiten Weltkrieg von dort aus gesehen hat, wie Friedrichshafen bombardiert wurde.

Rechsteiner: Und es ging auch um geflüchtete Juden. Also um die ganze Verstrickung der konservativen christlichen Gesellschaft. Dazu gehörte der biografische Hintergrund Hürlimanns, seine Verwandtschaft mit der katholisch-konservativen St. Galler Familie Duft, die damals unter anderem den Stifts-Archivar stellte. Vieles im späteren Werk

von Hürlimann war in diesem frühen Stück atmosphärisch bereits angesiedelt.

Dreifuss: Wann war das?

Rechsteiner: Im Sommer 1984 versuchte eine junge Theatertruppe, das Stück bei den «Drei Weieren» aufzuführen, was der Stadtrat verbieten wollte. Wir haben darauf eine grosse Veranstaltung zur Geschichte St. Gallens in der Zeit des Faschismus organisiert. Wir haben «Faschismus» gesagt, korrekter wäre «Nationalsozialismus» gewesen. Mit Niklaus Meienberg, Jürg Frischknecht, der alte Georg Thüerer war auch dabei – und der Saal des Schützengartens war voll. In jener Zeit habe ich für mich selber auch den Fall Grüninger entdeckt. Seinen Enkel, Dieter Roduner, kannte ich bereits aus dem Militär. Ich rief dann seine Tochter an, Ruth Roduner, und merkte, dass sie nichts

«Die Forderung Grüninger zu rehabilitieren, schlug wie eine Bombe ein.»

mit einem politischen Vorstoss für Grüninger zu tun haben wollte. Sie war zu sehr verletzt von der mehrfachen Ablehnung seiner Rehabilitie-

rung und wollte keine weiteren Demütigungen erleben. Gleichzeitig merkte ich aber auch, dass sie froh war, wenn sich jemand auf eigene Verantwortung darum kümmerte. Ich brachte es in die Fraktionssitzung der SP und in den Kantonsrat, es schlug wie eine Bombe ein. Ein langer Kampf begann. Entscheidend war am Ende, dass nach einem weiteren Anlauf, den Hans Fässler 1989 machte, Stefan begann, den Fall historisch zu rekonstruieren.

Dreifuss: Und dass die Archive geöffnet wurden.

Die Archive waren schon Mitte der Achtzigerjahre geöffnet worden. Ihr Inhalt erwies sich als äusserst dürftig. Die Originalakten waren gar nicht mehr vorhanden. Es gab nur eine lückenhafte Abschrift des Dossiers, sogar der Untersuchungsbericht und die definitive Anklageschrift fehlten. Ich glaube, das wichtigste war, dass ich die von Grüninger geretteten Flüchtlinge fand, von denen viele damals noch lebten.

Rechsteiner: Der Fall hatte eine unglaubliche Sprengkraft von Anfang an. Und die Flüchtlinge, die Stefan

ausfindig machte, waren unverbaute Quellen.

Niemand hatte sie zuvor über den Fall befragt.

Rechsteiner: Im Buch «Grüningers Fall» waren es Leute aus unterschiedlichen Milieus, welche die

«68 war eine Bewegung ohne grosse Geschichtskennntnisse.»

Geschichte erzählten, so wie sie diese erlebt hatten. Sie erzählten nicht einfach aus Medienberichten oder aus behördlichen Akten heraus, sondern aus unmittelbarer direkter Erfahrung. Geschichtsschreibung von unten, mit dieser Methode hattest du ja schon früher gearbeitet, hier war sie entscheidend dafür, dass der Stoff neu in die Geschichte eingepasst werden konnte.

Dreifuss: Ich will nicht vom Fall Grüninger abrücken, aber man spricht ja zur Zeit viel über 1968. Es fällt doch auf, dass 1968 selber eine Bewegung ohne grosse Geschichtskennntnisse war – ziemlich spontan mit Bildern, von Che, Mao, Ho Tsching Minh und so weiter ...

... und ein paar haarsträubenden Vereinfachungen.

Dreifuss: Genau. Aber mit ziemlich viel Wirkung auf die Entwicklung der Geschichtsforschung. Aus dieser Bewegung entwickelte sich ja auch die mündliche Geschichtsschreibung, die *histoire orale*, und das Bedürfnis, die Zeit des Zweiten Weltkrieges neu zu analysieren. Wichtig waren ausserdem die Auschwitz-Prozesse, die in den Sechzigerjahren in Frankfurt stattfanden.

Das Schweizer Fernsehen zeigte 1973 eine Fernsehserie von Werner Rings, die ein eigentlicher Strassenfeger wurde: «Die Schweiz im Krieg». Alle haben das geschaut. Für mich war es die erste Beschäftigung mit dem Thema Nationalsozialismus. Plötzlich wurde das wieder wichtig, dank dem Schweizer Fernsehen – oder in St. Gallen dank dem Verbot des Theaterstücks von Thomas Hürlimann.

Rechsteiner: Die Geschichte vibrierte in St. Gallen. Man stellte fest, dass die Vergangenheit nur knapp

unter der Oberfläche lag. Die Auseinandersetzung mit der Shoa hat ja in der Schweiz stets in Wellen stattgefunden. Es gab den Ludwig-Bericht 1957, der von «Beobachter»-Berichten begleitet wurde, dann Alfred A. Häslers «Das Boot ist voll» 1968, in den Neunzigerjahren schafften die Debatten um Paul

«Es ist die Gegenwart, die den Blick auf die Geschichte bestimmt.»

Grüninger und um die nachrichtenlosen Konten die Voraussetzung dafür, dass es uns gelang, die sogenannte Bergier-Kommission – die Unabhängige Expertenkommission Schweiz-Zweiter Weltkrieg – aufzugleisen. Jedesmal wenn die Schweizer Verstrickung in den Nationalsozialismus zum Thema wurde, hat man die Sprengkraft dieser Geschichte neu gespürt.

Dreifuss: Und jedesmal gab es eine Auseinandersetzung zwischen jenen, die das alte, heile Bild bewahren wollten, und jenen, die wirklich die Wahrheit suchten. Es ist ja die Gegenwart, die den Blick auf Geschichte bestimmt. Aus den Problemen der Gegenwart entsteht das Bedürfnis, diesen Blick zu schärfen, aber gleichzeitig entsteht auch die Gegenreaktion. Diese Gegenreak-

tion war schon heftig bei dir in St. Gallen.

Rechsteiner: Es war ein langer Kampf um die Bedeutung Paul Grüningers, und es ist ein Kampf bis heute. Nach wie vor ist es keine Selbstverständlichkeit, dass Grüninger in der Schule behandelt wird. Die Erinnerung an einen Polizeikommandanten, der sich den Weisungen der Regierung widersetzt und aus Gründen des Menschenrechts darüber hinweggeht, hat ihre Brisanz behalten.

Dreifuss: Ein gutes Beispiel für die Jugend!

Rechsteiner: Und dazu gibt es das Gegenstück mit Josef Spring, das etwas weniger bekannt ist. Der Fall Spring zeigt, wie die Schweizer Behörden einen jüdischen Jugendlichen an die Nazis auslieferten, und wie er dank der Schweiz nach Auschwitz deportiert wurde zu einem Zeitpunkt als die Deutschen den Krieg längst verloren hatten.

Zu einem Zeitpunkt, als man in Bern längst wusste, was in Auschwitz geschah.

Rechsteiner: Nicht nur in Bern. Ich habe gerade das Tagebuch von

Leon Werth gelesen, einem französischen Schriftsteller, der damals als Jude in einem Häuschen fernab im Jura lebte und alles mitbekam. Nach der deutschen Niederlage in Stalingrad ging es mit der Vernichtung der europäischen Juden noch unglaublich lange weiter, der quantitativ schlimmste Teil der Vernichtungspolitik wurde in der Zeit nach Stalingrad durchgezogen. Und wie sich die Schweiz gerade in dieser Zeit gegenüber der Shoa verhielt, das hat für uns eine enorme Bedeutung.

Mit unseren Kampagnen zum Fall Grüninger und zum Fall Spring versuchten wir, einen Bruch mit dieser dunklen Geschichte zu erreichen. In St. Gallen war ja die Regierung 1993 noch genau gleich zusammengesetzt wie 1939, und mindestens einmal sagte ein Regierungsrat «wir», als er von Regierungsbeschlüssen 1939 sprach. Diese unglaubliche – vielleicht nur in der Schweiz denkbare – Kontinuität ist etwas, mit dem wir endlich brechen wollten. Daneben gab es aber andere Geschichten, bei denen wir selber es waren, die nach Kontinuität suchten: Die Geschichte des Widerstands beispielsweise, oder die Geschichte der Arbeiterbe-

wegung. Ist diese Geschichte für euch wichtig?

Dreifuss: Die ist für mich sehr wichtig. Vielleicht nochmals zurück zur Frage, ob es einen Fortschritt gibt in der Geschichte. Wie gesagt: Ich bin da nicht sicher. Ich glaube, dass die Grundideen der Menschenrechte, der Menschenwürde, der Gleichheit und so weiter tatsächlich gesellschaftliche Wegmarken sind seit der Aufklärung. Mehr oder weniger anerkannte Wegmarken. Mehr oder weniger erfolgreiche Wegmarken. Sie bilden eine Grundlage für das, was eine Gesellschaft sein kann und was sie den Menschen zu bieten hat. Aber ob diese Grundideen weiter verwirklicht werden, ob sie schreckliche Rückschritte verhindern können und ob sie überhaupt für alle Zeiten gelten – da bin ich heute auf eine Art und Weise skeptisch, wie ich es als junge Frau noch nicht war. Sehr wichtig ist für mich, zu sehen, wie die menschenrechtlichen Grundsätze in der Vergangenheit entstanden und wie sie damals umgesetzt wurden. Schon als Kind hat mich absolut

fasziniert, dass es in der Geschichte der Menschheit irgendwann einen Punkt gab, ab dem sowohl Sklaverei als auch Folter wenigstens im Grundsatz verpönt waren. Wir sehen heute allerdings, dass es immer noch Sklaverei und Folter gibt. Daher meine Skepsis. Und daher ist es so wichtig, die Geschichte zu kennen: Sie zeigt uns, wann und unter welchen Umständen solche Grundsätze in der Gesellschaft durchgesetzt werden konnten, oder unter welchen Umständen sie mit Füßen getreten wurden. Selbstverständlich ist es auch für Schweizer Bürgerinnen und Bürger wichtig, dafür zu kämpfen, dass diese Grundsätze gelten.

Rechsteiner: Wenn wir an die Gegenwart und an die allernächste Zukunft denken, dann sieht es al-

lerdings trüb aus. Trump, Kaczynsky, Orban, Putin und wo weiter – menschenrechts-

feindliche Politik verbunden mit einem neuen Nationalismus, mit Hetze gegen Ausländerinnen und Ausländer, gegen Minderheiten. Es ist eine ausserordentlich gefährliche Situation, in der wir uns zur-

«Wir befinden uns
zurzeit in einer
ausserordentlich
gefährlichen Situation»

zeit befinden. Nach einer Phase, in der man denken konnte, es gehe da endlich vorwärts, ist auch die Eindämmung der Atomwaffen wieder in Frage gestellt. Natürlich gibt es deshalb viele Gründe, pessimistisch und skeptisch in die Zukunft zu blicken. Gleichzeitig sehen wir aber auch widersprüchliche Tendenzen, und der Rückblick in die Vergangenheit zeigt, wie du gesagt hast, dass es immer wieder Möglichkeiten und Chancen gab, die Geschichte in eine bessere, in eine humanere Richtung zu lenken. Das ist meine Fortschritts-Perspektive. Zuverlässige Orientierungspunkte sind dabei entscheidend: Die Gleichheit der Menschen ist ein ganz zentraler Orientierungspunkt. Die Menschenrechte, die Demokratie. Bei aller Ambivalenz, die der Begriff Demokratie in jüngerer Zeit ja bekommen hat, weil sich Potenzen auf sogenannten demokratische Prozesse berufen, aber eigentlich Diktatur damit meinen. – Gerade die Geschichte der Arbeiterinnen und Arbeiter zeigt, was für eine grosse Verantwortung wir dafür tragen, dass unsere Entscheide richtig sind und die Entwicklung nicht in die falsche Richtung geht. Die Arbeiterbewegung insgesamt ist ja ein Stück Fortschritts-Geschichte. Eine Bewegung von armen Män-

nern und Frauen, die ihr Schicksal selbst in die Hand genommen haben und die in einem kollektiven Prozess die geschichtsmächtige Kraft der Solidarität entwickeln. Die Neubewertung der Geschichte der Arbeiterbewegung ist übrigens auch ein Prozess, der uns sehr verbunden hat. Stefan war ja stark beteiligt an dem Versuch, die Gewerkschafts-Geschichte in der Schweiz neu zu schreiben und zwar als Geschichte von unten, als Geschichte von vielen Menschen und vielen Bewegungen – nicht einfach als Geschichte der Apparate oder der Leute in den Führungspositionen. Ich erinnere mich an einen Leitartikel über das Grossereignis des Landesstreiks von 1918, den ich 1997 in der WOZ schrieb. Das war schon eine Folge davon, dass wir uns beim Fall Grüninger kennengelernt hatten.

War das nicht bei deiner Wahl zum SGB-Präsidenten?

Rechsteiner: Ein Jahr früher. Aber im Hinblick auf das Jubiläum 1998. Damals wusste ich noch gar nicht, dass ich ein Jahr später ...

Dreifuss: Hast du deine Wahlkampagne mit dem Generalstreik gemacht?

Rechsteiner: Dass ich SGB-Präsident werden könnte, war für mich 1997 noch unvorhersehbar. Erst im Frühjahr 1998 ist Vasco Pedrina deswegen auf mich zugekommen. Die Auseinandersetzung mit dem Landesstreik hat früher begonnen. Überhaupt hat die Interpretation von Geschichte bei mir immer eine

«Die Interpretation von Geschichte spielte bei mir immer eine ganz grosse Rolle.»

ganz grosse Rolle gespielt, auch wenn sie im Selbstverständnis der Gewerkschaftsbewegung vielleicht nicht so präsent war. Die Lebendigkeit der Bewegung kam ja eher aus den neuen Prozessen als aus der Erinnerung. Etwa von seiten der Migrantinnen und Migrantinnen, bei denen die Beschäftigung mit Schweizer Gewerkschaftsgeschichte natürlich nicht im Vordergrund stand.

Darf ich eine Anekdote erzählen? In der Woche als Paul zum SGB-Präsidenten gewählt werden sollte – das war im November 1998 auf einem Kongress in Davos – haben wir eine WOZ-Beilage zum Landesstreik produ-

ziert. Elisabeth Joris, die mitarbeitete und einen der wichtigsten Texte schrieb, hat vor einiger Zeit gesagt, sie lese diese Beilage immer noch mit Vergnügen. Wir haben also eine WOZ-Beilage zum Generalstreik 1918 publiziert, mit einem Leitartikel des künftigen SGB-Präsidenten Rechsteiner, und damit sind wir nach Davos zum Kongress gefahren. In der Mittagspause haben wir die WOZ auf alle Tische verteilt. Leider gab es damals noch keine Handy-Kameras, es wäre ein wunderbares Bild geworden nach dem Mittagessen: «Der Kongress liest.» Und zwar die WOZ, die damals noch keineswegs sehr beliebt war im Gewerkschaftsmilieu. – Hat bei dir, Ruth, der Generalstreik von 1918 für das Geschichtsbild eine Rolle gespielt? Oder waren es eher die blutigen Genfer Ereignisse vom November 1932?

Dreifuss: Natürlich war der November 1932, der Militäreinsatz und der Tod der Demonstranten in Genf, ein dramatisches Ereignis. Aber der Generalstreik von 1918 mit seinen verschiedenen Deutungen ist für mich auch sehr wichtig. Eine der grossen Forderungen des General-

streiks ist ja die Herabsetzung der Arbeitszeit. Damit war er ausserordentlich erfolgreich, sie wurde 1920 zum Gesetz. Eine andere Forderung ist das Frauenstimmrecht. Als ich später im SGB-Zentralsekretariat arbeitete, waren die Fragen der Arbeitszeit und der Frauenrechte immer noch zentrale Themen. In diesem Sinn blieb auch der Streik von 1918 weiterhin präsent. Was die Frauenrechte betrifft: Für viele unserer Kollegen war jeweils das wichtigste Ziel bei Lohnverhandlungen, dass sie mit ihrer Arbeit eine Familie unterhalten konnten. In den Sechziger- und Siebzigerjahren, auch in den Achtzigerjahren träumten sie den Traum von der bürgerlichen Familie. Manche Kollegen haben mir gesagt: Weisst du, ich lebte als Kind in einer Familie, in der beide Eltern arbeiten mussten und das war grauenhaft. Wenn ich heirate, soll meine Frau zu Hause bleiben!

Rechsteiner: Oder anders gesagt: «Ich bin in der Lage eine Familie inklusive Frau zu ernähren.»

Dreifuss: Ja, es ging auch um die Würde unserer Kollegen: «Meine

Frau muss nicht arbeiten!» Ausserdem wurden in vielen Berufen gar keine Frauen zugelassen, das entsprach nicht zuletzt dem Willen von Gewerkschaften. Die Typographen wollten lange Zeit per Gewerkschaftsbeschluss keine Frauen in ihrem Beruf. Wir führten kontroverse Diskussion über weibliche Schaffner und Tramchauffeure. In Basel gab es fast einen Aufstand bei den männlichen Kollegen, als die Verkehrsbetriebe Frauen zulassen sollten.

In meiner Jugend las ich immer wieder Meldungen darüber in der Zeitung: Die erste Frau, die ein Tram bediente oder einen Bus fuhr, die erste Frau, die Billette knipste, die erste Polizistin, die Busse verteilte – und so weiter.

Dreifuss: Als ich die erste Frau auf einem Bahnsteig sah, die einen Zug abfertigte, war das ein Ereignis. Einerseits gab es also einen Widerspruch zwischen der Vorstellung der Gewerkschaftskollegen und den Forderungen von Frauen, die in den Arbeitsprozess wollten oder bereits im Arbeitsprozess waren.

«Die erste Frau, die einen Zug abfertigte, war ein Ereignis.»

Andererseits fand zu dieser Zeit auch ein Wendepunkt in der feministischen Bewegung statt. Neben der alten Frauenbewegung, die zentral für die Rechte der Frauen in der Politik und bei der Arbeit gekämpft hatte, entstand eine neue Frauenbewegung, die sich – ähnlich wie heute Femen und solche Gruppen – zum Teil sehr provokativ äusserte. Ihr ging es nicht allein um das Frauenstimmrecht und die Arbeitswelt, ihr ging es auch ums Familien- und Alltagsleben. Um das Verhältnis der Geschlechter überhaupt. Im Sinne von 1968 war das Private ja politisch.

Diese neue Bewegung versuchte, sich von der alten, eher bürgerlichen Frauenbewegung sichtbar abzusetzen.

Dreifuss: Ja, sie mussten etwas Neues bringen. Zum Teil traten sie auch in die Gewerkschaft ein.

Rechsteiner: Und sorgten dort für Unruhe.

Dreifuss: Es war eine Zeit, in der vieles zusammenkam. Sexuelle Befreiung, die Rechte der Frau in der Familie, die Forderung nach Lohngleichheit – die Geschichte des langen Kampfes seit 1918 war in die-

ser Situation natürlich präsent, und massgebend für die Wut, die Ungeduld, die Beharrlichkeit der Frauen: Auch die Gewerkschaften wurden davon aufgerüttelt. Beim VPOD zuerst mit einer Frauenkommission, die gegen den Widerstand unseres beliebten leitenden Sekretärs, Walter Renschler, durchgeboxt wurde. Sein Vorgänger, Max Arnold, war noch mehr schockiert. Für ihn schwächten unsere Forderungen die Gewerkschafts-Struktur und ihre Kohäsion.

Rechsteiner: Auch die Frauengeschichte enthält ja bis heute viel Sprengstoff. An Veranstaltungen treffe ich manchmal auf ältere Mitglieder, die vom so genannten Frauen-Zölibat erzählen: Wenn Lehrerinnen heirateten, dann mussten sie ihre Stelle abgeben. Das bezeichnete man als Frauen-Zölibat. Bei älteren Leuten ist es noch präsent.

Dreifuss: Im Tessin gab es das bis in die Achtzigerjahre!

Rechsteiner: Alles nicht lange her, aber es ist seither doch einiges passiert. Wichtig für die Bewegung ist, dass solche Geschichten im Bewusstsein bleiben.

Dreifuss: In der neuen Frauenbewegung gab es zwar auch mehr Aktivismus als historische Erinnerung, ähnlich wie in der Achtundsechzigerbewegung, aber es existierte doch ein Bewusstsein dafür, dass man Vorkämpferinnen hatte. Wie ich später beim SGB arbeitete, hat man mich übrigens immer wieder als erste weibliche Zentralsekretärin bezeichnet. Das stimmte aber nicht, denn die erste Zentralsekretärin war Margarethe Faas-Hardegger, die der Gewerkschaftsbund 1909 entliess: Die Männer hatten sie nicht nur aus der Gewerkschaft, sondern auch aus der Geschichte geworfen.

Mein Interesse an Geschichte war immer stark mit älteren Personen verbunden, die ich kannte. Ich hatte auch historische Vorbilder. Wie ist das bei euch, hattet Ihr Vorbilder?

Dreifuss: Nein, eigentlich gar nicht. Mein Geschichtsinteresse geht so weit zurück, dass es keine Individualitäten mehr gibt, sondern nur gesellschaftliche Bewegungen. Wahrscheinlich auch wegen meinem jüdischen Ursprung. Die Realität des Antisemitismus zur Zeit

meiner Kindheit hat mich immer wieder mit der langen Geschichte der Diaspora konfrontiert. Es ist ein doppelter Blick, einerseits auf eine sehr schmerzhaft Geschichte, die Geschichte von ständig wiederkehrender Diskriminierung, wobei das Wort Diskriminierung nicht stark genug ist für das, was geschah.

«Die Gewerkschafter haben die erste SGB-Zentralsekretärin aus der Geschichte geworfen.»

Und andererseits der Reichtum des Zusammenlebens in ganz verschiedenen Kulturen. Auf englisch «cross-fertilisation», wechselseitige Befruchtung: Die Geschichte der Diaspora ist natürlich nicht die Geschichte einer Rasse, es ist die Geschichte einer Kultur aus zweitausend Jahren, die sich manchmal verändert hat und manchmal auch nicht. Es ist eine so lange Geschichte, dass da wenige Persönlichkeiten herausragen. Gleichzeitig ist es auch eine Geschichte, die das Interesse für andere Völker und Kulturen weckt. Wie ich schon sagte: In der Schule habe ich Aufsätze über die Sklaverei bei den Römern, in den USA und so weiter geschrieben. Natürlich war das etwas schwärme-

risch, als Kind, aber es war auch Geschichte von unten. Eine Geschichte, die nicht von Helden lebte. Die Helden waren schon recht, aber die markanten Helden hatten meistens ein trauriges Ende. Ich war stets weniger daran interessiert, dass die Helden starben, als daran, dass die Gesellschaft sie schützte.

Rechsteiner: Es ist interessant wie du die Longue durée in deinem Geschichtsbewusstsein beschreibst. Ich müsste noch etwas genauer darüber nachdenken, was das heisst. Mir fällt auch niemand ein.

Dreifuss: Kein Vorbild?

Rechsteiner: Das sowieso nicht. Ich komme aus einem sehr katholischen Milieu. Armut in der Kombination mit einem hermetisch katholischen Weltbild. Wenn es Verwurzelungen oder Sensibilitäten gibt aus der Kindheit und der Jugend, dann sind es die starken emotionalen Grunderfahrungen. Die Musik – von der Kirche bis zu meinen singenden Eltern. Im ganzen Umfeld ist gesungen worden. Es war ein sehr sinnliches, farbiges Milieu. Aber es

gab auch Gewalt. Und der Katholizismus war ein Kampf-Katholizismus. Der Kulturkampf fand zum Beispiel in der Form von Fronleichnam-Prozessionen statt: Demonstrationen des katholischen Milieus in einem freisinnig geprägten St. Gallen. Die Monstranz wurde gezeigt, das hatte einen Bekenntnis-Charakter. Ich war Ministrant. In der lateinischen Messe mit dem Rücken zur Gemeinde. Die Messen waren damals nicht auf die Gemeinschaft ausgerichtet. Bis zum vatikanischen Konzil. Und der Katholizismus hatte einen Universalitätsanspruch: Una Sancta, es gibt nur eine Kirche. Toleranz wurde klein geschrieben. Der Hauptgegensatz bestand zwischen Katholiken und Reformierten. Aber natürlich gab es in diesem Milieu auch viel Stoff, von dem ich später gezehrt habe, selbst die Menschenrechte haben einen Bezug zum Gleichheitsbegriff im christlichen Denken.

Dreifuss: Ich wollte vorhin noch präzisieren, dass ich keine Vorbilder hatte, weil die Geschichte immer eine Geschichte von Gruppen ist. Innerhalb der Gesellschaft und auch innerhalb der Gewerkschaft-

«Das Milieu meiner Kindheit war sehr sinnlich und farbig.»

ten: die Geschichte von Menschen die oben sind, und von jenen die unten sind.

Rechsteiner: Dabei ist die kollektive Organisation eine Elementarerfahrung. Die Entdeckung der Handlungsfähigkeit: Wie können Leute, die eigentlich nicht über die nötigen materiellen Mittel verfügen, gemeinsam zu einer geschichtsmächtigen Kraft werden? Wie können sie die Verhältnisse beeinflussen und umdrehen.

Um auf die jüngere Gewerkschaftsgeschichte zurückzukommen: Ruth, du hast angetönt, wie sich männliche Gewerkschafter gegenüber der Frauenbewegung verhielten. Ebenfalls schwierig war das Thema Migration, bei dem viele Gewerkschafter sehr fragwürdige Positionen eingenommen haben. Und ein drittes Thema, über das wir in diesen Feierabendgesprächen mit Paul reden, ist die Wiedergewinnung der Mobilisierungsfähigkeit.

Dreifuss: Über die Ausländer zu erst. Da war die Gewerkschaft in

einem Zwiespalt: Es sind Konkurrenten und es sind unsere Kollegen. Nur zusammen mit ihnen können wir etwas erreichen, aber am liebsten möchten wir sie nicht hier haben. Das war ein Kampf innerhalb der Gewerkschaften, und Leute wie der bereits erwähnte Max Arnold vom VPOD haben dabei eine sehr positive Rolle gespielt, indem sie die Xenophobie nicht zulassen in der Gewerkschaft. Von anderen, die eine Gegenrolle spielten, will ich

«Toleranz wurde
in der Kirche
meiner Jugend klein
geschrieben.»

jetzt nicht sprechen. Dass sich Gewerkschafter gegen die Fremdenfeindlichkeit stemmten, war der wichtigste Grund, weshalb ich mich, nachdem ich nach Bern umgezogen war, im VPOD engagierte. In Genf war ich schon aktiv gegen das Saisonierstatut, aber mehr in der Partei als in der Gewerkschaft. Im VPOD wurde ich dann erste Präsidentin der Frauenkommission, so hatte ich immer mehr mit der Gewerkschaft zu tun und kam auf diese Weise schliesslich zum SGB. Die Migrationsfrage war also indirekt auch für meine Biografie sehr wichtig. Mit der Frage der Mobilisierungsfähigkeit hatte ich weniger

zu tun: Mobilisieren musste man in den einzelnen Gewerkschaften. Im SGB konnten wir das unterstützen, aber in der Praxis passierte die Mobilisation woanders.

Rechsteiner: Es war damals auch noch ein anderer SGB, später versuchten wir ja, diese Dinge stärker auch auf nationaler Ebene zu bündeln. Eine der grossen Herausforderungen für die Gewerkschaften war immer die etwas prekäre internationale Ausrichtung. Gewerkschaften haben die Interessen der Leute vor Ort zu vertreten. Die Verteidigung der Löhne, der Arbeitsbedingungen, der Renten. Das gehört zur Existenzberechtigung jeder Gewerkschaft,

aber darüber hinaus gibt es die internationale Orientierung. Es ist eine wichtige Frage, wie die Schweizer Gewerkschaftsbewegung sich gegenüber Europa und der Welt verhält. Wenn es um soziale Rechte geht, dann geht es auch um Menschenrechte, und das Recht, sich kollektiv zu organisieren, weist weit über die nationalen Grenzen hinaus. Trotzdem ist der Handlungsrahmen der Nation nicht

zu unterschätzen, der Sozialstaat ist heute noch auf diesen Rahmen angewiesen. Die AHV zum Beispiel. Die EU wird dann den Durchbruch geschafft haben – so könnte man hypothetisch sagen – wenn sie in der Lage ist, als Sozialstaat eine Sozialversicherung einzuführen.

Dreifuss: Die internationale Verbundenheit war für mich immer etwas sehr Wichtiges, auch emotional. Ausserdem entspricht sie aber einer sehr pragmatischen und historisch bewussten Haltung. Wir können die Arbeitsbedingungen immer weniger für ein einziges Land allein definieren, es gibt den Druck aus anderen Ländern, die

«Die EU wird dann
den Durchbruch
geschafft haben,
wenn sie eine
Sozialversicherung
einführt.»

Konkurrenz, die Billiglöhne und so weiter. Die ersten internationalen Abkommen über Arbeitsbedingungen, Frauen-Nacharbeit, Arbeitsschutz in Zündholz-Fabriken oder Einschränkung der Kinderarbeit kamen seinerzeit aus der Schweiz. Es ging damals und es geht auch heute nicht um ein abstraktes Solidaritätsgefühl. Sondern ganz konkret um einen gemeinsamen Kampf

der Arbeitenden. – Wie schätzt du denn heute die Möglichkeit einer echten Zusammenarbeit der Gewerkschaftsbewegungen ein? Wie weit ist die internationale Gewerkschaftsbewegung in der Lage, diesen Kampf zu führen?

Rechsteiner: Da legst du die Finger auf einen wunden Punkt. Diese Zusammenarbeit ist unterentwickelt. Den Europäischen Gewerkschaftsbund würde ich zwar nicht gerade als Wurmfortsatz der EU-Kommission bezeichnen, aber er hat keine starke Verankerung. Wir haben selber leidvolle Erfahrungen gemacht bei den Fragen des Lohnschutzes, zu denen es neoliberale Urteile des Europäischen Gerichtshofes gab. Unsere Initiativen im Europäischen Gewerkschaftsbund hatten dabei beschränkte Wirkung. Es ist schwie-

rig, in den Gewerkschaften internationale Kampagnen zu führen. Wenn man an die Wucht denkt, mit dem ab 1890 weltweit der 1. Mai gefeiert und damit der 8-Stunden-Tag gefordert wurde, dann ist das heute kein Vergleich.

Dreifuss: An dieses Beispiel habe ich gerade gedacht. Es gab in der Vergangenheit doch immer wieder gemeinsame, aus der unmittelbaren Not geborene internationale Bewegungen. Ich sehe heute Ansätze – und Notwendigkeit – zum gemeinsamen Kampf gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen durch das unbegrenzte, weltweite dominierende wirtschaftliche System. Und ich bin glücklich, dass die Frauenbewegung eine Phase internationalen Solidarität erlebt.

«Es geht nicht um ein
abstraktes Solidaritätsgefühl,
sondern um einen
gemeinsamen Kampf der
Arbeitnehmenden.»

CHRONOLOGIE

1992-2018

1991/92

Die Schweizer Wirtschaft stürzt in eine tiefe, sechsjährige Rezession. Abbau Hunderttausender Stellen in Bau und Industrie, 200'000 Erwerbslose. Immobilien- und Bankenkrise. Massive Sparpolitik der öffentlichen Hand. Die Niedrigzinspolitik der SNB verteuert den Schweizer Franken und verlängert die Krise. Lohnstopp, Reallohnverlust, Aufkündigung einzelner GAV. Starker Mitgliederverlust der Gewerkschaften. Eine neue Generation kommt in den Gewerkschaftsverbänden in Leitungsverantwortung.

1992

Ein knappes Mehr der Abstimmenden lehnt den Beitritt der Schweiz zum EWR ab.

1994

SGB-Kongress: Wahl von Christiane Brunner und Vasco Pedrina als Co-Präsidium.

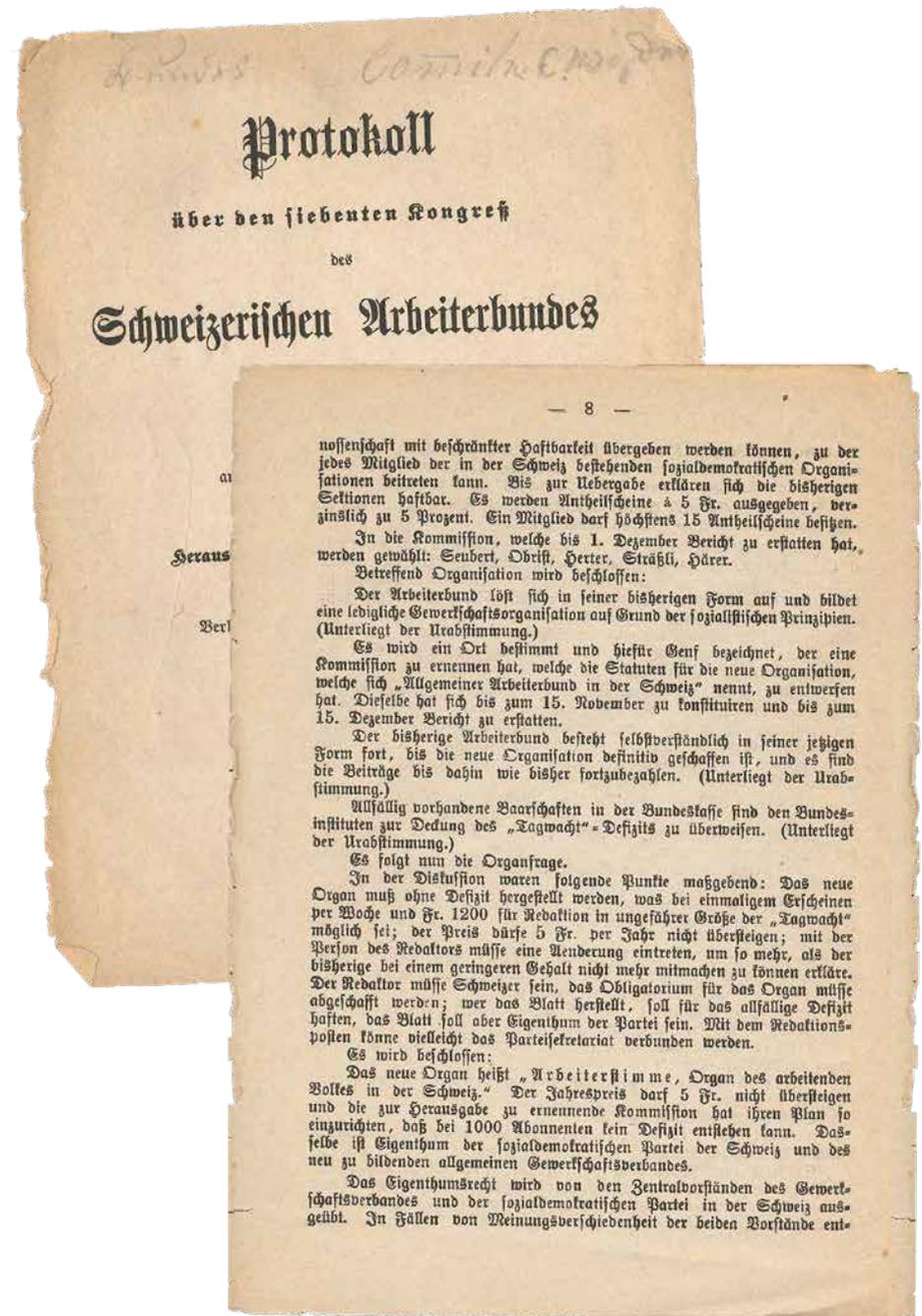
1993-97

Der SGB engagiert sich wirtschaftspolitisch gegen die Krise:

- Bonus für Erneuerung im Bau – Investitionsprogramme I und II (erfolgreich)
- Gegen Hochzinspolitik der Nationalbank (lange ohne Erfolg)

1996

Veröffentlichung des Weissbuchs von David de Pury & Co, das den Startschuss für einen neoliberalen Umbau der Schweiz geben wollte.



Protokoll des 7. Kongresses des Schweizerischen Arbeiterbundes vom 6.-8. November 1880: Der Bund löst sich auf und gründet neu den «Allgemeinen Arbeiterbund in der Schweiz», den späteren SGB.

1996 ff

Erfolgreiche Referendumskämpfe: Arbeitsgesetz/Sonntagsarbeit (1996) und Revision Arbeitslosenversicherung (1997).
Mobilisierungen auf der Strasse, z.B. 25'000 auf Bundesplatz gegen die Krise (1997).

1996 ff

Zunahme von Streiks (Industrie, Bau, öffentlicher Dienst).

1996

Gründung der Dienstleistungsgewerkschaft unia – Start der Kampagne gegen Hungerlöhne.

1998

SGB-Kongress:

- Wahl Paul Rechsteiners als Präsident., Vizepräs.: V. Pedrina, D. Schüepp, E. Leuenberger, G. Schera, Ch. Tirefort
- Beschluss «Politisierung der Tieflöhne», Mindestlohnkampagne
- Ja zu den Bilateralen Verträge, aber nur mit flankierenden Massnahmen
- Öffnung des SGB: neu wird Assoziierung möglich

1999

Start der Gewerkschaft Kommunikation GeKo (Zusammenschluss Postgewerkschaften).

1999/2000

Das Streikrecht wird in der Bundesverfassung verankert (dies war Bedingung für die Zustimmung des SGB).
SGB-Broschüre zum Streik.

1999-2002

Starke Kampagne «Keine Löhne unter 3'000 Franken» (13x) stösst auf grosses Echo.

2000ff

Annahme der Bilateralen I und Bilateralen II mit der EU (2000 und 2005) sowie Erweiterungen der Personenfreizügigkeit (2005 und 2009) in Volksabstimmungen.
Schrittweise Einführung und Verstärkung der Flankierenden Massnahmen (FlaM).

2002

Starker nationaler Streik im Bauhauptgewerbe erreicht das Recht auf Rente mit 60 Jahren.

2002

Kongress SGB:

- Wahl Präsident P. Rechsteiner. Vizepräs.: V. Pedrina, D. Schüepp, E. Leuenberger, Ch. Levrat; J. C. Rennwald
- Schwerpunkte: Lohnpolitik, 11. AHV-Revision, Infrastrukturpolitik

2002 ff

Erfolgreiche Abstimmungskämpfe: Gegen Elektrizitätsmarktgesetz (2002), für Einführung Mutterschaftsversicherung (2004), gegen 11. AHV-Revision (2004), eidg. Minimum für Kinderzulagen (2006).
Verloren: Arbeitslosenversicherung (2002), Verkürzung Arbeitszeit (2002), Sonntagsarbeit in Bahnhöfen (2005).

2003/2004

Grossmobilisierung gegen die 11. AHV-Revision: über 30'000 Demonstrierende in Bern.
Sieg in der Referendumsabstimmung mit massivem Nein zur 11. AHV-Revision.

2004

Die alte gewerkschaftliche Forderung nach einem bezahlten Mutterschaftsurlaub wird nach mehreren Anläufen an der Urne bestätigt.

2005

Start der neuen Gewerkschaft Unia (Fusion von SMUV, GBI, VHTL, unia, actions).

2006

Kongress SGB:

- Wahl Präsident P. Rechsteiner. Vizepräs.: J.-C. Rennwald, V. Pedrina/A.Rieger, D.Schüepp/St. Giger/Chr. Goll/P.A. Gentil/G. Tuti, Cr. Levrat/A. Carrupt
- Schwerpunkte: Soziale Sicherheit, Arbeit für Alle, Service Publique

2008

Erfolgreicher Streik in der SBB-Werkstätte in Bellinzona.

2008ff

Crash des internationalen Finanzkapitalismus. Auch in der Schweiz: staatliche Rettung der UBS.

Die Gewerkschaften kämpfen gegen Entlassungen, u.a. mit der Forderung nach Ausweitung der Kurzarbeit; und gegen Lohnsenkungen, u.a. mit erfolgreichen Arbeitskämpfen.

Der SGB macht Druck auf die SNB für eine Tiefzinspolitik und gegen die Aufwertung des Schweizer Frankens.

2008ff

Die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen wird immer krasser. Der SGB analysiert sie (ab 2011 mit regelmässigen SGB-Verteilungsberichten) und ist engagiert bei der Reform der Unternehmenssteuer – knapp erfolglos 2008, erfolgreich 2017.

2009

Nationale Demonstration in Bern gegen die Folgen der Krise auf dem Buckel der Arbeitnehmenden mit 30'000 Teilnehmenden.

2010

Erfolgreicher Referendumskampf gegen «Rentenklausur» mit der II. BVG-Revision.

2010

Kongress SGB:

- Wahl Präsident P. Rechsteiner. Vizepräs.: V. Alleva, G. Tuti
- Schwerpunkte: Arbeitszeit, AHVplus

2010 ff

Erfolgreiche Verstärkung der FlaM (Haftung, mehr Kontrollen, Sanktionen).

2011

Nationaler Aktionstag gegen Diskriminierung der Frauen (20 Jahre nach Frauenstreik, 30 Jahre nach Gleichstellungsartikel in Bundesverfassung).

Die Bekämpfung der Lohndiskriminierung kommt trotz ständiger Kampagne und Vorstössen kaum vom Fleck.

2011

Start der Gewerkschaft Syndicom (GeKo und comedia).

2011

Start der Volksinitiative für einen gesetzlichen Mindestlohn, erneute Kampagne gegen Tieflohne.

Überraschende Wahl von Paul Rechsteiner als Ständerat im Kanton Sankt Gallen mit einer Kampagne unter dem Slogan «Gute Löhne, gute Renten!»

2011

Nach Überwindung des Krisenschocks von 2009/2010 zieht die Konjunktur wieder an.

Schweizer Franken wird jedoch immer stärker. SGB verlangt die Einführung einer Untergrenze gegenüber dem Euro. Diese wird im September 2011 eingeführt, im Februar 2015 aber wieder aufgehoben.

2012

Niederlagen in Referendumsabstimmungen: AVIG-Revision und Öffnungszeiten Tankstellenshops.

2013

Nationale Demonstration mit 15'000 TeilnehmerInnen «Gute Löhne und Renten».

Einreichung Volksinitiative AHVplus, welche Druck auf die AHV-Revision ausübt.

2014 ff

Mindestlohninitiative wird in der Volksabstimmung deutlich verworfen. Der Druck für höhere Mindestlöhne steigt jedoch – 4'000.- Franken als «moralische» Latte installiert (z.B. Aldi, Lidl).

Erstmalige Einführung von Mindestlöhnen im wichtigen Mem-GAV
Einführung erster gesetzlicher kantonaler Mindestlöhne in NE, JU, Vorstösse im TI und in GE.

2014

Kongress SGB:

- Wahl Präsident P. Rechsteiner. Vizepräs.: V. Alleva, G. Tuti
- Schwerpunkte: Rentenpolitik, GAV-Politik

2014

SVP gewinnt knapp die Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative.

Jahrelanger, erfolgreicher Kampf gegen die Einführung von Kontingenten und Sonderstatuten.

2015

Grossdemonstration in Bern mit 12'000 TeilnehmerInnen für die Lohngleichstellung.

2016

Erfolgreiche Kampagne gegen die Durchsetzungsinitiative der SVP, u.a. dank dem «Dringenden Aufruf», von den Gewerkschaften mitgetragen.

2016

Ablehnung AHVplus-Initiative in der Volksabstimmung.

2017

Erfolgreiche Kampagne gegen die Unternehmenssteuerreform III.

2017

Ablehnung der Altersvorsorge 2020 in der Volksabstimmung.

2018

100 Jahre Generalstreik, breite öffentliche Diskussion über Geschichte und Aktualität der Streiks.

Verteidigung der FlaM im Kontext der Verhandlungen für ein Rahmenabkommen CH-EU.

2018

20'000 Frauen demonstrieren in Bern gegen die fortgesetzte Ungleichheit und Gewalt an Frauen.

2018

SGB-Kongress:

- Rücktritt P. Rechsteiner, Neuwahl Präsidium und Vizepräsidium
- Schwerpunkte: Einkommenspolitische Offensive für höhere Löhne und bessere Altersrenten; Kampf gegen Diskriminierungen

SIEBEN SCHWERPUNKTE 1994-2018

Kampf gegen Tiefelöhne

Ab 1997 kämpfen die Gewerkschaften bewusst gegen Tiefelöhne, welche in der Krise der Neunzigerjahre zunahmen und von Neoliberalen und einzelnen Sozialdemokraten als Lösung für die Arbeitslosigkeit gesehen wurden. Der SGB-Kongress beschloss 1998, die Tiefelöhne zu «politisieren». Ab 1999 Kampagne «Keine Löhne unter 3'000 Franken». Sie war erfolgreich in den öffentlich exponierten Branchen (Detailhandel, Gastgewerbe, Sicherheit, Reinigung, u.ä.). Mindestlöhne für Ungelernte wurden z.T. massiv erhöht und in GAV abgesichert, oft mit Allgemeinverbindlichkeit. Besonders von den überproportionalen Lohnerhöhungen profitierten Frauen und MigrantInnen. 2008 wurde die Forderung aktualisiert: Keine Löhne unter 13x 3'500.- Durch diese Politik gelang es, die Ausweitung des Tieflohnsektors zu verhindern, im Gegensatz zu Deutschland. Da jedoch ausserhalb der GAV-Bereiche zu wenig Fortschritte erreicht werden konnten, lancierte der SGB 2011 die Volksinitiative für einen gesetzlichen Mindestlohn von Fr. 22.-/Std. (12x Fr. 4'000.-). Vor der Abstimmung konnte nochmals Druck aufgebaut und weitere Verbesserungen erreicht werden. 2014 gab es an der Urne zwar ein schlechtes Resultat. Die Kampagne war jedoch ein Erfolg und sie geht weiter, u.a. mit Vorstössen für kantonale gesetzliche Mindestlöhne, bereits erfolgreich in Neuenburg und Jura.

Streiks, Mobilisierungen

Nachdem in den Achtzigerjahren in der Schweiz kaum mehr gestreikt worden war, erwachten die Arbeitskämpfe Mitte der Neunzigerjahre wieder, zunächst mit defensiven Streiks gegen Betriebsschliessungen. Im Jahre 2000 konnte das Streikrecht in der Bundesverfassung verankert werden. Nach dem Ende der Krise wurden die Arbeitskämpfe zunehmend erfolgreich: So der Streik gegen Hungerlöhne in der ZEBA in Basel (2000); der erfolgreiche nationale Baustreik für die frühzeitige Ren-

te ab 60 Jahren (2002); der erfolgreiche Arbeitskampf bei den Officine gegen Arbeitsplatzabbau in Bellinzona (2008). Diese Entwicklung führte zu einer Enttabuisierung von Streiks, welche in zwei SGB-Broschüren (2000 und 2008) dargestellt wurde. Mit üblichem Auf und Ab hat sich die Renaissance der Streiks in der Schweiz bis heute fortgesetzt. Dabei wird vermehrt auch im Dienstleistungssektor gestreikt («Tertiarisierung») und damit streiken vermehrt auch Frauen («Feminisierung»). Auch kleinere Streiks appellieren schnell an das gesellschaftliche Umfeld, welches ihnen meist wohlgesinnt ist («Politisierung»).

Gleichzeitig ist auch die Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften gewachsen. Auf Bundesebene sind nationale Demonstrationen von 15'000 bis 35'000 Beteiligten keine Seltenheit: (2003 gegen 11. AHV-Revision; 2006 für höhere Löhne und Renten; 2009 gegen die Krise, 2015 für besser Altersrenten etc.) Ebenso auf kantonaler Ebene, wo die gewerkschaftlichen Demonstrationen u.a. gegen Sparpolitik zu den grössten Mobilisierungen gehören.

Fort- und Rückschritte in der sozialen Sicherheit

Ein ständiger Kampf tobt seit den Neunzigerjahren um die Sozialversicherungen. Der stetige Ausbau, welcher in den vorangegangenen Jahrzehnten möglich war, stockte nun, ausgenommen einige nachholende Reformen: Erziehungs- und Betreuungsbonus und eigenständiger Rentenanspruch der Frauen bei der AHV (1994); Einführung des Obligatoriums der Krankenversicherung (1996); Einführung Mutterschaftsversicherung (2004); nationale Absicherung der Kinder-/Famlienzulagen (2006). Bei der Unfallversicherung konnte das Niveau gehalten werden. Erlaubten frühere EL-Revisionen noch Fortschritte, droht mit der jüngsten Revision mehr Abbau. Rückschritte mussten bei der Arbeitslosenversicherung hingenommen werden (u.a. betrifft Taggelddauer); deren Leistungsniveau bleibt im europäischen Vergleich aber noch gut. Sehr schmerzhaft ist der Abbau der Leistungen der Invalidenversicherung.

Der Abbau der Altersversicherung (AHV-Mischindex, Rentenalter 65 für Frauen, Senkung Umwandlungssatz im BVG-Obligatorium) konnte bisher verhindert werden (nicht aber Rentensenkungen im überobligatorischen Bereich des BVG). Dem geforderten Ausbau der Altersvorsorge

blieb der Durchbruch jedoch verwehrt: Ablehnung der Initiativen für einen Ausbau der AHV (1995), für ein flexibles Rentenalter (2008), für höhere Renten (AHVplus 2016). Entscheidende politische Ausmachungen betreffs Finanzierung und Rentenhöhe in der Altersversicherung stehen nach wie vor an.

Umbau und Öffnung der Gewerkschaftsorganisationen

Die Gewerkschaftslandschaft der Schweiz, welche bis 1990 noch in den Strukturen von nach dem 1. Weltkrieg verharnte, wurde ab 1991 umgepflügt. Startschuss im SGB war die Fusion zur GBI und die Neugründung der Dienstleistungsgewerkschaft unia; es folgten die Fusionen zur Gewerkschaft Kommunikation, zu Unia, zu Syndicom. Ein paralleler Prozess lief in den andern Dachorganisationen, der in der Schaffung von travail suisse mündete. Gleichzeitig öffnete sich der SGB bewusst für weitere gewerkschaftliche Organisationen, welche sich erst assoziierten, dann mehrheitlich beitraten: kapers, Bankpersonal (SBPV), Musiker (SMV), Musikpädagogen (SMPV), AvenirSocial, Bundespersonalverband (PVB). Assoziiert ist derzeit das Genfer SIT.

Diese Entwicklung vermochte den langfristigen Trend der Mitgliederverluste abzuschwächen. Die Mitgliederzahl im Dienstleistungsbereich und insbesondere bei den Frauen nahm zu, allerdings nicht im Ausmass des gleichzeitigen Beschäftigungswachstums. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in der Schweiz liegt deshalb etwas unterhalb des europäischen Durchschnitts.

Personenfreizügigkeit und FlaM

Nach Jahrzehnten kontingentierten Zugangs und diskriminierender Aufenthaltstatute erfolgte in den Neunzigerjahren die «kopernikanische Wende» der Zuwanderungspolitik aus dem EU/EFTA-Raum. Die Gewerkschaften spielten dabei eine entscheidende Rolle für die Abschaffung des Saisonierstatuts und anderer Diskriminierungen. Gleichzeitig konnte die neue Personenfreizügigkeit mit sukzessive erweiterten flankierenden Schutzmassnahmen und Arbeitnehmerrechten abgesichert werden. Sie sollen dafür sorgen, dass in der Schweiz grossmehrheitlich Schweizer Löhne bezahlt werden. Mehrmals wurde diese Linie vom Stimmvolk bestätigt. Eine Ausnahme war das Ja zur Masseneinwan-

rungsinitiative 2014, in deren Vorfeld die Arbeitgeber eine Verstärkung des Lohnschutzes ablehnten. Immerhin konnte in der Folge die Wiedereinführung von Kontingenten und diskriminierender Statute verhindert werden; stattdessen gilt nun ein Vorrang der Arbeitslosen (inkl. Grenzgänger) bei der Ausschreibung offener Stellen. Auf Messers Schneide stehen die Flankierenden Massnahmen erneut 2018, als die FDP-Bundesräte in Verhandlungen mit der EU bereit sind, den Lohnschutz zur Disposition zu stellen. Der SGB stellt sich dem mit aller Kraft entgegen.

GAV-Politik

Der Aderlass von Arbeitsplätzen in Bau und Industrie sowie die neoliberale Unternehmeroffensive schwächten in den Neunzigerjahren die GAV. Der Anteil von ArbeitnehmerInnen, die einem GAV unterstellt sind, sank von 50 auf 46 Prozent. Ab Ende der Neunzigerjahre konnte jedoch ein Gegentrend eingeleitet werden, u.a. durch neue Gesamtarbeitsverträge im Dienstleistungssektor (Sicherheit, Reinigung, Gesundheitssektor, Kommunikation, Temporärbranche ...). Wichtig für die Stärkung der GAV war dabei auch ihre Ausweitung durch Allgemeinverbindlichkeitserklärung. Sie sorgten vor dem Hintergrund der Personenfreizügigkeit für gleich lange Spiesse zwischen den Unternehmen einer Branche, etwa in der Bauwirtschaft sowie in mehreren Dienstleistungsbranchen. Ab Ende der Neunzigerjahre stieg der GAV-Abdeckungsgrad in der Schweiz – im Gegensatz zu den meisten Ländern in Europa – wieder an und dürfte heute bei 52% liegen.

Gleichstellung der Frauen

Der Kampf gegen die Diskriminierung der Frauen im Erwerbsleben stand dauernd auf der Agenda der Gewerkschaften. Der Frauenstreik von 1991 war ein sehr starkes Zeichen, das in den nachfolgenden Krisen Jahren jedoch unter den Tisch zu geraten drohte, als Frauen unter anderem durch die Austeritätspolitik besonders unter Druck gerieten. Verschiedene Anläufe zur Abschaffung der Lohndiskriminierung, wie z.B. der „Lohngleichheitsdialog“ oder parlamentarische Vorstösse brachten nicht den nötigen Erfolg. Lohnklagen erweisen sich als steiniger Weg. Grossdemonstrationen mit 12'000 und 20'000 Teilnehmerinnen verliehen 2015 und 2018 den Forderungen Nachdruck. Die aktuelle Geset-

zesrevision bringt einen Fortschritt bei der Lohnüberprüfung in grossen Unternehmen, was jedoch überhaupt nicht genügt. Für 2019 steht ein neuer Frauenstreik an.

Frauen nehmen in den Gewerkschaften eine zunehmend grössere Rolle ein. Der Frauenanteil an den Mitgliedern des SGB stieg von 20% (1998) auf 30% (2017), die Anzahl der weiblichen Mitglieder von 75'000 auf 105'000. Eine zunehmende Anzahl von SGB-Verbänden wird von Frauen präsidiert oder geleitet (Unia, VPOD, Bankpersonalverband, Bundespersonalverband, AvenirSocial, u.a.)

Andreas Rieger



Spontan fordern die Delegierten des SGB-Frauenkongresses am 19. Januar 2018 vom Parlament, bei der Behandlung des Gleichstellungsgesetzes mit der Lohngleichheit endlich vorwärts zu machen.

LITERATUR

- Alleva, Vania/Rieger, Andreas (Hg.), Streik im 21. Jahrhundert. Zürich 2017
- Andermatt, Arthur/Bianchi, Doris, u.a., Handbuch zum kollektiven Arbeitsrecht. Basel 2009
- Boillat, Valérie, et al, Vom Wert der Arbeit. 2006
- Daguet, André, Zukunftsfähig durch tiefgreifende Reform.
In: Armingeon, Klaus/ Geissbühler, Simon (Hg.), Gewerkschaften in der Schweiz. Zürich 2000
- Kuhn, Marie Josée (Hg.), Frauen-Bilder-Lesebuch, work, 2018
- Oesch, Daniel, Kollektive Arbeitsbeziehungen und Neokorporatismus in der Schweiz.
Swiss Political Science Revue, 13, 2007
- Oesch, Daniel, Mindestlöhne in der Schweiz, Entwicklungen seit 1998. SGB-Dossier Nr. 56, Bern 2008
- Oesch, Daniel, Organisationen im Umbruch: Die Gewerkschaften in der Schweiz von 1990 bis 2006. SGB Dossier Nr. 51, Bern 2007
- Pedrina, Vasco, Von der Kontingentierungspolitik zur Personenfreizügigkeit. Unia 2018
- Rechsteiner, Paul, Vorwort zu den beiden SGB-Streik-Broschüren 2000 und 2008
- Rechsteiner, Paul, Verteidigung der ArbeitnehmerInnenrechte in Europa. WIDERSPRUCH Nr 57. Zürich 2009
- Rechsteiner, Paul, Schlussrede am SGB-Kongress 2014
- Rechsteiner, Paul, Streik, Grundrecht mit Zukunft.
In: Alleva/Rieger 2017, Streik im 21. Jahrhundert, Zürich 2017
- Rieger, Andreas/Pfister, Pascal/Alleva, Vania, Verkannte Arbeit. Zürich 2012
- Rieger, Andreas, Gewerkschaftslandschaft umgepflügt.
In: Unia (Hg.), Gewerkschaft in Bewegung, Zürich 2014
- SGB: Streiks in der Schweiz. Zeichen der Veränderung. Bern 2000
- SGB: Streiken wirkt. Arbeitskämpfe in der Schweiz. Bern 2008
- Trampusch, Christine/Mach André: Switzerland in Europe, Continuity in the Swiss Political Economy, 2011
- WOZ: Beilage zum Landesstreik, 5. November 1998: www.woz.ch/d/generalstreik-1918
- Wyler, Rebekka: Schweizer Gewerkschaften und Europa 1960 bis 2005, Münster 2012



DIE GESPRÄCHS- TEILNEHMER/INNEN

Die Gespräche für dieses Buch fanden zwischen 2017 und 2018 statt.
Teilgenommen haben:

Vania Alleva, seit 2008 Leiterin des Sektors Dienstleistungsberufe in der Gewerkschaft Unia, ab 2012 Co-Präsidentin resp. Präsidentin von Unia; Vizepräsidentin SGB

Doris Bianchi, von 2005 bis 2017 SGB-Zentralsekretärin für Sozialpolitik, heute persönliche Mitarbeiterin von Bundesrat Alain Berset

Ruth Dreifuss, von 1991 bis 1993 als Zentralsekretärin im SGB, danach Bundesrätin, Departement des Innern

Stefan Keller, Journalist und Historiker, gewerkschaftlich aktiv bei comedia und Syndicom

Daniel Lampart, seit 2007 als Sekretariatsleiter und Chefökonom zuständig für die Wirtschaftspolitik des SGB

Serge Gaillard, von 1993 bis 2007 geschäftsführender SGB-Sekretär und Leiter des Zentralsekretariats, zuständig für Wirtschaftspolitik; heute Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung

Vasco Pedrina, ab 1991 bis 2006 zuerst Präsident der GBI, danach Co-Präsident der Gewerkschaft Unia, 1994 bis 1998 Co-Präsident des SGB, danach bis 2006 Vizepräsident

Paul Rechsteiner, Präsident des SGB von 1998 bis 2018, 1986 bis 2010 Nationalrat und seit 2011 Ständerat. Seit den Achtzigerjahren Anwalt in St. Gallen

Andreas Rieger, seit 1988 Gewerkschaftssekretär bei VPOD, GBI und Unia, 2006 bis 2012 Co-Präsident von Unia

Moderiert und redigiert wurden die Gespräche von Stefan Keller, transkribiert von Rosmarie Sandmeier



«Es gab immer wieder
Möglichkeiten, die Geschichte in
eine bessere, humanere Richtung
zu lenken. Das ist meine
Fortschritts-Perspektive.»